

# Arbeiter-Zeitung

Erste Ausgabe  
Preis: 10 Pf.  
Durch die Post  
Kriegszeiten  
Raum 12 Pf.  
Preis: Die drei  
70 Pf. — Schluss  
8 Uhr; in den Filialen  
... am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 16, Trödelgasse 60, Telefon  
3118. Postfach 101. Redaktion: Breslau 16, Trödelgasse 60,  
Telefon Ring 8887. Geschäftsstelle der Redaktion:  
von 12-13, Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filial-  
redaktionen: Glatz: Wilhelmstraße 24, Telefon 1065.  
Ostfriesl.: Lüneburg, Telefon 2384. Geschäftszeit von 8-10 Uhr. Geschäfts-  
stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Kämpfer-Verlagsgesellschaft  
m.B.H., Breslau. — Druck: „Neuberg“ Berlin, Fil. Breslau, Trödelgasse 60.

## Neuwahlen erst im Spätherbst!

### Das Komplott der Bürgerblockparteien gegen die Reichstagsauflösung bestätigt

Scheinmanöver zur Irreführung der Massen

(Eig. Drahtf.) Berlin, 7. Januar.

Zu der lebhaften Diskussion in der Öffentlichkeit über die Frage, ob die Wahlen zum Reichstag und zum Preussischen Landtag früher als bestimmungsgemäß durchgeführt werden, wird dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erklärt, daß allein die Sozialdemokraten und Kommunisten für vorzeitige Auflösung einträten, während sämtliche bürgerlichen Parteien, im Reich sowohl wie in Preußen, gewillt sind, die Parlamente eines natürlichen Todes sterben zu lassen. Das würde bedeuten, daß Ende Oktober oder Anfang November zum Reichstag und im Dezember zum Preussischen Landtag gewählt werden muß.

In Preußen wollen die bürgerlichen Parteien, wie das Nachrichtenbüro weiter erfährt, die im Mai, spätestens im Juni, durchzuführenden Kommunal- und Kreiswahlwahlen nicht mit den politischen Wahlen verbinden, weil bei den ersteren die Gegenläufe im bürgerlichen Lager weniger scharf sind und so durch Listenverbindungen der Stimmenzerstückelung wirksam begegnet werden könnte.

Der „Streit“ innerhalb der Bürgerblockparteien und ihrer Presse um „die Voraussetzungen zur vorzeitigen Auflösung des Reichstages und den Wahltermin“ wird fortgesetzt, ohne darüber hinwegtäuschen zu können, daß zwischen den Bürgerblockparteien feste Abmachungen hinsichtlich des Wahltermins bestehen. Das Schlüsselstück, insbesondere zwischen Volkspartei und Zentrum, ist nicht mehr als eine Kuhhandelei, damit der Umfall der Volkspartei vor dem Zentrum in der Frage ihres Zurückweichens vor der Zentrumswünschen bezgl. des Reichsschulgesetzes die Wähler der Volkspartei nicht gar zu stark vor den Kopf stoßt. In diesem Sinne ist auch die Meldung der amtlichen volksparteilichen „national-liberalen Korrespondenz“ zu werten, die zur Mitteilung der „Post“ z. B. z. g., daß die Volkspartei bereit sei, ihren Widerstand in der Schulfrage aufzugeben, schreibt: „Daß es sich hier um eine blanke Erfindung handelt, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden.“ Auch die „Germania“ hat diese Phantasien zurückgewiesen und dabei erklärt, daß das Zentrum natürlich nicht auf die Erfolge seines schulpolitischen Programms verzichten wird... Das ist ein offenes Bekenntnis, das ebenso freimütige Ermüdung

verdient. Auch die Deutsche Volkspartei kann nicht die ewig Gedehnde sein und muß auf ihren Grundforderungen bestehen bleiben. Ob es zu einer Zurückziehung des Schulgesetzentwurfes kommt, steht dahin. Vorläufig wollen wir noch hoffen, daß die Schwierigkeiten zu überwinden sind. Die Deutsche Volkspartei wird zu jeder sachlichen Weiterarbeit bereit sein und dafür ihre ganze Kraft einsetzen.“

Die SPD-Presse sieht auf Grund der vorstehenden Meldung schon wieder „Neuwahlgespenster“.

### „100 Jahre Dameszahlungen“ Die Meinung Poincares

Die Kommentierung eines Artikels der „Deutschen Bergwerkszeitung“, in dem von der Notwendigkeit einer Neuregelung der Reparationsfrage die Rede ist, schreibt „Excelsior“, offenbar beeinflusst: Für die französische Regierung bleibt die juristische Basis der Reparationen der Londoner Zahlungsplan in Höhe von 132 Milliarden Goldmark. Zweifelslos weiß man in Frankreich sehr gut, daß der Damesplan nur provisorisch ist. In der Tat müßte der Damesplan mehr als ein Jahrhundert in Kraft bleiben, damit Deutschland die ganze Schuld begleichen kann.“

### Vom Tage

Von der Insel Corsica wird gemeldet, daß ein französischer Küstendampfer beim Anlauf von Corsica den italienischen Fischdampfer „Annina“ dabei überrascht hat, wie er bei abgeblendeten Lichtern in den französischen Gewässern Fischfang betrieb. Die „Annina“ wurde nach Bastia überführt.

Nach in Hongkong eingetroffenen Meldungen über Stanton beabsichtigen die Provinzen Gupeh und Honan in ihrem Widerstand gegen General Tschiangkaihsch und die Nanjing-Regierung einzutreten. Eine drahtlose Meldung aus Swartau berichtet von einer neuen Kommunistenbewegung in dem Bezirk zwischen Swartau und Swabuc.

An der polnisch-litauischen Grenze fand eine große Schießerei zwischen Grenzwachern statt.

### Die Wirtschaftslage Ende 1927

Der neue Konjunkturbericht des Ministeriums für Handel und Gewerbe über die gegenwärtige Wirtschaftslage auf Grund der Berichte der Preussischen Industrie- und Handelskammer ist völlig darauf eingestellt, den Unternehmern den Argumente zur Ablehnung von Lohn- und Arbeitszeitforderungen zu liefern. Es heißt in diesem Konjunkturbericht des Preussischen Handelsministeriums: „Die rückläufigen Tendenzen in der Wirtschaft, die teils saisonmäßig bedingt sind, können vor allem dann überwunden werden, wenn, wie im Berichtsmonat, große Arbeitsstärken vermieden werden.“

Dabei muß zugegeben werden, daß „die immerhin noch befriedigende Lage der Schlüsselindustrien noch weiter anhält, wenn sich auch einige Anzeichen bemerkbar machen, die als Vorbereitung eines Rückgangs gedeutet werden können“, das heißt, der Höhepunkt der Konjunktur ist im allgemeinen überschritten. Aber die Preissteigerungen, die in fast sämtlichen Industriezweigen festgestellt werden, sichern den meisten Unternehmen bei immer noch relativ guter Beschäftigung weiter hohe Profite.

Das Stahlkapital hat aus der Drohung mit Betriebsstilllegung ein profitables Geschäft gemacht; denn daraufhin sind größere Aufträge zu steigenden Preisen für das Stahlkapital eingegangen. „Infolge der drohenden Stilllegung erhielten auch die Röhrenwerke vom Großhändler namhafte Aufträge zur sofortigen Lieferung. Das Auslandsgeschäft war, wenngleich einige größere Bestellungen eingingen, im ganzen stiller... Auf dem Halbzeugmarkt hat sich im Januar zu Monatsbeginn der Auftragseingang erhöht... Vor allem für Knäppl und Platten war eine Preisbefestigung nicht zu verkennen. Der Stabeisenmarkt zeigte ein normales Bild. Die drohende Stilllegungsgesfahr veranlaßte die Abnehmer zu stärkerer Nachfrage... Die Viehzüchter waren weiter befriedigend befestigt...“

Ein charakteristisches Merkmal der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist das Abnehmen der Inlandsaufträge für die Maschinenindustrie. Trotzdem ist die Geschäftslage der deutschen Maschinenbau-Unternehmungen weiterhin noch recht günstig. Gerade die Maschinenbau-Industriellen haben vor allem eine Reihe namhafter Auslandsaufträge erhalten können.

Auch in den wichtigsten übrigen Industriezweigen hält für die Unternehmer die gute Konjunktur noch an, wenn auch die Flut der Neuaufträge aus dem Inlande nachgelassen hat. „Die Lage der chemischen Industrie war im allgemeinen befriedigend.“ Ebenso in der Elektroindustrie. „Die Beschäftigung in der elektrotechnischen Industrie hielt sich auf der Höhe der letzten Monate. Der normale, saisonmäßige Rückgang trat nur in einzelnen Zweigen und im geringeren Umfange in Erscheinung.“ Der Bau neuer Elektrizitätsanlagen bzw. die saisonmäßige Absatzsteigerung (stärkerer Stromverbrauch) hat den elektrotechnischen Unternehmungen zahlreiche neue Aufträge zugeführt.

Im Kohlenbergbau wird eine neue Nationalisierungsoffensive gegen die deutschen Bergarbeiter angekündigt. „Nach wie vor kämpft England mit der Ruhrkohle und sucht den Absatz für seine Kohle auf jede Weise zu erweitern... Gelingt es den Engländern, die Nationalisierung weiter wie bisher fortzusetzen und... den Bergbau symbiotisch zusammenzufassen, so dürfte der Konkurrenzkampf mit der Ruhrkohle noch schärfere Formen als bisher annehmen.“ Die Industrie- und Handelskammer bzw. das preussische Handelsministerium teilen mit, daß im Bergbau eine Verringerung der Selbstkosten durch technische „Nationalisierung“ nicht mehr möglich sei, insobedessen jegliche Lohnverhöhung abgelehnt werden müsse. Im Gegenteil wird, unter Bezugnahme auf Arbeitszeitangriffe in Frankreich und die Nationalisierungsoffensive in England, auch die Aufrechterhaltung der überlangen Arbeitszeit und der Hungerlöhne im Interesse der Profite der Bergbauunternehmer für „notwendig“ gehalten.

Die Belegschaftszahl im Ruhrbergbau ist von 402 563 Ende September 1926 auf 400 510 Ende Oktober und 393 823 Ende November und auch im Dezember weiterhin gesunken. Im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau dagegen hat sich saisonmäßig der Absatz und das „Geschäft“ gebessert. (Belegschaftszahl 81 000.)

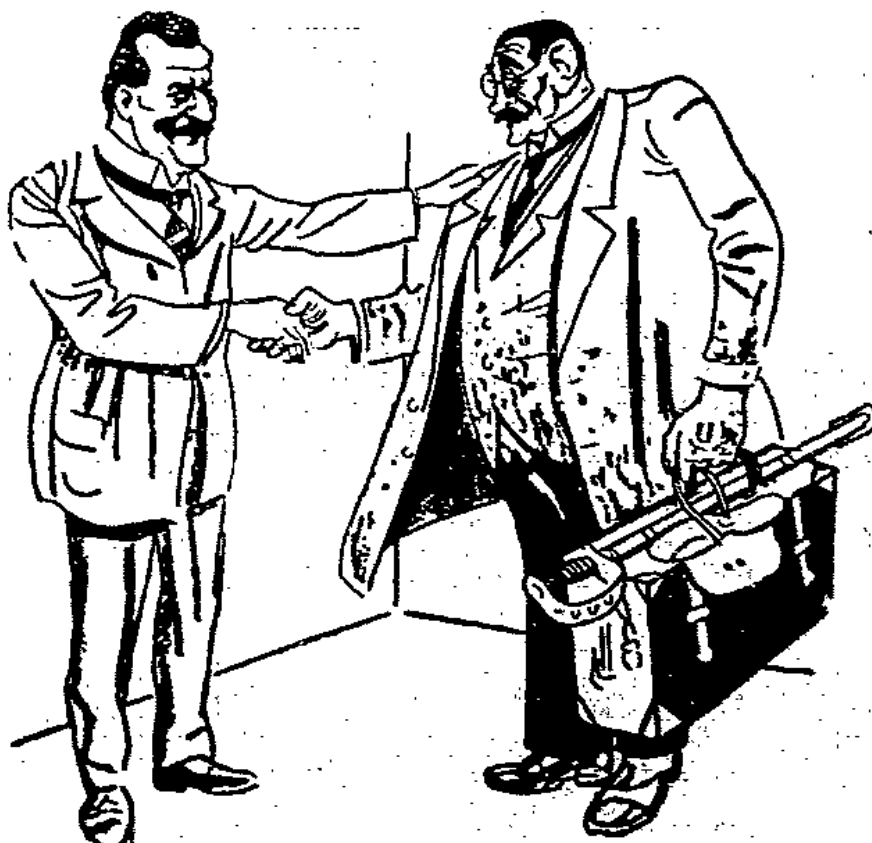
Im Baugewerbe ist, zum Teil saisonmäßig bedingt,

## Blut-Knobeln, eine Holz eine KPD.

Sieben Jahre hat er sich ausgeruht  
In Haarmanns Stadt an der Leine.  
Riecht es schon wieder nach neuem Blut,  
Daß er sich macht auf die Beine?  
Zu was ließ ihn rufen denn die Fraktion?  
Gibt's abzuwürgen eine Rebellion?  
Wilt's wieder Proleten zusammenscharen,  
Als Oberkommandierender in den Marken?!  
Zunächst soll kriegen 'nen Reichstagsstg.  
Zur Freude der Hülferinger,  
Herr Koske, der Erbg für'n Oberstg. . .  
Was heißt da blutige Finger?  
Es jubeln ihm zu die Stampfer und Wels  
Ein herzliches: Gustav, Gott vergelt's!  
Warum ihm zürnen? Woju die Wlossen?  
Wer weiterging, wurde eben erschossen!  
Wer weiterging, wie Herr Scheidemann  
Und ähnliche Jammerstücken,  
Den traf achtzehn, neunzehn, des Koskes Bann,  
Und das Blei seiner Gardebatterie-Schützen.  
Fünfzehntausend Tote in einer Reih' . . .  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg dabei.

Und der Henker mag heute wieder vorzutreten?!  
Gibt ihm die richtige Antwort, Proleten!!

Rasimir Sublimier.





# Verschärfung des Hüttenkonflikts

## Die Verklagung über die Durchführung des Schiedspruchs aufgehoben

(Fig. Drahtber.) Bochum, 7. Januar.

Die Bochumer Gewerkschaften hatten gegen den Bochumer Verein und die Deutschen Stahlwerke eine einstweilige Verfügung erwirkt, wonach die genannten Werke gehalten sein sollen, den für verbindlich erklärten Schiedspruch in der nordwestlichen Eisenindustrie bezüglich der Arbeitszeit für gewisse Arten von Walzwerken im Sinne der Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen. Der von den Werken gegen die einstweilige Verfügung eingelegte Widerspruch hatte zur Folge, daß das Gericht auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung erkannte.

## Die Arbeiter verlassen die Betriebe

Bochum, 7. Januar. (Fig. Drahtber.)

Nach einem einstimmigen Beschluß verließen am Freitagmittag 4 Uhr die Arbeiter der Eisenwerke und der Bochumer Eisen- und Hüttenwerke nach Ablauf der tarifmäßigen Arbeitszeit laut Schiedspruch die Betriebe. — Bei der Firma Krupp ist eine Einigung erzielt worden, nachdem die Firma sich zur Durchführung des Schiedspruches bereit erklärt hatte.

## Die sächsischen Arbeiter im Kampf

(Fig. Drahtber.) Riesa-Grocha, 7. Januar.

Im Sauchhammer Aussperungsgebiet ist die Lage unverändert. Trotz aller Bemühungen der Werkleitungen ist es nicht gelungen, die Arbeiter zu zerpfücken und die Kampffront zu brechen. Der Kampf wird von den Arbeitern selbständig durch ihren Vertrauensmännerkörper geführt. Kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter haben eine feste einheitliche Kampffront geschlossen. Vom Metallarbeiterverband hat sich seit Beginn des Kampfes kein einziger Gewerkschaftsführer um die kämpfenden Arbeiter bekümmert. In geradezu verbrecherischer Weise läßt der DVB die Dinge schleifen. Die Empörung der Arbeiterschaft über diese Haltung der Gewerkschaftsführer ist allgemein.

Die Lage in der Rheinisch-Westfälischen Grobisen- und Stahlindustrie verschärft sich immer mehr. Obwohl der von Bürgerblodminister Brauns gefällte Schiedspruch offensichtlich ganz im Interesse der Unternehmer lag, weigern sich dieselben, selbst diesen miserablen Schiedspruch als „zu weitgehend für die Arbeiterschaft“ zur Durchführung zu bringen. Die Empörung unter der Arbeiterschaft veranlaßt jetzt den DVB zu einer Kundgebung, in der er u. a. infolge der Weigerung des Bochumer Vereins und der deutschen Eisenwerke die im Schiedspruch vorgesehene Arbeitszeit durchzuführen, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, die schon in den nächsten Tagen durchgeführt werden sollen, ankündigt.

Der DVB schreibt nicht, welcher Art diese Kampfmaßnahmen sein sollen. Der „Vorwärts“ gibt wohl indirekt ihre Richtung an, die ganz in der Linie der bisherigen Niederlagenstrategie der reformistischen Gewerkschaftsführer liegt, indem er zu der Erklärung des DVB und zur Lage in Rheinland-Westfalen schreibt: „Es wäre dringend erwünscht, daß die zuständigen Behörden eingreifen und die sich aus dem sehr umfangreichen und stark verlaufener Schiedspruch ergebenden Unklarheiten beseitigen. Der Schlichter, Dr. Jötten, der den Arbeitszeit-Schiedspruch gefällt hat, hat es abgesehen, eine Interpretation der in dem Schiedspruch festgelegten Bestimmungen zu geben, mit der Begründung, daß er hierzu nicht bevollmächtigt sei.“

Das ist ein deutlicher Wink für den Bürgerblodminister Brauns, in dem neuverhandelten Konflikt in Rheinland-Westfalen in ähnlichem Sinne einzugreifen, wie er dies schon bei seinem Schiedspruch im Sinne der Unternehmer getan hat. Demgegenüber gilt es für

die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft in der Schwerindustrie mit derselben Kraft wie ihre Kollegen in Sachsen die Parole zu veröffentlichen: „Nach acht Stunden heraus aus dem Betrieb!“

## Die Ursache der Katastrophe

Am 6. Januar, 8. Januar. Wie die Telegrafennunten von sachverständiger Seite erzählt, ist das Unglück in der Landberger Mine nicht auf die Explosion von Ammoniat zurückzuführen, vielmehr lassen die angerichteten Verwüstungen darauf schließen, daß es sich um eine typische Deutgasexplosion handelt. Die Bahnhöfe hat in Anwesenheit eines Vertreters der Staatsanwaltschaft festgestellt, daß die Ammoniatmaschine vollkommen unbeschädigt geblieben ist. Nur ein Hebel ist durch einen Mauerstein zertrümmert worden. Das Ammoniat selbst ist nicht explodiert. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß eine Ammoniatexplosion auch nur dann möglich gewesen wäre, wenn die Röhrenleitung Zufuhr von reinem Säuerstoff gehabt hätte, um ein Verlangsamung zu bilden.

Die Staatsanwaltschaft I, die mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt ist, hat bereits ein Ermittlungsverfahren über die Schuldfrage eingeleitet.

(Die „Rote Fahne“ fordert eine strenge Untersuchung der Ursache des Unglücks unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiterschaft.)



Das eingestürzte Haus.

ein höherer Abschreibung der Konjunktur zu verzeichnen. Ebenfalls ist die Lage des Einzelhandels und des Einzelhandels „überwiegend nicht günstig“, obwohl saisonmäßig (Weihnachtsgeschäft) ein stärkerer Aufschwung zu erwarten war. Auch in der Textilindustrie verschlechtert sich die Absatzlage; denn die deutschen Arbeiter können bei ihren eigenen Löhnen natürlich nur einen geringen Teil der Textilierzeugnisse abnehmen. In der Baum- und Holzindustrie verringerte sich der Auftragsbestand weiter. Dagegen hat sich für die Eisenindustrie die Produktion und Absatzlage weiterhin gebessert.

Am bemerkenswertesten sind die Feststellungen über Preissteigerungen für die meisten Warengruppen: „Gegenüber dem Vorjahr hat sich fast überall ein Anwachsen der Umsätze gezeigt, zum großen Teil findet diese Umsatzerhöhung allerdings ihre Erklärung in der Preissteigerung der Waren (1). Die Preissteigerungen setzten sich in vielen Artikeln weiter fort.“ Ausdrücklich muß angegeben werden, daß in dieser Zeit der Preissteigerungen „Lohn- und Gehaltssteigerungen nur ganz vereinzelt für Handwerker und Arbeiter waren, wohl aber noch ein Steigen von Rohstoff- und Halbfabrikatspreisen.“

Infolge der Preissteigerungen sinken die Reallohne. Trotz der industriellen Hochkonjunktur und der weiterhin guten Geschäfte der Unternehmer wächst das Elend der Arbeiter. Daß Lohn- und Gehaltssteigerungen die Profite der Unternehmer vermindern, damit auch die Börse „seunruhigen“, ist selbstverständlich. Trotzdem hat auf die Börse, nach den Feststellungen der Industrie- und Handelskammer, der Lohn- und Arbeitszeitkampf in der Stahlindustrie nicht „beruhigend“ gewirkt, „je mehr die sachliche Art, die Auffassung einer friedlichen Lösung dieses Problems, die ja auch eingetreten ist.“ Solange die reformistischen Gewerkschaftsführer immer noch den maßgebenden Einfluß bei der Führung der Lohn- und Arbeitszeitbewegung haben, ist das Industrie- und Börsenkapital beruhigt; denn die reformistischen Gewerkschaftsführer tun alles, um jeden ernsthaften Kampf zu vermeiden. Erst wenn die reformistischen Gewerkschaftsführer ihre Rolle ausgespielt haben werden, wird das Großkapital nicht mehr so „beruhigt“ sein; denn dann werden die Bürgerblod-Schlichter ihre Rolle im Profitinteresse der Unternehmer ausgespielt haben und der ernsthafte Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit gegen die Bürgerblod-Regierung geführt werden.

## Sozialdemokratie und Jungdeutscher Orden

(Fig. Drahtber.) Berlin, 5. Januar.

Der „Vorwärts“ meldet in verschämter Weise, daß der „Jungdeutsche“ berichtet: Der Bund Oberland gab bisher neben seiner Bundeszeitung „Das dritte Reich“ noch eine Führerzeitung, genannt „Der Führer“ heraus. Diese Führerzeitung hat nun am 1. Januar 1923 ihr Erscheinen eingestellt. An Stelle des Führers soll in Zukunft die von den früheren Sozialdemokraten Ernst Rißler und August Wüning herausgegebene Zeitung „Widerstand“ treten, zu deren ständigen Mitarbeitern künftig der Oberlandführer Dr. Weber und andere zählen werden.

## Vorbereitung zum Reichsterritorialrat

Düsseldorf, 4. Januar. Der dritte Straßensatz des Reichsgerichts verurteilte heute nach zweitägiger Verhandlung den Genossen Pöhlmann, der sich bereits in Straßburg in Freiburg befindet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr Zuchthaus sowie zu einer Geldstrafe von 150 Mark.

## Neuwahl der Hamburger Bürgerwehr

Hamburg, 3. Januar. Auf Grund des Bürgerwehrwahlgesetzes vom 30. Dezember 1920 hat der Hamburger Senat für die Neuwahl der Hamburger Bürgerwehr den 19. Februar als Wahltag bestellt.

# LOURDES

Von EMILE ZOLA

Wenn die Herren vor ihrer Abreise einige kleine Andenken an Lourdes mitnehmen wollen, so müssen Sie aus nicht verfehlen. Wir haben seitwärts ein Magazin, worin Sie eine große Auswahl finden werden. Die Personen, die im Gasthof absteigen, sind so freundlich, die Andenken gewöhnlich nirgends anders als bei uns zu kaufen.

Majesté schüttelte jedoch aufs neue den Kopf mit der Miene eines guten, aber die Keryernis der Zeit beirrähten Christen.

„Gott“, sagte er, „möchte ich es nicht an Achtung vor den sprichwörtlichen Vätern fehlen lassen. Inzwischen mag man wohl sagen, daß sie wahrhaftig alles gierig sind. Sie haben ohne Zweifel die Hand gesehen, die sie bei der Grotte eingerückt haben, die immer voll ist und in der fromme Artikel und Kerzen verkauft werden. Ein Bischof hat erklärt, daß sie eine Schande, und man möchte die Verkäufer neuerdings aus dem Tempel jagen. Es wird auch erzählt, die Väter seien Räte Gesellschaften des großen, was in der Straße gegenüberliegenden Magazin, das den kleinen Kaufleuten der Stadt ihre Waren liefert. Mit einem Wort, wenn man auf die herumgehenden Gerüchte hören wollte, so hätten sie die Hand im ganzen Handel mit religiösen Gegenständen und nähmen im voraus je undswelche Projekt von den Rosenkränzen, Statuetten und Medaillen hinweg, die in Lourdes jährlich verkauft werden.“

Er hatte die Stimme gebämpft; denn seine Beschuldigungen nahmen einen ganz bestimmten Ausdruck an, und er gitterte spitzig, daß er sich Stranden so anvertraute. Jedoch beruhigte ihn das milde, aufmerksame Gesicht Pierres, und in seiner Leidenschaft als jähwärtiger Kontaktant fuhr er fort, entschlossen bis ans Ende zu gehen.

„Ich gebe zu“, sagte er, „daß in all diesen Dingen hier etwas Übertriebene liegt. Dennoch ist es nicht weniger wahr, daß es der Religion zum großen Nachteil gereicht, wenn man die christlichen Väter wie den letzten von uns einen Kramladen halten sieht. Ich will doch auch nicht das Geld für ihre Waffen mit ihnen teilen; nicht wahr? noch begehrt ich einen Artikel an all den Gelehrten, die sie erhalten. Warum jagen sie dann an, daß zu verkaufen, was ich verkaufen will? Ich leibte Jahre war ich wegen ein mittelständiger Mann und unter schon gabliche; alle Welt in Lourdes treibt Handel mit dem lieben Gott, damit, daß man bald nur noch Brot zu essen und Wasser zu trinken haben wird.“

die heilige Jungfrau bei uns ist, es gibt trotzdem Zeiten, da es sehr schlecht geht!“

Ein Kunde warte ihn; aber er erschien in dem Augenblick wieder, da ein junges Mädchen Frau Majesté holte. Es war ein Mädchen aus Lourdes, sehr hübsch, klein und äppig, mit schönen schwarzen Haaren und einem zarten Gesicht voll lachender Fröhlichkeit.

„Unjere Nichte Appoline“, ergriff Majesté wiederum das Wort. „Sie versteht seit zwei Jahren unser Magazin. Sie ist die Tochter eines armen Wanders weiner Frau und hütete in Dijon auf der Seite von Barres die Herden, als wir uns, bewogen durch ihre Liebenswürdigkeit, entschlossen sie hierher zu nehmen. Und wir heizen es nicht; denn sie hat sich sehr um uns verdient gemacht und ist eine sehr gute Verkäuferin geworden.“

Was er nicht sagte, war, daß über Appoline lebhafte Gerüchte im Gange waren. Man hatte gesehen, wie sie des Abends mit jungen Leuten längs des Gave umhertrieb. Aber sie war in der Tat löplich und zog, vielleicht durch ihre großen schwarzen, so gerne lachenden Augen die Kundtschaft an. Das Jahr vorher kam Gerücht von Peyrolongue gar nicht mehr aus dem Laden heraus, und ohne Zweifel hinderten ihn nur die Heimatsgedanken, die ihm Kopf fernungingen, am Wiedertommen. Er hätte durch den arztigen Abse des Hermites ersetzt zu sein, der viele Damen herbeibrachte, die ihre Einkäufe hier besorgten.

„Ach! Sie sprechen von Appoline“, sagte Frau Majesté, als sie aus dem Magazin zurückkam. „Meine Herren! Sie haben es noch nicht bemerkt: das ist ihre außerordentliche Neugierigkeit mit Bernadette. Da, hier an der Wand ist eine Photographie der letzten, als sie achtzehn Jahre alt war.“

Pierre und Herr von Guersaint näherten sich, während Majesté rief:

„Bernadette, ganz richtig! Sie sah ganz genau so aus wie Appoline, nur fand sie ihr in vielem noch, was auch kernig und arm.“

Endlich erschien der Kleine: und meinte, er habe einen kleinen Tisch frei. Zweimal hatte Herr von Guersaint vergeblich einen Tisch in den Speisesaal gemorxt. Denn er konnte vor Begierde, zu frühstücken und an diesem schönen Sonntag hinaus zu kommen. Deshalb beehrte er sich ohne länger auf Majesté zu hören, der mit lebenswichtigen Sachen die Bemerkung machte, die Herren hätten nicht allzu lange warten müssen. Der kleine Tisch stand sich in Hintergrund des Saales, den sie von einem Ende zum andern durchschritt.

Es war ein langer, mit gelber Lackfarbe reichholzartig angegemalter Saal, dessen mit Steden bespannte Malereien sich jedoch bereits abgeworfen. Man spritzte dazwischen, welche Umkleung und die Verzierungung durch das fortwährende, schnelle Zusammen- und Gehen der Gäste, daß es nicht mehr zu erkennen war. Der ganze Saal

bestand in einer Pendeluhr aus vergoldetem Zinn, die auf dem Kamin stand und von zwei mageren Leuchtern flankiert wurde. Auch Vorhänge aus Spitzen, die mit gedrehter Seide überspannt waren, hingen an den fünf auf die Straße und ins volle Sonnenlicht hinausgehenden Fenstern. Die Rollvorhänge waren herabgelassen, liegen aber trotzdem brennende Sonnenstrahlen eindringen, die bei der Mitte waren vierzig Personen an der Table d'hôte zusammengedrängt, die zehn Meter lang war und nur für dreißig Platz bot, während an den kleinen Tischen, rechts und links den Wänden entlang, erst die weitere vierzig Personen sich anfügten, die bei jedem Vorübergehen der drei Kellner angestoßen wurden. Gleich beim Eintritt wurde man von einem außerordentlichen Getöse betäubt, von einem Gemirr von Stimmen und einem Geklapper von Sabeln und Tischgeräten. Es schien, als ob man in einen feuchten Ofen eindringte, ein heißer Brodem, mit erstickendem Speisegeruch beladen, schlug den Eintretenden gegen das Gesicht.

Pierre konnte anfänglich nichts unterscheiden. Aber als er sich an dem kleinen Tisch zurechtgefunden hatte, einem Gartentisch, den man der Umstände wegen in den Saal stellte und auf dem die zwei Gerichte kaum hielten, da wurde er betäubt, sogar ein wenig verwirrt durch das Schauspiel, das die Table d'hôte bot und das er mit einem Blick auffaßte. Schon seit einer Stunde wurde dort gegessen; zwei Abteilungen von Gästen hatten nacheinander gespeist; die Gerichte bestanden sich in wilder Unordnung. Steden von Wein und Bratenbrühe besudelten das Tischuch. Man bestimmte sich selbst nicht mehr um die Symmetrie der Kompositionen, die den einzigen Schmuck des Tisches bildeten. Vor allem jedoch setzte die lärmende Menge der Gäste in Erschrecken, übermäßig viele Priester, junge, hagere Mädchen, von Selbstfälle überfließende Mütter, ganz rot aufsehende, einleuchtende Herren und ganze Familien, in denen Generationen von erbarmungswerten und von Glück zu Glück mehr ausgeprochener Häufigkeit vertreten waren. Alle diese Leute schätzten, aßen gierig und sahen überwerth mit zusammengepreßten Armen und unbeholfenen Händen.

Und in dieser durch die Ermüdung verzehrfachten Ekstase, in dieser Hast, sich vollzufüllen, um schneller zur Grotte zurückzukehren zu können, sah in der Mitte des Tisches ein wohlbeleibter Geistlicher, der sich nicht beehrte, und von allem mit einer weissen Langsamkeit, mit ununterbrochen und bedächtig zermalmenden Sauerwerkzeugen arbeitete.

„Pog Blig!“ sagte Herr von Guersaint, „es ist nicht kalt hier! Trotzdem esse ich gerne etwas; denn ich weiß nicht, seitdem ich in Lourdes bin, spüre ich fortwährend riesigen Appetit. Und Sie? Haben Sie nicht auch Hunger?“ (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: für den politischen Teil Arthur Dembrowski, für Betrieb und Vertrieb: Max Baidenburg, Wilhelm Diebold, für Druck: „Schrift“ und für die Druckerei: Max Baidenburg, Wilhelm Diebold, für die Druckerei: Max Baidenburg, Wilhelm Diebold, für die Druckerei: Max Baidenburg, Wilhelm Diebold.



# Sozialpolitik in Deutschland

aus *Yfuviv* und *Prang*

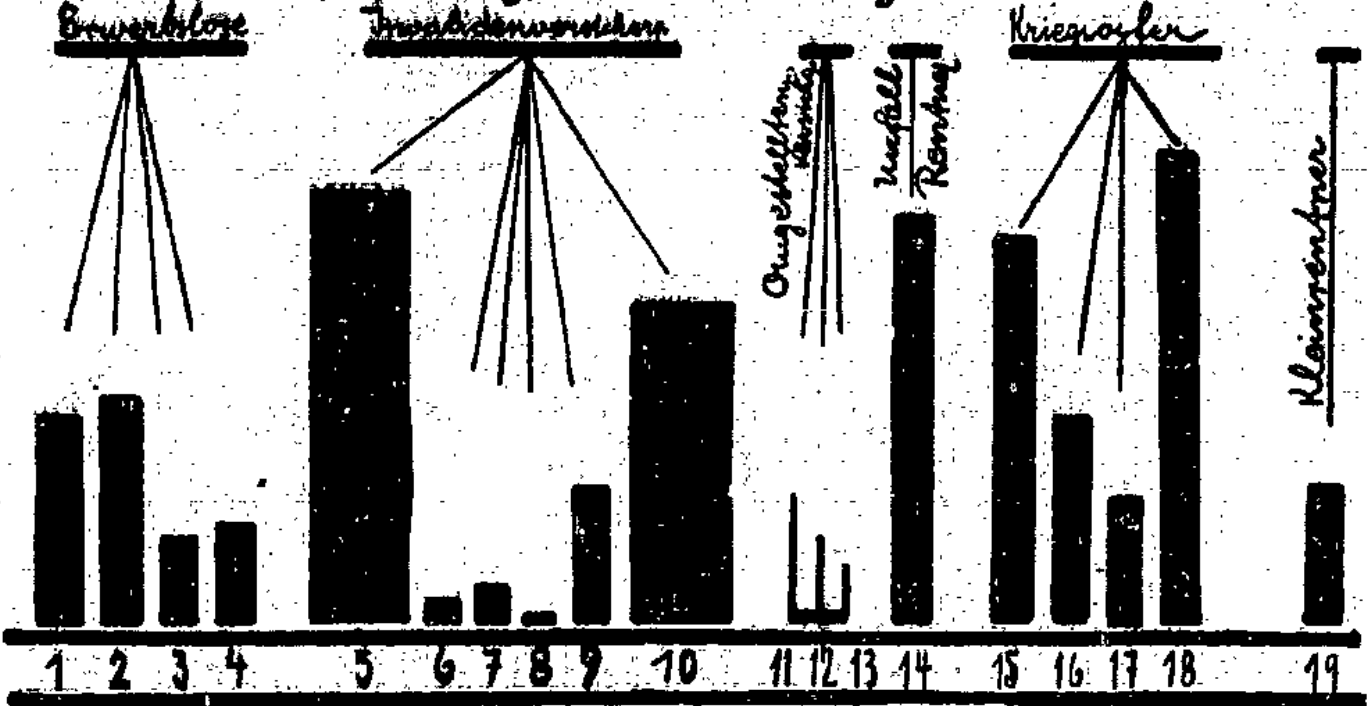
## Jeder achte Deutsche

Die Macht der bürgerlichen Wohlfahrtspleger Zahlen sind sicherlich eine langweilige Sache — aber sie können sprechen — die Augen öffnen, wo sonst ein unheimliches Dunkel die Aufmerksamkeit verschleiert.

Die Aufgaben der Fürsorgebehörden werden durch beamtete Fürsorger und durch ehren-

KPD. ihren Mitgliedern verböt. Kurt Rosenfeld, Mathilde Wurm und viele andere Prominente der SPD. mußten auf Beschluß des Parteitag der SPD. im Jahre 1924 aus der IAH. ausscheiden. Dafür wurde gegründet die Wohlfahrtsorganisation der Sozialdemokratischen Partei, die Arbeiterwohlfahrt. Also Wohlfahrt, Almosengeben, mit kleinen Mittel-

### 7.800.000 Fürsorge = Berechtigte in Deutschland



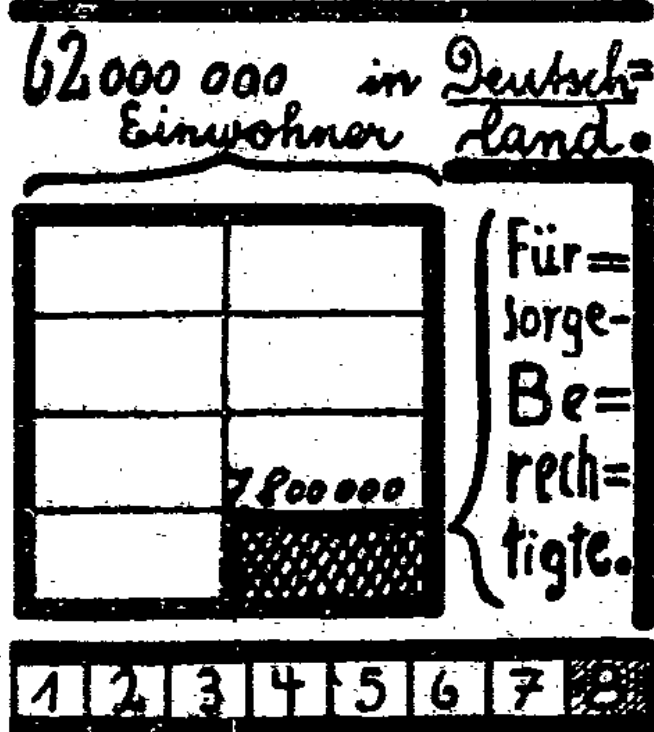
Wie groß ist die Zahl der Fürsorgeberechtigten in Deutschland?

Erwerbslose.		Angestelltenversicherung.	
1. Hauptunterstützungsempfänger (1. 9. 1927)	403 919	11. Ruhegeldempfänger	50 395
2. Zuschlagsempfänger	451 647	12. Witwenrubegeldempfänger	33 523
Kriegsopfer.		13. Waisen	24 043
3. Hauptunterstützungsempfänger (15. 8. 1927)	158 473	Unfallversicherung.	
4. Zuschlagsempfänger	179 347	14. Unfallrentner	811 463
Invalidenversicherung.		Kriegsopfer.	
5. Invalidenrentner	1 660 700	15. Kriegsbeschädigte	736 867
6. Krankenrentner	25 400	16. Witwen	370 981
7. Altersrentner	75 341	17. Eltern	225 279
8. Witwenrentner	2 301	18. Waisen	917 300
9. Waisenrentner	277 691	Kleinrentner.	
10. Waisenrentner	1 167 001	19. Kleinrentner	300 000
		Insgesamt 7 871 607	

amtliche Pfleger durchgeführt. Die Zahl der ehrenamtlichen Fürsorger überwiegt weit die der beamteten.

Laut § 5 der Fürsorgepflichtverordnung werden die verschiedenen Aufgaben der öffentlichen — der offiziellen Fürsorge an die sogenannten Spitzenverbände, an die private Wohlfahrtspleger abgegeben. Diese privaten Wohlfahrtsorganisationen sind die allgemein bekannten Evangelischen Frauenvereine, Katholische Orden, Rotes Kreuz, — bis zur Heilsarmee. Diese Vereine, in Spitzenverbänden zusammengefaßt, bekommen für die Erhaltung ihres Apparates — Heime und Büros — aus Staats- und Gemeindemitteln Zuschüsse, außerdem bei jeder Gelegenheit Sammelveranstaltungen, Blumentage und Lotterieveranstaltungen.

Die von diesen Verbänden — Vereinen bestellten Pfleger betreuen nun die Fürsorgeberechtigten.



Jeder achte Deutsche

kommt mit irgendeiner Fürsorgebehörde in Berührung. Die Einflußsphäre der Pfleger ist erschreckend groß. Das ist stille Arbeit. Und gerade die wirtschaftlich Schwachen sind Einflüssen am leichtesten unterlegen.

„Eine Großtante von mir — 78 Jahre alt — Sozialrentnerin, wohnt in einem Stift. Jetzt ist Wahl. Da marschiert die Heilsarmee auf, gibt ein Festessen ausgerechnet einen Tag vor der Wahl, und die Frau Vorsteherin empfiehlt, so ganz nebenbei, wählt ... deutschnational. Ganz zufällig, einen Tag vor der Wahl, das ist die Kleinrentnerin der „neutralen“ Wohlfahrtspleger, der evangelischen, katholischen, jüdischen nationalen Wohlfahrtsverbände.“

Die SPD schuf die Arbeiterwohlfahrt, nachdem sie die IAH. bekämpfte und vor allen Dingen, die gemeinsame Arbeit, der SPD. und

chen die nach außen auftretenden sichtbar werdenden Mißstände des heutigen ungerechten Systems ein wenig lindern. Keine Hilfe wie die der IAH., um zu gleicher Zeit zu stärken für den Kampf gegen dieses System. Das Verbot der Mitarbeit der SPD.-Mitglieder in der IAH. mußte sein, wenn man sich vor Augen führt, daß auf der einen Seite durch Minister und hohe SPD.-Staatsbeamte der heutige Staat — die heutige Republik der Kapitalisten — der Wiederaufbau der Macht des Kapitals unterstützt würde, während auf der anderen Seite bereitwillig für den Abbau der sozialen Erwerbseigenschaften die Einwilligung gegeben wurde. Jetzt muß dieses verdeckt werden durch Wohlfahrtsbestrebungen, um wenigstens den Anschein zu geben, daß den Ärmsten der Armen geholfen wird, während Mitgliedschaft bei der IAH. bedeutet Schaffung einer Solidarität und damit Stärkung der Bedrängten, den Kampf nicht aufzugeben gegen das heutige ungerechte System, denn Not wird erst endgültig beseitigt, wenn an Stelle der kapitalistischen

### Der Pfleger

besucht nicht nur den Fürsorgeberechtigten — sondern hat Fühlung mit der ganzen Familie und beeinflußt so einen großen Kreis.

Wirtschaft die sozialistische Gesellschaftsordnung aufgebaut wird.

Aus diesen Zahlen muß das klassenbewußte Proletariat Schlüsselforderungen ziehen, besonders, wenn wir als Beispiel noch anführen die Zusammensetzung der Pfleger an einzelnen Orten. Zum Beispiel

Dresden: auf 618 000 Einwohner 102 Pflgevereine, in denen 1200 Pfleger organisiert sind. Demnach auf 515 Einwohner 1 bürgerlicher Pfleger, aber erst auf 41 200 Einwohner 1 IAH.-Pfleger, da nur insgesamt 15 Pfleger mit der IAH. zusammenarbeiten;

Hamburg: auf 1 300 000 Einwohner 2490 ehrenamtliche Pfleger (davon stellt die Arbeiterwohlfahrt mehr als die Hälfte, nämlich 1580), mit der IAH. arbeiten 30 Pfleger, demnach fallen auf 522 Einwohner 1 bürgerlicher Pfleger (auf 823 Einwohner 1 Arbeiterwohlfahrtspleger), aber erst auf 43 330 Einwohner 1 IAH.-Pfleger.

Diese Beispiele können noch erweitert werden. Sie beweisen, was bisher versäumt wurde, was also schnellstens nachgeholt werden muß.

Die IAH. muß überall Pfleger stellen. Nehmt sofort mit den sympathisierenden Kommunevertretern die Verbindung auf. Erst in der Kleinarbeit wird die Organisation stark. Gedü.

## Etwas über Krankenversicherung

III. Teil.

Wir wollen uns heute darüber klar werden, wann die von uns im vorigen Artikel erwähnten Regelleistungen, die Krankenhilfe von der Krankenkasse zu gewährt ist.

Erkrankt ein Versicherter, ohne arbeitsunfähig zu werden, so daß er also nur „Krankpflege“ ohne Krankengeld erhält, so hat er vom ersten Tage der Behandlung 26 Wochen oder 183 Tage ununterbrochen Anspruch auf diese Krankpflege. Dieser Anspruch gilt auch über den Tag des Ausscheidens aus der Kasse hinweg, wenn die Behandlung ununterbrochen fortgesetzt und der Erkrankte nicht auf irgendeine Weise Mitglied einer anderen Kasse wird. Nachdem 183 Tage Krankpflege gewährt wurden, ist jeder Anspruch erloschen. Tritt also am 184. Tage Arbeitsunfähigkeit ein, besteht kein Anspruch mehr trotzdem keinerlei Barleistung (Krankengeld) gewährt wurde. Wenn aber „Arbeitsunfähigkeit“ innerhalb der 183 Tage eintritt, so besteht von diesem Tage ein erneuter Anspruch von 183 Tagen auf Krankenhilfe. Es kann also sehr wohl der Fall eintreten, daß sich der Anspruch auf 52 Wochen verlängert, d. h. wenn die Arbeitsunfähigkeit solange dauert, sonst aber ist der Anspruch mit Eintritt der Arbeitsunfähigkeit erloschen.

Auch wenn ein Versicherter erst später nachweist, daß er vorher — natürlich während der Anspruchszeit — Krankenhilfe benötigte, so ist von der Kassé die Krankenhilfe (eventuell auch Krankengeld) nachträglich zu gewähren.

Grundsätzlich verliert aber jeder erkrankte Versicherte den Anspruch auf Krankenhilfe, wenn er ohne Genehmigung der Kassé den Kassenbezirk verläßt. Selbstverständlich kommt dies nicht in Frage, wenn der Arbeits- oder Wohnort außerhalb des Krankenkassenbezirks liegt.

Diese Frage muß sehr häufig bei denjenigen erörtert werden, die während der Arbeitszeit eventuell in Schlafstelle im Außenbezirk wohnen, Sonnabends aber zu ihrer Familie nach Hause fahren. Solche Versicherte haben auch in ihrem Heimort Anspruch auf Krankpflege, wenn dortselbst die Krankheit eintritt.

Hierbei sei gleich erwähnt, daß die Höhe des Krankengeldes, wenn Arbeitsunfähigkeit eintritt, sich immer nach dem Anspruch richtet, den der Erkrankte bei Eintritt der Erkrankung (also nicht Eintritt der Arbeitsunfähigkeit) hat.

Zum Beispiel, A. erkrankt am 1. Januar 1927, ohne arbeitsunfähig zu werden. Die Höhe des zu beanspruchenden Krankengeldes beträgt am 1. Januar 1927 3 Mark täglich. A. bleibt dauernd in Behandlung bis März 1927 und wird am 25. März 1927 arbeitsunfähig wegen derselben Krankheit. Trotzdem A. im Februar 1927 die Arbeit gewechselt und dadurch einen höheren Anspruch hätte, erhält A. nur Krankengeld in Höhe von 3 Mark.

Anders steht die Sache, wenn A. beispielsweise nur bis Februar 1927 in Behandlung bleibt, nach dem Arbeitswechsel, also etwa im März 1927 erneut erkrankt und arbeitsunfähig wird. Dann muß die Kassé Krankengeld nach dem erhöhten Anspruch zahlen.

Ebenso wird die Karenzzeit nicht vom Eintrittstag der Arbeitsunfähigkeit, sondern vom ersten Tage der Inanspruchnahme des Arztes gerechnet.

Also: der Versicherte geht am 1. Januar 1927 zum Arzt und ist sofort arbeitsunfähig.

Krankengeld ist dann ab 4. Januar zu zahlen. 1. Januar bis 3. Januar sind Karenztage. Ist der Versicherte aber ab 1. Januar in Behandlung und wird erst am 4. Januar arbeitsunfähig, so erhält er Krankengeld ab 4. Januar, also ab ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit. Wie steht es nun bei einem Kassenwechsel während der Arbeitsunfähigkeit?

Zum besseren Verständnis gleich ein Beispiel: B. ist bei der AOKK. Berlin arbeitsunfähig krank. Während der Unterstützungsdauer wird der Betrieb durch Umzug oder sonstige Verhältnisse bei einer anderen Kassé, zum Beispiel Schöneberg, zuständig. Es muß nun auch die neue Kassé, hier also Schöneberg, über — und das ist sehr wichtig — nach ihrer Sitzung die weitere Unterstützung übernehmen.

Es kann da für das Mitglied etwas sehr Unerfreuliches herauskommen. Nehmen wir an, B. war längere Zeit bei einer Kassé, die den Betrag nach dem tatsächlichen Verdienst berechnet. In diesem Falle Akkordverdienst 100 Mark wöchentlich. Dann würde das Krankengeld mindestens 50 Mark betragen. Durch den Wohnungswechsel des Betriebes wird B. Mitglied einer Kassé, die Stufeneinteilung hat. Der höchste Grundlohn wäre 10 Mark täglich Wochenverdienst. Krankengeld 35 Mark. Mithin ein Verlust von 15 Mark wöchentlich. Allerdings kann auch der Fall umgekehrt eintreten.

Wir kommen nun noch zum § 188 der RVO. Nach diesem Paragraph kann die Kassé einen Versicherten, der bereits in den letzten 12 Monaten 26 Wochen hintereinander Krankenhilfe bezogen hat, in einem neuen Unterstützungsfall die Krankenhilfe auf 13 Wochen beschränken.

Ein Beispiel: C. erhält bei der AOKK. Berlin 26 Wochen Krankenhilfe und wird mit dem 31. März 1927 ausgeteurt. Durch neue Beschäftigung wird C. Mitglied der AOKK. Steglitz und erkrankt innerhalb der nächsten 12 Monate, also vom 1. April 1927 bis 1. April 1928 an derselben nicht gehobenen Krankheit. Die Kassé Steglitz kann nun also die Krankenhilfe für den neuen Krankheitsfall, sagen wir ab 1. August 1927 auf 13 Wochen beschränken.

Damit sind wir wohl über die Dauer des Anspruches im klaren.

# Am Pranger!

## Kindergewalt im Waisenhaus

Die Zustände im Städtischen Waisenhaus Köln-Sülz sind haarsträubend. Die Kinder, die dort untergebracht sind, werden von dem Direktor Mauel, dem Vorsteher der städtischen Waisenhäuser geradezu viehisch behandelt. Lehrlinge, die bei Kleinrentnern als Lehrlinge untergebracht sind und die von morgens 6 bis abends 22 Uhr ausgebeutet werden, sind nach Angaben verschiedener Zeugen von Direktor Mauel mißhandelt worden. Klagt einer der famosen katholischen Lehrmeister über einen Lehrling, dann soll Herr Mauel die Jungen, nachdem sie sich ganz nackt auszuziehen mußten, mit einem Rohstock über den nackten Körper geschlagen haben, bis sie schwarz und blau waren.

Kinder, die das Mißfallen des Herrn Direktors erregt haben, werden in die Backen gekniffen. Er dreht ihnen das Fleisch der Backen herum. Ferner dreht er den Kindern die Ohren herum. Im Waisenhaus in Sülz gibt es Zellen, in die die Kinder bis zu acht Tagen bei völliger Dunkelheit eingesperrt werden. Nahrung ist Wasser und Brot.

Ein Fall wurde mitgeteilt, wo ein Kind schwarz und blau im Gesicht verprügelt war. Aertzliche Zeugnisse liegen vor. Ein Stadtverordneter wurde daraufhin bei dem zuständigen Dezernenten Dr. Schwering vorstellig und verlangte eine Untersuchung. Herr Schwering, der wahrscheinlich die Anwesenheit kommunistischer Stadtverordneter bei der Untersuchung fürchtete, lehnte strikt eine Nachprüfung im Beisein kommunistischer Abgeordneter ab.

Dem Dezernenten des Wohlfahrtsamtes wurden schon mehrfach Beschwerden über die verschiedensten Abteilungen seines Dezernats vorgebracht. Herr Schwering stellt sich jedesmal auf den grundsätzlichen Standpunkt, alles was an Beschwerden von Stadtverordneten, gleichgültig welcher Partei, vorgebracht wurde, direkt abzuleugnen. Er fand dafür auch eine famose Begründung und erklärte wiederholt: es mag zugegeben werden daß die Angaben stimmen, aber das erledigt man besser im Verwaltungswege, damit in der Öffentlichkeit kein zu großer Stauk daraus gemacht wird.

Nach Schwerings Ansicht können Anspruch auf eine Wohnung nur die Obdachlosen erheben, die sich dem Verlangen der Stadt fügen, daß ihre Kinder in die Waisenhäuser gebracht werden. Bei diesen Erziehungsmethoden, wie wir sie oben schilderten, braucht sich der katholische Wohlfahrtsdezernent wirklich nicht mehr zu wundern, wenn die obdachlosen Familien lieber in die unwürdigsten Höhlen hinkriechen, als die „Wohltaten“ der katholischen Stadtverwaltung in Anspruch zu nehmen.

Die Untersuchung der Dinge gehört schon nicht mehr zu den Obliegenheiten der Stadtverwaltung, da es sich um schwere Mißhandlungen handelt, sondern in den Tätigkeitsbereich des Staatsanwalts.





# Empfehlenswerte Gast- und Vergnügungsstätten

## Vereinigte Theater

### Lobe-Theater

Sonnabend, den 7. 1. und Sonntag, 8. 1. 15<sup>1/2</sup> Uhr  
**Zu kleinen Preisen**  
**Christkindelmärchenwald**  
 Von Carl Wehr

Sonnabend, 7. 1. 20 Uhr  
**Zum ersten Male!**  
**Fünf von der Jazzband**  
 Komödie v. Joachimohn  
 Von Sonntag, den 8. 1. bis  
 Sonnabend, den 14. 1. täg-  
 lich 20 Uhr  
**Fünf von der Jazzband**

### Thalia-Theater

Sonnabend, den 7. 1. und Sonntag, den 8. 1. 15<sup>1/2</sup> Uhr  
**Zu kleinen Preisen**  
**Schneeweissen und Rosenrot**  
 von Robert Birtner

Sonnabend, den 7. 1. 28  
**Zum ersten Male!**  
**„Zinsen“**

Komödie v. Bernhard Shaw  
 Von Sonntag, 8. 1. bis  
 Sonnab., 14. 1. tägl. 20 Uhr  
**„Zinsen“**

## Palast-Theater

Breslau, Schwalbnitzstr.

Bis Mittwoch, den 9. 1. verlängert  
 Uraufführung für Schlesien

### Der alte Fritz

In der Titelrolle: **O. so Gebühr**  
 1. Teil: Friede

**Gutes Beiprogramm**  
 Jugendliche haben Zutritt u. Preis-  
 vergünstigung

Beginn: W. 4, 6<sup>1/4</sup>, 8<sup>1/4</sup> Uhr  
 S. 3, 5, 7, 9 Uhr

## Kubatzkys Gesellschaftshaus

Mehlgasse 11

Jeden Donnerstag und Sonntag  
**Großer Touren- und Schellentanz**

## Sport-Arena Jahrhunderthalle

Tel. Ring 9817

Sonntag, d. 8. Januar, abds. 7<sup>1/2</sup> Uhr

# 100 Km Mannschatts-

# Rennen

Wambst, Laquehay, Peyrode, Letourneur, Brocardo (Frankreich), Tonani, Bassi (Italien), Dewolf, Deruyter, Rielens, Hellebaut (Belg.), Kroll, Miethe, Knappe, Frach, Rüttz u. a.

Sonderprämie für den Stehplatz und die Kurve:  
**100 Flaschen Wenzel-Creme**  
 gestiftet von der Kornbrennerei Max Wenzel

Training: Sonnabend abds. 7 Uhr

## Stadttheater Breslau

(Op. rühau)

Spielplan vom 2. bis 8. Januar 1928

Montag, 20 Uhr  
**Abonnements-Vorstellung Serie D 10**  
**Der Liebestraum**  
 Dienstag, 20 Uhr  
**Abonnements-Vorstellung Serie A 10**  
**Die Prinzessin von Trapezunt**  
 Mittwoch, 20 Uhr  
**Abonnements-Vorstellung Serie B 10**  
**Rosa Eisa**  
 Donnerstag, 20 Uhr  
**Abonnements-Vorstellung Serie E 10**  
**Fidella**  
 Freitag, 20 Uhr  
**Abonnements-Vorstellung Serie C 10**  
**Jenny spielt auf**  
 Sonnabend, 19.30 Uhr  
**Die Jüdin**  
 Sonntag, 15.30 Uhr  
**Jugend-Vorstellung**  
 zu ermäßigten Preisen  
 Zum letzten Male  
**Hänel und Gretel**  
 Sonntag, 20 Uhr  
**Die Prinzessin von Trapezunt**

## Schauspielhaus

Operettenbühne  
 Tel. Stephan 36306

Täglich 20 Uhr

### Eine Frau von Sormot

Sonntag  
 15<sup>1/2</sup> Uhr

### Die Prinzessin

## Victoria-Theater

Tel. R. 2297

Nur noch 12. Jan.  
 Täglich 8<sup>1/2</sup> Uhr:

### Lilliputaner-Revue

**Muß Liebe schön sein**  
 16 Bilder  
 in Großen u. Kleinen  
 Sonntags 2 u. 4 Uhr

### Lilliputaner-Märchen-Vorstellung

„Rottkäppchen“

### Partei-genossen!

Besucht die **Sofale**,  
 die auch in der  
 „Arbeiter-Zeitung“  
 inserieren

## Groß-Breslau

Für 1. das schönste Programm  
**2 Kapellen**  
 Jeden Sonntag 4 Uhr: Mokka  
 mit vollständig. Progr. bei freiem Eintritt.

## Hopi & Görde

Grabschener Str. 191 (Depot)

Jeden Sonntag u. Dienstag  
**vornehmer Tanz**

### Probieren Sie die Fruchtweine

der Fruchtweinkellerei  
 Heinrich Nilschke, Reuschestr. 54

Gaswirtschaft „Zur Erholungsstätte“  
 Inh.: Hermann Wittke Telefon 6127  
 Breslau 16, Am Zimpfeler Weg  
 5 Minuten von der Straßenbahnlinie 1

Ausnehmer Aufenthalt  
 für Familien besonders geeignet  
 Gute Verpflegung, Ausschank von Hiaschier  
 Saal zur Abhaltung von Festlichkeiten  
 den Vereinen bestens empfohlen

### Bade Dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

## Brauerei und Ausschank Zum großen Meerschiff

Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)

Ausschank nur selbstgebrauter Biere  
 Anerkannt gute Küche — Mittagsstich von 12—3 Uhr

# Verlangen Sie überall Namslauer Bier

## Färberei Felix, Breslau 24

Grabschener Str. 249 51 Fernr. Steph. 30934

färbt, wäscht, reinigt alles!  
 Läden u. Annahmestellen in allen Stadtteilen

**Vorzügel dieses Inserats 5 Proz. Rabatt**

## Elektro-Wäscherei Odertor

Osle 7891 Rosenthaler Str. 14 Osle 7891

Die geehrten Hausfrauen können sich in kürzester Zeit ihre **Wäsche selbst waschen.**

Boden und schrankfertige Wäsche billigst und prompt.

**B. K. Commerz- u. Privatbank**  
 Rogmarkt 10.

**Achtung! Händler und Wiederverkäufer**

Billiges gespaltenes Brennholz  
 hat abzugeben Niedergasse 10

**Bestes trockenes Brennholz**

1 Sack klein gespalten frei Keller **0.80 M.**  
 1 Sack groß gespalten frei Keller **1.00 M.**  
 1 Gebund ca. 38-40 cm Durchm. frei Keller **0.60 M.**

Bei Selbstabholung in der Anstalt billiger liefert:  
 d. städt. Holzspalteanstalt, Breslau 10  
 Niedergasse 10  
 Fernruf: Ring 6941 oder Mag. 61

## Kleider- und Blusenhaus

Görlitz, Berliner Str. 1 :: Ecke Postplatz

Während des jetzt beginnenden **Inventur-Ausverkaufs** sind alle von mir geführten Waren **bedeutend herabgesetzt!**

Ich bitte um Besichtigung des Fensters u. des Lagers

## Nähmaschinen

Dürkop, Adler, Anker und Kayler für Haus u. Gewerbe

**Fahrräder**  
**Sprechapparate**  
**und Platten**

Zorb:de  
**Jahres-Lampen**  
 zum Preis 4.90

Jachmann, geleitete  
**Reparatur-Verstalt**

**Georg Greulich**  
 Laden:  
**Hummerei 52**  
 Perlestr.  
 Nr. 20

Anzahlung 10. —  
 Abzahlung:  
**monatlich 2.50**

**Sacke Seifenveränder**  
 2) Rührer Nr. 240  
 franco Nachnahme  
**P. Hoffer**  
 Büttnerstraße 20/27

## Ant.liche Bekanntmachung von Weißstein

Nach Verfügung des Finanzministers vom 1. 4. 24 sind die Hauszins- und Gebäudesteuern am 15. jeden Monats fällig und von den Hausbesitzern bis 17. jeden Monats an die hiesige Steuerkasse abzuführen. Bei Eingang der Steuern nach dem 17. jeden Monats werden die gefälligen Zuschläge erhoben und ist zwangsweise Einziehung zu gewärtigen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß die Wohnungsinhaber die in der Miete enthaltenen Steuern bis 15. spätestens 16. jeden Monats an die Hausbesitzer abzuführen haben.

Weißstein, den 4. Januar 1928  
 Der Gemeinde-Borkeher  
 Hertwig

## Görlitz

Gasthaus, Pilgerschänke,  
 Görlitz, Heilige-Grabenstr. 84  
 empfiehlt ihre Lokalitäten seinem geehrten Publikum  
 Hochachtungsvoll Familie Neumann

## Restaurant „Zum Felsenkeller“

Görlitz, Sonnenstraße 5  
 empfiehlt seine Lokalitäten einer gütigen Beachtung  
 Paul Duntel.

## Schokoladen

See, Kaffee, Kakao, Zuckermarie  
 Preis billig und billig im  
**Konfitürenhaus Zygler, Görlitz**  
 Kuhstr. 2 (Blauer Warten)

## Gasthof „Zur Altstadt“

Görlitz, Nikolaiaraben 7  
 Jeden Sonntag: **Zanmusik**  
**Jazzkapelle**

## Gasthaus „Zum gold. Anker“

Imb. Richard Baumgart  
 Ober-Leppersdorf b. Landesgut  
 empfiehlt seine neu renovierten Lokalitäten nebst großem Garten  
 Jeden Sonntag **Zanz**

## Gleiwitz

Arbeiter und Angestellte  
 besucht  
**Wendriners Gaststätte**  
 Gleiwitz, Klosterstrasse 33

## Beuthen

## Metallbetten

Anflegematratzen aus eigener Werkstatt

**Koppel & Taterka, Hindenburg**  
 Kronprinzenstraße 127 — Telefon 3190  
**Beuthen, Peterer Straße 23**  
 Telefon 2048, 2049

# VOLKS KALENDER

DER ARBEITER ZEITUNG

1 9 2 8

Bestellungen bei den Kolporturen oder direkt bei dem Verlag

Bei Selbstabholung in der Anstalt billiger liefert:  
 d. städt. Holzspalteanstalt, Breslau 10  
 Niedergasse 10  
 Fernruf: Ring 6941 oder Mag. 61

Adler- u. Dürkop  
**Nähmaschinen**  
 für Hausgebrauch  
 Feinarbeit und Gewerbe

**Sprechapparate**  
**und Platten**

**Josef Grenlich**  
 Mechanikermeister,  
 Breslau  
 Heinenstraße 24  
 Weiterhandelt  
 Zahlungserleicht.

## Proletarier aller Länder

hören Radio, worauf warten Sie noch? Kommen Sie noch heute zu uns oder lassen Sie unsernbotlich Djette machen.

**Teilzahlung ohne Zuschlag**

Neu angekommen: Gramophone  
 Schallplatten und Gramm-  
 phone sämtliche Reparaturen

**Nur im Radio Wachtplatz**  
 Breslau  
 Friedr. Wilhelmstr. 16  
 Telefon Osle 6488

## Molkerei Klein-Mochbern

Inh.: Reinhold Gotthardt

**Groß- u. Kleinhandel, Hauptgeschäft:** Fürs erste  
 Tiefgekühlte, haltbare Vollmilch  
 Eier, Butter, Käse

## Hirschberg

Arb.-Radl.-Band „Solidarität“  
 Ortsgruppe Hirschberg  
 veranstaltet  
**am Sonnabend, d. 14. Jan. 1928**  
**Großen Preis-Westenball**  
 in der **Kinderkantine, GutsMuths-Platz**  
 um 8 Uhr herzlich eingeladen wird.

## Hermisdorf

## Kaufhaus Witte

Hermisdorf  
 Waldenburg, Str. 13  
 (Vormärtschütte)

**Konfektion**  
**Damenhüte**  
 Kette in gr. Auswahl  
**Kurz- und**  
**Zabakwaren**

## Lüchtige Zeitungsverkäufer

für „Arbeiter-Zeitung“ gesucht  
 Breslau 10, Zechauer Straße Nr. 50



# Reichstagskandidatur Moste

## Chaos in der Sozialdemokratie

Es wäre eine Tragikomödie, wenn es sich nicht um den **Wit-  
mann Moste** handelte. Das Durcheinander in der sozialdemo-  
kratischen Presse, das unsere Meldung von der Reichstagskandidatur  
Mostes hervorgerufen hat, ist unbeschreiblich. Ein Teil der sozial-  
demokratischen Presse, z. B. in Schlesien und Oberschlesien, hält sich  
noch immer in Todesstille.

Ein Teil der sozialdemokratischen Presse hat Stellung genommen.  
Und das ist noch kläglich als das Schweigen. Es ist, als ob  
Schulungen stammelten, die vom Lehrer bei einem bösen Streich  
ertappt wurden. Wir greifen aus der sozialdemokratischen Presse  
bloß vier Zeitungen heraus, zwei „linke“ und zwei „rechte“, die  
„Leipziger Volkszeitung“ und die „Chemnitzer Volks-  
zeitung“, die „Rheinische Zeitung“ und das „Hamburger Echo“. Die  
erste Frage, die sie alle bewegt und um deren Beantwortung sie sich  
winden wie getretene Regenwürmer. Und jede schreibt das Gegen-  
teil der anderen:

„Hamburger Echo“: Es liegt keine Meldung aus  
einem Wahlkreis vor, aus der auch nur die Absicht zu erkennen  
wäre, den ehemaligen Reichswehrminister als Reichstagskandidaten  
aufzustellen.“

„Chemnitzer Volksstimme“: „Um es gleich vorweg  
zu sagen: Wahr daran ist, daß der scheinbar von allem Laifgefüh-  
l verlassene Moste eine Kandidatur anstrebt. Falls ist, daß irgend-  
eine sozialdemokratische Körperschaft, vom Ortsgruppenvorstand bis  
zum Parteivorstand, zu dieser Frage Stellung genommen hätte.“

„Rheinische Zeitung“: „Wir wissen demgegenüber, daß  
zahlreiche Sozialdemokraten des Wahlkreises Hannover den  
Wunsch haben, Moste zum Reichstag aufzustellen. Es ist uns bisher  
nicht bekanntgeworden, daß er grundsätzlich abgelehnt hätte.“

\*

Das andere linke Organ, die „Leipziger Volkszeitung“,  
entblättert sich nicht, folgendes zu schreiben: „Sie (die Kommunisten)  
wehren sich gegen die Reichstagskandidatur Mostes, der an dem  
Niederbruch der revolutionären Welle entscheidenden Anteil  
hatte. Aber noch ist nicht bekannt, ob die Kommunisten nicht ihre  
„Niederlagenstrategen“ von 1923, die Brandler, Fröhlich und Meyer,  
an die Spitze ihrer Liste stellen müssen.“ Ein solches Vergleiches  
sind nur solche Gesinnungslose fähig, wie die Saube und  
Liebmann. Sie und ihr Parteigenosse Moste sind doch nicht wer,

unseren Genossen Brandler, Fröhlich und Meyer, die jahr-  
zehntlang ihre ganze Kraft der revolutionären Bewegung des deut-  
schen Proletariats gegeben haben, die Schuhrtemen zu lösen!

Diese Moste-Diskussion ist ein bereites Spiegelbild sowohl für  
die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter als auch für den  
Kurs des Parteivorstandes und die Verlogenheit der „Linken“. Der  
Parteivorstand weiß, was er will. Revolutionäre Bewegungen stehen  
bevor. Der Krieg gegen die Sowjetunion wird vorbereitet. Warum  
dann Moste-Kurs ohne Moste? Und wenn Moste Mitglied  
der Sozialdemokratischen Partei ist, warum soll er nicht sozialdemo-  
kratisch Abgeordneter sein? So fragen Weiß, Müller und  
Scheidemann. Das ist der Sinn des Moste-Strandals.  
Und wenn die sozialdemokratischen Arbeitermassen sich begnügen wer-  
den, die Reichstagskandidatur Mostes zu verhindern, anstatt ihn ganz  
aus der Partei herauszuführen, wenn sie nicht die politischen Fragen  
stellen, die durch die Moste-Diskussion aufgeworfen sind — dann werden  
in Monaten oder Jahren wiederum Tausende ihrer Klassen Genossen,  
aber auch ihrer Parteigenossen, wie in den Jahren 18 und 19,  
die Schuld sühnen müssen, die jene auf sich nehmen, die nicht bereits  
jetzt den Kampf gegen den Moste-Kurs bis zu seiner letzten Kon-  
sequenz führen.

# „Die Knute muß kommen“

## Ein bürgerlicher Vorschlag zur „Strafreform“ — Prügelstrafe, Zwangs- arbeit und Lynchjustiz gefordert

Unter der Ueberschrift: „Die Knute muß kommen“, schreibt  
ein anonymes Schreiben in der Berliner „Freien Presse“ vom  
Monat November einen Artikel, den man der proletarischen  
Dresslichkeit nicht vorenthalten darf. Der Artikelschreiber  
zieht hier gegen das „Verbrechertum“ zu Felde und fordert die  
Klassenjustiz auf, mehr denn je — energischer mit den krimi-  
nellen Verbrechern umzugehen. Es heißt am Anfang des  
betreffenden Artikels:

„Die Gefühlsduselei bei Beurteilung von Verbrechen  
und Verbrechern hat Formen angenommen, gegen die man  
endlich energisch Front machen muß, denn es wird eine  
Generation von Verbrechern ja geradezu herangezüchtet...“

Kein Jahre während „demokratische“ Republik haben der  
Arbeiterklasse keine Befreiung und Erlösung von ihrem kapi-  
talistischen Zwangsloch gebracht. Im Gegenteil, ärger denn je  
ist die Notlage der Arbeiterklasse. Die kapitalistische Gesellschaft  
ist es, die Tausende zum Diebstahl treibt und sie so zu Ver-  
brechern stemmelt. Nicht aus Uebermut, sondern aus Ver-  
zweiflung, aus Hunger lassen sich die Armen dazu verleiten,  
den Weg des Verbrechens zu beschreiten. Sie sind zumeist die  
politisch Indifferentesten, die diesen Weg finden.

Es heißt dann weiter:  
„... Selten hört man von abschreckenden Strafen, die  
andere davon abhalten würden, sich gleiche Vergehen zu-  
schulden kommen zu lassen...“

Dieser Anonymus scheint entweder auf dem Mond zu leben,  
oder leidet an einer — Gehirnkrankheit und befindet sich schon  
im letzten Stadium. Man darf nur die Gerichtschroniken der  
bürgerlichen Presse durchlesen, um festzustellen, in welcher brutaler  
Weise die Klassenjustiz auch die „Kriminellen“ bestraft. Je nach  
den Vorstrafen richten sich die späteren Urteile. Aber der  
kapitalistische „Soldschreiber“, „harmlos“ wie ein neugeborenes  
Kind, weiß das natürlich nicht. Nachdem er weiter über die  
„Verbrecher“ herzieht und sie mit „Hunde“ und ähnlichen lieb-  
lichen Namen beschimpft (Er sitzt ja weit vom Schuß! Der  
Verfasser.) schreibt er dann recht „philosophisch“:

„... Zweifellos ist die humane Beurteilung von Ver-  
brechen menschlich sehr schön und eines Kulturvolkes würdig  
und ehrt diejenigen, die an das Gute im Menschen glauben  
und ehrlich durch eine geringe Bestrafung auf eine Besserung  
und Ausschaltung einer Wiederholung hinarbeiten, aber diese  
Güte ist, wie täglich tausendfach belegt werden kann, absolut  
nicht am Platze...“

Allerdings, die Ueberschrift, die sich der Anonymus zu  
seinem Geschreibsel gewählt hat, verrät genügend, was Geistes-  
kind der Artikelschreiber ist. Um seinen Auftraggeber zu  
befriedigen, schreibt er denn auch:

„... Es macht sich ein Gefindel breit, das durch die  
geringen, vielfach unverkündlichen Strafen direkt zum Ver-  
brechen animiert wird. Fort mit der Humanität und schärfste  
Strafen denen, die die Achtung vor demjenigen verloren haben,  
was ihre Mitmenschen (die sie aber mitleidlos, lebendigen  
Leibes verhungern und umkommen lassen! Der Verfasser.)  
sich in jahrelanger Arbeit und Mühe erworben haben... Die  
einzige Art der Strafe, die Aussicht auf Besserung bietet, ist  
die Prügelstrafe, dazu Zwangsarbeit, deren Ertrag dem durch  
das Verbrechen Geschädigten zukommen muß, bis sein Schaden  
ausgeglichen ist...“

Die kapitalistische Kanaille dürfte sich wohl in erster Linie  
zum Gefindel rechnen! Es würde zu weit führen, würde ich an  
dieser Stelle über alle Fragen, die Ur sachen vieler „Straf-  
taten“, Bürgerliches Gesetzbuch, Strafgesetzbuch, Klassenjustiz  
und Strafvollzug schreiben.

Das Eine steht fest: Wir wissen alle, was zumeist die Ursache  
eines „Verbrechens“ ist und wissen aus den Berichten der  
deutschen Rußlanddelegationen, daß der Strafvollzug in Sowjet-  
rußland ein wesentlich anderer ist und dort eine bedeutendere  
Verringerung von Straftaten eingetreten ist.

Obwohl nun der betreffende Anonymus zu der „Einsicht“  
kommt, der Staat müsse aber für jeden für „ausreichende Be-  
schäftigung“ und „auskömmlichen Lohn“ sorgen, schreibt er  
dennoch am Schluß:

„... Kommen die Gerichte der immer mehr sich erheben-“

# Rutte und Krummstab / Von Libertius Voten

## Wie man Kindern einen Vorgeschmack des Segenseuers gibt

(9. Fortsetzung.)

Bezüglich der Sündenvergebung gegen Geld und der Bevor-  
zugung der Reichen durch die Kirche, selbst in solchen Kleinigkeiten  
wie dem günstigen Platz in der Kirche, ist der Christus der Evange-  
lien ganz eindeutig antikapitalistisch. Die kapitalistische hierar-  
chie hat mit diesem Antikapitalisten ebensowenig Federlesen ge-  
macht wie die christliche Hierarchie und der sich auf ihre Ideologie  
stützende kapitalistische Staat es heute mit dem Kommunismus tut.  
Der das Reich des glückseligen Menschen nicht im Jenenseits sucht,  
sondern auf dieser Welt errichten will. Dabei muß er natürlich  
ebenso kirchenfeindlich sein, wie der primitive Kommunismus vor 2000  
Jahren, der ans Kreuz geschlagen wurde, vorausgesetzt einmal, daß  
die Evangelien nicht Romane eines symbolischen Feldens sind.

## „Was tut das, es sind ja nur die Sünden der Deutschen!“

Die menschliche Schwäche der Priesterschaft hat natürlich durch  
die Reformation keine Entlastung erfahren. Es gab einige Päpste,  
die die pietistischen Moden mitmachten. Im übrigen bereitet ihnen  
und dem Klerus das 6. Gebot bis in die jüngste Zeit die denkbar  
größten Schwierigkeiten. Als Ludwig XIV. und XV. und jeder noch  
so kleine Hof in Deutschland sich ihre Mätressen hielten, stand auch  
der Heilige Vater der damaligen Zeit nicht zurück. Im Kirchen-  
staat gab es — zum zweitenmal in der Geschichte der Päpste — eine  
ausgesprochene Mätressenwirtschaft mit dem Höhepunkt um die Mitte  
des 17. Jahrhunderts unter Innozenz X. Olympia Warbalschin  
war die eigentliche Monarchin des Kirchenstaates und machte ein  
großartiges Geschäft aus dem Verkauf von Klemern und  
Pfänden, die sie autokratisch wie jeder absolute Fürst der  
damaligen Zeit einfach durch Kabinettsordres an sich brachte. Sie  
war eine tüchtige Spielratte und verstand ebenso großzügig zu ver-  
lieren, wie sie sich Geld machte. Der Papst finanzierte seine Ergüsse  
selbstverständlich auch aus den Ablässeinkünften, und die gingen  
aus Deutschland, dem Lande der großherzigsten Vertrauensseligkeit  
gegenüber der päpstlichen Monarchie bei weitem reichlicher ein, als  
aus jedem anderen Staate. Olympia blieb deshalb in einer Nacht,  
als sie ungeheure Summen am Spieltisch verlor, und ihre Freunde  
einen Jorneßezsch der sehr temperamentvollen Freundin des Papstes  
befürchteten, lachend in die Worte aus: „Nacht nichts! Es sind ja  
nur die Ablässe der Deutschen!“

Es etwas blieb nicht etwa aus Italien beschränkt. Der deutsche  
Ultramontane kann nicht mit frommem Augenaufschlag an der Ge-  
schichte vorbeigehen und sich als unbelastet an seine Brust schlagen.  
Bischof Albert von Augsburg hielt es 1824 für notwendig,  
mit einem Rundschreiben hervorzutreten, in dem es heißt: „Ja, wir  
wissen es, daß es bei einigen Pfarrern schon zur Gewohnheit ge-  
worden ist, an Kirchfesten und Jahrmärkten mit ihren Köchinnen  
zu erscheinen... und in später Nacht, vollgestreift und vollgeoffen,  
nach Hause zurückzukehren.“ Die auf diese Weise hart wegen ihrer  
Köchinnen angefaßten Priester und ihre Nachfolger konnten sich bis  
in die jüngste Vergangenheit darauf berufen, daß ihre Päpste durch  
ihre eigenes Leben ihnen kein besseres Beispiel gegeben hätten.

Mit Rücksicht auf ultramontane Staatsanmüde und Richter  
darf man in der Geschichte nicht allzu weit in die Gegenwart vor-  
dringen; aber es wird wohl erlaubt sein, auf die Mätressenwirtschaft  
Gregors XVI. und auf die nachgewiesenen Amouren, auch mit  
Konnen, des Papstes Pius IX. hinzuweisen, nur um anzudeuten,  
daß nicht ältliche Romane, sondern rein tatsächliche und kapitalistische

den Forderung nach strengster Bestrafung von Verbrechern  
nicht nach, dann darf man sich nicht wundern, wenn Richter  
Lynch seinen Einzug auch in Deutschland hält und sich die  
Erregung der geschädigten Volksglieder und aller an-  
kändig denkenden und erwerbenden Menschen in Selbstkasti-  
auswirkt...“

Eine saubere „Freie Presse“, die unabhängige Berliner  
Wochenschrift, die solche Schmutzartikel veröffentlicht: „Die  
Knute muß kommen...“, aber führt uns deutlich vor Augen,  
was für einem Leben wir in der Hindenburg-Republik noch  
entgegengehen! Darum, Prolet, mach die Augen auf!

(Proletus.)

Ermägungen für die Aufrechterhaltung des Eheverbots der Priester  
maßgebend sind.

In dem Augenblicke, wo das Konkordat den Einfluß der  
Priesterchaft ins Ungemessene verschärfen soll, ist es dringlich, auf  
die fürchtbare Gefahrenquelle hinzuweisen, die die Ehelosigkeit der  
Priester, ihre Eigenschaft als Beamte einer ausländischen Macht und  
ihre Kulturhöhe für die ihr anvertraute Jugend beider Geschlechter  
heute bedeutet.

## Regierungs- und Kulturtaten des Ultramontanismus

Zu diesem Punkte folge ich durchweg dem Material, das Karl  
Dopf unter dem Titel „Dunkle Chronik“ im Signal-Verlag,  
Hamburg, im vorigen Jahre veröffentlicht hat. Er macht den Fehler,  
daß er ihm mitgeteilten Tatsachen dem Religionsystem zur Last  
zu legen. In diesem Punkte muß man dem fleißigen Autor, der  
ein erstaunliches, sicheres Material über das Wirken des ultramonta-  
nen Klerus zusammengetragen hat, sehr bestimmt widersprechen. Es  
handelt sich beim Kampf gegen das Konkordat und gegen den Ultra-  
montanismus überhaupt nicht um den Kampf gegen ein Religions-  
system, sondern gegen ein politisches Welt Herrschafts-  
system, das eine Art christlicher Religion vor-  
schreibt, aber nur als Mittel politischer Macht-  
erweiterung zu nutzen sucht.

Das Material, das Karl Dopf im wesentlichen aus Zeitungen,  
insbesondere Prozessberichten, zusammengetragen hat, ist recht be-  
achtenswert, weil es aus der jüngsten Zeit stammt und nicht einfach  
als charakteristisch für die „gute alte Zeit“ abgetan werden kann.

Zum Kapitel

### ultramontane Erziehungspraxis

hebe ich unter starker Kürzung aus Hunderten von Döpf zusamen-  
getragenen Fällen folgende typischen Vorgänge heraus.

Um seinen Kindern beim Firmunterricht einen Vorgeschmack  
des Segenseuers zu geben, hat im Jahre 1898 ein Kaplan in der Um-  
gebung von Graz, Steiermark, einigen Mädchen die Finger mit  
einem Licht angebrannt. Der Mann bekam nur Gefängnisstrafe.  
(Dieser Vorgang spielt, wie viele ähnliche, in Desterreich, einem  
Land, das sich bereits eines weitgehenden Konkordats erfreut, wie  
es der ultramontane Kanzler Marx für Deutschland erstrebt.)

Der Kaplan Hedmann in Duchenbach in Bayern (Bayern hat  
schon ein verfassungswidriges Landeskonkordat!) hat im Jahre  
1896 eine Anzahl fünfzehnjähriger Sonntagsschüler nach beendetem  
Gottesdienst in der Sakristei eingeschlossen und sie dort mit einem  
dreißig bis vier Zentimeter dicken Glodenstrang bearbeitet. Die jungen  
Leute wußten gar nicht, wofür sie geprügelt wurden. Der Kaplan  
erklärte vor dem Schöffengericht in Herzogenaurach, daß er für die  
Sünden der zwei letzten Jahre mit den jungen Leuten eine Generals-  
abrechnung vorgenommen habe, und kam mit sechs Tagen Gefängnis  
davon.

\*

Ein bekanntes Kloster bei Brüssel richtete für die Waisen-  
kinder einen Arbeitsplan folgender Art ein: 4.50 Uhr Aufstehen.  
7 Uhr Kaffee und Butterbrot. 7.30 bis 9 Uhr Katechismus.  
9 bis 12 Uhr Nähen. 12 Uhr Mittagessen aus Suppe, Kartoffeln  
und Fleisch. 1 bis 3.30 Uhr Arbeiten. 7.30 Uhr Butterbrot und ein  
Glas Wasser. 8 Uhr Schlafengehen.

(Fortsetzung nächsten Sonntags.)



## Die Front des Stahlkapitals

Der Kampf gegen die protektionistische Ausbeuterpolitik der Stahlmagnaten am Ende dieses Jahres ist unvermeidlich geworden, wenn nicht ein neuer, schmählicher Verrat und ein neues Kompromiß die einheitliche Kampffront der Arbeiter zerschneiden sollte. Wenn jener große Kampf erfolgreich geführt werden soll, muß volle Klarheit über die Bedeutung und Stärke des Gegners geschaffen werden.

### Die Herrschaft der Großkonzerne

Es gilt, festzustellen, daß gerade die im kapitalistischen Sinne fortgeschrittensten Großindustriellen, welche am weitgehendsten national und international entsprechend dem „Kartellkapitalismus“ von Hülfsleistung monopolistisch „organisiert“ sind, sehr so reaktionär und arbeiterfeindlich auftreten.

Kur acht Kräfte, die mit den wenigen übrigen „Außenleitern“ auch noch in Kartellen und Syndikaten verbunden sind, beherrschen 87,1 Prozent der deutschen Rohstahlproduktion. Das Machtverhältnis der verschiedenen Kapitalgruppen geht aus den Beteiligungsziffern an der Rohstahlgemeinschaft hervor.

Beteiligung der Großkonzerne an der Rohstahlgemeinschaft, in Mill. in Prozent der Tonnen Gesamtbeiträge

Bereinigte Stahlwerke	7,40	46,8
Linde-Hofmann	5,08	32
Krupp	1,66	10,5
Gute Hoffnungshütte	1,18	6,3
Hoersch	0,83	5,3
Möckner	0,83	5,2
Wiescher Hütte	0,57	3,6
Röchling	0,49	3,1
Mannesmann	0,40	2,6

Der Stahlverein allein nimmt also eine die übrigen Konzerne weit überragende Nachstellung ein. Im Zeichen der ungeheuren Nationalisierungspolitik wird gerade jetzt eine neue Machterweiterung des Stahlvereins, die bereits vor einiger Zeit erfolgt zu sein scheint, aber bisher verheimlicht wurde, bekannt: die Mehrheitsbeteiligung des Stahlvereins an der Linde-Hofmann-Lauchhammer A.-G. Hierdurch beherrscht nunmehr der Stahlverein maßgebend die Mitteldeutschen Stahlwerke (zu denen z. B. auch das Stahl- und Walzwerk Henrichsdorf gehört). Ferner ist die Linde-Hofmann-Gesellschaft maßgebend an dem Oberschlesischen Stahltrust beteiligt, so daß der einflußreiche Stahlverein von seiner überragenden Stellung im Ruhrgebiet aus sich auch auf die mitteldeutsche und ober-schlesische Eisen- und Stahlindustrie erstreckt. Zusammen mit dem Anteil der Linde-Hofmann-Gesellschaft kontrolliert der Stahlverein nunmehr rund 50 Prozent der Beteiligungen in der Rohstahlgemeinschaft.

### Interessengemeinschaft mit dem Elektrokapital

Durch die enge Verbindung des Stahlvereins mit dem Linde-Hofmann-Konzern ist auch eine unmittelbare Interessensverbindung mit der AEG geschaffen, denn diese ist wiederum an der Linde-Hofmann-Gesellschaft beteiligt. Sie war ja ursprünglich überhaupt eine reine AEG-Gesellschaft.

Aber auch mit dem anderen großen Elektrokonzern, der Siemens & Halske A.-G., besteht ein enges Freundschaftsverhältnis. Zwar war bei der Gründung des Stahlvereins das Kartellverhältnis der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks A.-G., die in dem Stahlverein aufgegangen war, mit dem Siemens-Schubert-Werke gelöst worden; es ist aber dennoch ein „Freundschaftsverhältnis“ auf Grund der weitgehenden früheren Bindungen aufrechterhalten worden.

So ist das Eisen- und Stahlkapital aufs engste mit einem der wichtigsten Zweige der verarbeitenden Industrie, nämlich dem Elektrokapital, in mehr oder minder offiziellen Interessengemeinschaften vereinigt. Aber auch mit den übrigen eisenverarbeitenden Industrien besteht eine Einheitsfront sowohl gegenüber der Arbeiterschaft wie auch allgemein zur Durchsetzung der Spezialwünsche der Eisen- und Stahlkapitalisten. Die Rohstahlgemeinschaft und die

### Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie

deren Geschäftsführung vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten geleitet wird, haben bei Bildung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft einen Sonderausschuß und Sonderpakt gebildet. Dieser Ausschuß setzt allmonatlich „Entschädigungen“ der rohstoffproduzierenden Industrien an die verarbeitenden Industrien fest, deren Höhe von der Erntemenge der Stahlfertigprodukte und der Differenz zwischen den deutschen Ausfuhrpreisen und den niedrigen Weltmarktpreisen abhängt. Außerdem hatte sich der Stahlverein verpflichtet, keine neuen verarbeitenden Werke aufzulassen, was übrigens im Widerspruch zu dem Aufbau der Linde-Hofmann-Gesellschaft steht.

Im Gegensatz zu dem anderen großen deutschen Trust, der IG-Farbenindustrie A.G., ist das Stahlkapital besonders aber der Stahlverein, aufs engste mit dem demokratischen Bankkapital verbunden. Dies geht schon aus der zahlreichen Vertretung der Großbanken in dem Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke hervor. Seine Mitglieder sind u. a.:

Karl Hülshuber, Berliner Handels-Gesellschaft;  
Jakob Schiffmann, Darmstädter und Nationalbank;  
Henry Rathen, Dresdner Bank;  
Arthur Salomonson, Disconto-Gesellschaft;  
César Schiller, Deutsche Bank;  
Luis Hagen, ...

### Technisch modernste Anlagen

Die deutschen Eisen- und Stahlwerke sind keineswegs technisch schlechter als die in den wichtigsten Konkurrenzländern. Im Gegenteil, sie sind technisch weit besser als die in den wichtigsten Konkurrenzländern Englands, während gleichzeitig die deutschen Anlagen weit höher als die Weltmarktpreise sind. In dem Aufsichtsrat vom 1. Juli v. J. hatte der Stahlverein z. B. selber mitgeteilt, daß von seinen 53 Hochöfen, die



Albert Hoegler

v. Siemens

Kirdorf

Möckner (Zentrum)



Louis Hagen

Otto Wolff

Silberberg

Fritz Thyssen

### Die Oberhartmacher der rheinisch-westfälischen Großeisenindustrie

meisten neuester Konstruktion, mit Schrägaufzügen und geeigneten Bunkerborrichtungen versehen sind... Die Walzwerke sind derartig ausgerüstet, daß in ihnen jedes Muster und jede Art eines Walzwerkzeugnisses hergestellt werden kann... Sowohl die Gießerei wie auch Maschinenfabriken werden auf Grund modernster Grundzüge betrieben... Das Röhrenwalzwerk in Bochum ist eines der größten der Welt... Die elektrische Kraftzentrale der Stahlunion zu Hamborn ist die größte Gußmaschinen-Kraftzentrale von Europa.

Trotz dieses glänzenden und weit über dem Durchschnitt stehenden Standes der Technik sollen die Arbeiter bei Hungerlöhnen weiterhin zehn und zwölf Stunden lang täglich schuften.

### Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter

Aber der Stahlverein selber hatte dafür in einer Veröffentlichung im vergangenen Monat feststellen können: „Vor allem dank der mangelmäßig zufriedenstellenden Beschäftigung im abgeschlossenen Geschäftsjahr ist ein angemessener Betriebsgewinn erzielt worden.“

Er hat hierbei des weiteren mitgeteilt, daß die Zahl der in seinen Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter vom 30. September 1926 bis zum 30. September 1927 von 86667 auf 94342 gestiegen ist, während dagegen die Rohstahlerzeugung eine Steigerung von 423142 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1926 (sechs Monate) auf 569804 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1927 und die Hoheisenherzeugung eine Steigerung von 378938 Tonnen auf 529221 Tonnen aufweist. Die Zahl der Arbeiter ist also nur um 8 Prozent, die Rohstahlproduktion aber um 25 Prozent und die Hoheisenproduktion um 29 Prozent gestiegen.

Die gesteigerte Produktion durch technische und organisatorische Verbesserungen einerseits, erhöhte Arbeitsleistungen andererseits, hatte nicht etwa, entsprechend den Hoffnungen der Sozialdemokratie, zur Erhöhung der Löhne, zur eventuellen Hochrechnung einer neuen Arbeitertarifpolitik geführt, was die Monopolkapitalisten im ausgeprägten Kapitalismus sich leisten konnten. Vielleicht morgen schon werden im Gegenteil die deutschen Eisen- und Stahlmagnaten zu neuen organisierten Produktionsbeschränkungen schreiten, bzw. in verstärktem Maße auf den Weltmarkt hinauszubringen versuchen. Dann sollen die von den Syndikaten diktierten Produktionsbeschränkungen durch intensivere Ausbeutung der Arbeiter „ausgeglichen“ und auf dem Rücken der Arbeiter der verstärkte Konkurrenzkampf ausgefochten werden.

Die nationalen Kartelle und Syndikate der Stahlmagnaten spielen so vom Standpunkte der Arbeiterschaft aus unvermeidlich eine außerordentlich reaktionäre Rolle. Nicht minder gilt dies aber auch von den internationalen Kartellen, insbesondere von der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, deren Bildung von der Sozialdemokratie freudig begrüßt worden war.

### Internationale Kartellklasse gegen deutsche Arbeiter

Bis September d. J. hatten zwar die deutschen Stahlindustriellen für die abgelaufenen zwei Monate 46,1 Millionen Mark an die Internationale Kartellklasse wegen Ueberschreitung ihrer Quote bezahlen müssen. Die deutschen Stahlpatrioten haben diese Summe als freiwillige Steuer, die größtent-

teils dem französischen Stahlkapital zusteht, bezahlt; denn dies war der Preis dafür, daß der deutsche Inlandmarkt den deutschen Stahlmagnaten zu unumschränktem Wucher überlassen wurde.

Die deutschen Stahlkapitalisten werden aber, wenn sie am Ende d. J. ihre Betriebe stilllegen, dann umgekehrt, entsprechend der Nichtausnützung ihrer Kartellquote, aus der internationalen Kartellklasse „entschädigt“ werden. Je Tonne nicht ausgenutzter Produktion werden 2 Dollar gezahlt; auf Grund des den deutschen Industrien in diesem Jahre ungenutzten monatlichen Produktionskontingents würden dann bei Stilllegung ihrer Werke die deutschen Stahlkapitalisten aus der internationalen Kartellklasse monatlich rund 8,46 Millionen Mark erhalten. Die französischen, belgischen, tschechischen und vielleicht in Kürze auch die polnischen Stahlindustriellen würden also vielfache Millionenbeträge den deutschen Stahlkapitalisten zur Aufrechterhaltung ihres Kampfbundes gegen die deutsche Arbeiterschaft zahlen.

So reicht bei dem gewaltigen Konflikt in der Stahlindustrie die Front des Stahlkapitals international bis zu den französischen, belgischen usw. Stahlmagnaten, national zu den übrigen großen Trusts der verarbeitenden Industrie und zu den Großbanken. Diese sind auf Grund ihres Aktienbesitzes auch unmittelbar an den Profitten des Stahlkapitals beteiligt.

Politisch kommt die wirtschaftlich so weitgehende unmittelbare Interessensverbindung des Stahlkapitals mit den übrigen Kapitalgruppen als eine völlig geschlossene Einheitsfront

### von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten

zum Ausdruck. Die führende Rolle spielt aber hierbei nicht die Partei der Großagrarien, der reaktionären Junker, die Deutsche Volkspartei, wie es der „Vorwärts“ fälschlich behauptet hat, sondern die Deutsche Volkspartei, die Partei der Industriekapitalisten. Sie hat auch die eigentliche Führung im Bürgerblock.

Die Liste der Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei bestreift den maßgebenden Einfluß der Industrie-magnaten. So ist einer der führenden westdeutschen Großindustriellen, Dr. Sorge, der Vorstandsmitglied im Aufsichtsrat und Verwaltungsrat der Friedrich Krupp A.-G. ist, gleichzeitig in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Ein anderer Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, Dr. Japf, ist als Interessenvertreter des Saarindustriellen Röchling anzusprechen. (Aufsichtsratsmitglied in der Röchling-Gesellschaft; Dinglerische Maschinenfabrik, Zweibrücken). Aber auch das Elektrokapital, das so eng mit den Stahlindustriellen verbunden ist, findet in der Deutschen Volkspartei seine unmittelbare Interessensvertretung. Der Volksparteiler v. Lamerz ist Aufsichtsratsmitglied von mehreren AEG-Gesellschaften. Ebenfalls ist der bekannte Ruhrindustrielle Otto Wolff Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Die Politik des Zentrums wird seit jeher von dem schwerindustriellen Flügel bestimmt. Florian Möckner, ebenfalls ein führender Ruhrindustrieller, ist im Reichstag Mitglied der Zentrumsfraktion.

Schließlich soll nicht vergessen werden, daß einer der maßgebenden demokratischen Abgeordneten, v. Siemens, als Vertreter eines Elektrokonzerns neben anderen „demokratischen“ Kapitalisten, im Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke A.-G. sitzt. G. Reiman.



# Internationale Politik

## Außenpolitische Wochenschau

Amerika und Frankreich. — Mittelamerikanische Konflikte. Italien und Ungarn.

Als vor einigen Wochen die Regierung der Vereinigten Staaten im Zusammenhange mit der Aufklärung der internationalen Schuldfrage sowohl Frankreich wie Deutschland gegenüber einige freundliche Gesten machte, suchte Briand die vermutete Wendung der amerikanischen Politik auszunutzen, um sich für Frankreichs europäische Konflikte die nötige Rückenbedeckung zu verschaffen: die französische Regierung schlug für amerikanische den Abschluß eines Schiedsvertrags vor, der bis zu einem bedingungslosen Verzicht beider Staaten auf die Anwendung kriegerischer Mittel in Konflikten zwischen ihnen gehen sollte. Da ein Angriff Frankreichs auf Amerika schon den rein äußeren Machtverhältnissen nach ein Ding der Unmöglichkeit ist, hätte ein solcher Vertrag nur den einen politischen Sinn gehabt, daß die Vereinigten Staaten auf Eingreifen in irgendwelche europäische Konflikte auf Seiten der eventuellen Gegner Frankreichs verzichteten: also Frankreich bei allen möglichen europäischen Konflikten zumindest ihre Neutralität garantierten. Nun liegt die Antwortnote Kellogg's, des amerikanischen Außensekretärs, vor; in tausend höflichen Ausdrücken wird betont, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Amerika so gut seien, daß auch ohne Vertragsabschluß ein Krieg undenkbar sei und dann wird vorgeschlagen, statt des bloßen amerikanisch-französischen Friedensvertrages doch lieber „die Bemühungen der beiden Mächte zu vereinigen, den Beitritt aller Großmächte der Welt zu einer Erklärung zu erwirken, in der dem Kriege als einem Instrument der nationalen Politik entsagt wird.“

Ist das nicht Pazifismus vom reinsten Wasser? Der amerikanischen Regierung genügt der ewige Frieden bloß mit Frankreich nicht — der Friede muß von allen Mächten garantiert werden! Nur schade, daß ein offizieller Zeitartikel von „Washington Post“ zu Kellogg's Note die nötigen Kommentare gibt: ein Vertrag, der Frankreich und Amerika zum Frieden verpflichtet, werde unwirksam sein, „falls eines der beiden Länder, mit anderen Mächten in einen Krieg verwickelt würde. Frankreich hat verschiedene Verbündete und ist unter bestimmten Umständen verpflichtet in den Krieg zu ziehen. „Und dann könnte eine der beiden kriegsführenden Mächte, auch Frankreich, in die Zwangslage kommen, den Handelsverkehr seiner Gegner zu unterbinden, natürlich auch den Verkehr dieser Gegner mit den Vereinigten Staaten. Der Zusammenprall zwischen den Rechten der kriegsführenden und denen der Neutralen (nämlich Amerika) würde dann aller Wahrscheinlichkeit nach einen Krieg (nämlich eine Einmischung Amerikas in den europäischen Krieg) herbeiführen.“ Und dann bekommen die pazifistischen Phrasen der Völkerbundsredner einen bösen Stoß; klar und eindeutig verurteilt das amerikanische Regierungsblatt, daß Amerika nicht mit einer Macht allein sich zum Frieden verpflichten könne, da der Völkerbundsvertrag ja die europäischen Mächte zu Kriegen verpflichtet, in denen die Vereinigten Staaten, wie obenangeführt, auf die Dauer nicht neutral bleiben könnten. Auf Kriege in Europa verzichten könne Amerika nur dann, wenn alle Großmächte dazu bereit sind. Und cynisch heißt es dann weiter:

„Es besteht keine Gefahr, daß die Großmächte dieser Herausforderung (zum Verzicht auf den Krieg) Folge leisten werden. In ihrem Völkerbund haben sie den Krieg schon als äußerstes Mittel ihrer nationalen und internationalen Politik vorgesehen. Das ist einer der fatalsten Mißgriffe jenes idealistischen und unpraktischen Planes zur Abschaffung des Krieges. Die Großmächte können Kellogg's Plan nicht näher treten, ohne den Völkerbund abzuschaffen.“

Die amerikanischen Imperialisten wissen genau, daß Kriege unvermeidlich sind — sie machen gar kein Hehl daraus, ihre Antwort an Briand als das hinzustellen, was sie ist: als ein demagogisches Manöver, von dem man ganz genau weiß, daß es einfach auf eine Ablehnung jedes Friedenspactes hinausläuft. Denn der amerikanische Imperialismus denkt gar nicht daran, auf die Rolle des Schiedsrichters in Europa zu verzichten; er wird gegebenenfalls reiflich prüfen, wer von den beiden kriegsführenden Parteien „die Rechte der Neutralen verletzt hat“ und zu wessen Gunsten man eingreifen muß. Dem Völkerbund sind sie übelgeneigt: einerseits, weil er möglicherweise (und das war auch die Absicht bei seiner Gründung) das Übergewicht einer Mächtegruppe in Europa fördern und damit den amerikanischen Interessen, mehrere möglichst gleichstarke Gegner gegeneinander auszuspielen zu können, Abbruch tun könnte — und dann, weil immerhin die entfernte Möglichkeit besteht, daß die Koalition der europäischen Imperialisten zu einem Widerstandszentrum gegen Amerika wird, wenn es seine Ansprüche zu hoch schrauben sollte. Frankreich wollte aber eben das, was Amerika nicht will und nicht zulassen kann: einen kontinental-europäischen Block unter seiner eigenen Führung — und der Friedenspakt mit Amerika sollte die französische Vorherrschaft in Europa — die zunächst allerdings mehr Hoffnung als Wirklichkeit ist — gegen äußere Angriffe schützen. Natürlich war Briand nicht so naiv, nicht voranzusehen, daß dieser Pakt für Amerika unannehmbar sein müßte; aber man versteht den ganzen Zwischenfall eben nur aus dem Zusammenhange, in dem die Frage aufgerollt wurde. In einem Augenblick, wo Amerika die Frage der Reparations- und Kriegsschuldenregelung aufwirft, will Frankreich für seine Zustimmung zu einer Herabsetzung der deutschen Reparations-schulden politische Zugeständnisse, amerikanische Garantien für seine europäische Machtstellung, erkaufen. Der Fehler der französischen Rechnung bestand nur darin, daß sie verkannte, daß Amerika auch die Frage der internationalen Schulden weniger aus finanziellen Gründen aufgeworfen hat, als vielmehr zu dem Zweck, seine Macht über Europa zu befestigen, und daß es eben darum für die finanzielle Machtposition keinen Preis bezahlen wird, der das Ziel der ganzen Aktion entwertet und einer europäischen Macht die nötige Kraft geben würde, nötigenfalls auch gegenüber Amerika selbständig auftreten zu können.

\*

Während der amerikanischen Imperialisten den bösen europäischen Kriegstreibern Vorträge über Pazifismus hält, beweist er in seiner nächsten Nachbarschaft, in Nicaragua, keine andauernde Friedensliebe. Denn was dort Amerika

treibt, ist bei Gott kein Krieg — es sind nur „polizeiliche Maßnahmen zum Schutze der Wahlfreiheit“. Die Sache ist ganz einfach: die Vereinigten Staaten hätten sich zwar wohl, ihr Recht zur Intervention in Europa preisgegeben — aber gleichzeitig verbietet die Monroe-Doktrin, deren Anerkennung anfänglich des gewünschten Schiedsvertrags von Frankreich wie von allen anderen Mächten gefordert werden wird, allen nichtamerikanischen Mächten die Einmischung in Angelegenheiten amerikanischer Staaten. Dies ist nun natürlich nicht so zu verstehen, daß etwa die Völker des amerikanischen Kontinents — zum Unterschied von anderen — ein besonders verdriltes Selbstbestimmungsrecht besitzen: vielmehr ist es ein Privileg für jene Macht, die kraft göttlicher Fügung allein berechtigt ist, sich in Angelegenheiten amerikanischer Staaten einzumischen: nämlich für den amerikanischen Imperialismus. Er ist also gewissermaßen oberste Polizeibehörde für Nord- und Südamerika: Widerstand gegen seine Anordnungen ist nicht Krieg, sondern Rebellion gegen den von Gott gesetzten Herrscher; wer ihm Widerstand leistet, ist überhaupt kein kriegsführender Staat, sondern einfach ein Vandal und wird als solcher behandelt.

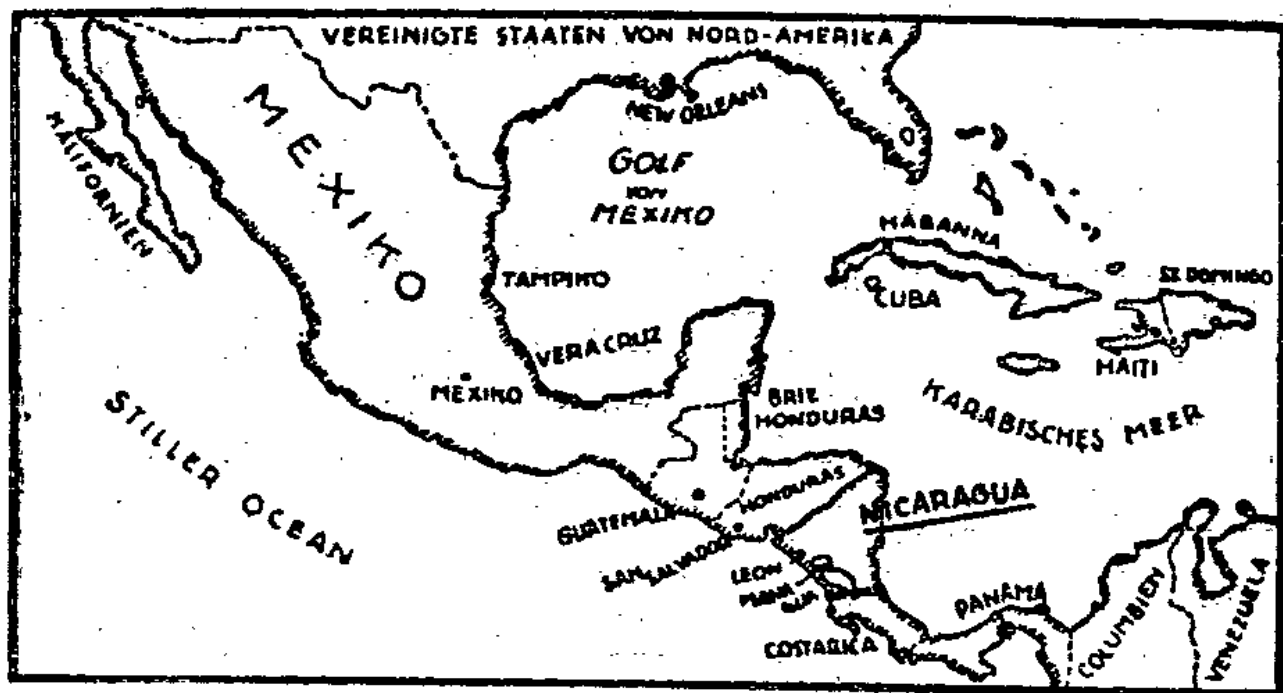
Nach diesen Grundregeln hat der amerikanische Imperialismus bekanntlich vor einiger Zeit in Nicaragua „Ordnung“ geschaffen und eine Regierung eingesetzt, die seinen Bedürfnissen entsprach, und die nun daran gehen soll, durch „freie Wahlen“ auch den Segen der Demokratie (der Segen Gottes und Morgans genügen für sich allein noch nicht) über die von Washington eingesetzte Regierung heraufzubeschwören. Unglücklicherweise traten in diesem Augenblick, wie die offizielle amerikanische Presse es ausdrückt, „Räuberbanden“ auf: das heißt, es entwickelte sich unter Führung des Generals Sarratino eine Aufstandsbewegung, die den amerikanischen Truppen sogar empfindliche Schläppen zufügte. Nun muß die „Wahlfreiheit“ gestichert, das heißt, es müssen die der amerikanischen Herrschaft Widerstrebenden ausgerottet werden, worauf sie sicher frei abstimmen dürfen: Flugzeuge werfen ihre Bomben auf nicaraguanische Städte, neue Truppenverstärkungen werden hinübergeschickt — früher oder später wird es der amerikanischen Lebermacht natürlich gelingen, ihre „Ordnung“ zu schaffen. Es ist charakteristisch, daß nach den amerikanischen Schläppen die ganze amerikanische Presse, einschließlich jener, die früher gegen das nicaraguanische Abenteuer waren, für die Entsendung der Truppenverstärkungen eintritt — die „nationale

Chöre“ ist eben bedroht. Nun sammelt sich in Nicaragua ein amerikanisches Heer von 25 000 Mann, fast genug, mehreren südamerikanischen Kleinstaaten das Lebenslicht auszublasen. Wer wird, wenn erst der Aufstand niedergeworfen ist, als nächster an der Reihe sein?

Der Charakter des europäischen „Friedens“ wurde wieder einmal durch die italienischen Waffenlieferungen an Ungarn beleuchtet. Die französischen Vassallenstaaten des ungarischen Nachbarn erheben nun stürmischen Protest — um so mehr als es klar ist, daß sich die ungarischen Rührungen gegen sie richten — und Frankreich nimmt diesen Protest natürlich auf. Die Sympathien des internationalen Faschismus sind in diesen Fragen durchaus mit Ungarn und Italien: man muß nur lesen, wie unsere deutschsprachige Presse über den Fall schreibt. Und im österreichischen Parlament hat Herr Seydewitz anlässlich einer Erklärung des ungarischen Außenministers, der die Wiederherstellung der alten ungarischen Grenzen forderte, ganz „treuherzig“ erklärt, so sei es sicher nicht gemeint gewesen; kein Mensch denke in Ungarn daran, Bestungen zurückzuerobern — die ungarischen Faschisten seien die reinsten Friedensengel. Und unmittelbar dahinter kam die Geschichte mit den Waffentransporten! Natürlich wird Italien die „legale“ Bewaffnung seines ungarischen Bundesgenossen munter fortsetzen, um so die Umklammerung Jugoslawiens, die von Säben her durch die Einbeziehung Griechenlands in das italienische Bündnisystem verstärkt wurde, weiter ausbauen zu können. Frankreich ist in der denkbar ungünstigsten Situation — zumal Rumänien infolge seiner auf den Höhepunkt gesteigerten inneren Krise aus allen seinen Berechnungen auscheiden muß. Und so werden die von England angeregten Verhandlungen über Beilegung der Konflikte zwischen Italien einerseits, Frankreich und Jugoslawien andererseits, sicher kein für Frankreich angenehmes Resultat ergeben.

### Der Streik der schwedischen Papierarbeiter

Stockholm, 6. Januar. (Sig. Drahtber.) Die Arbeiter in der Zelluloseindustrie sind gewillt, den Streik bis zum vollen Siege durchzuführen. Man rechnet damit, daß auch die Arbeiter in den Papierfabriken in den nächsten Tagen die Arbeit niederlegen werden. Die Unternehmer keinesfalls entgegenkommen zeigen, wird der Streik von längerer Dauer sein.



Zum neuen Eingreifen der USA. in Mittelamerika (Siehe „Wochenschau“).

## Mussolini gründet „sozialistische“ Partei

Mit den reformistischen Renegaten D'Arragona und Co.

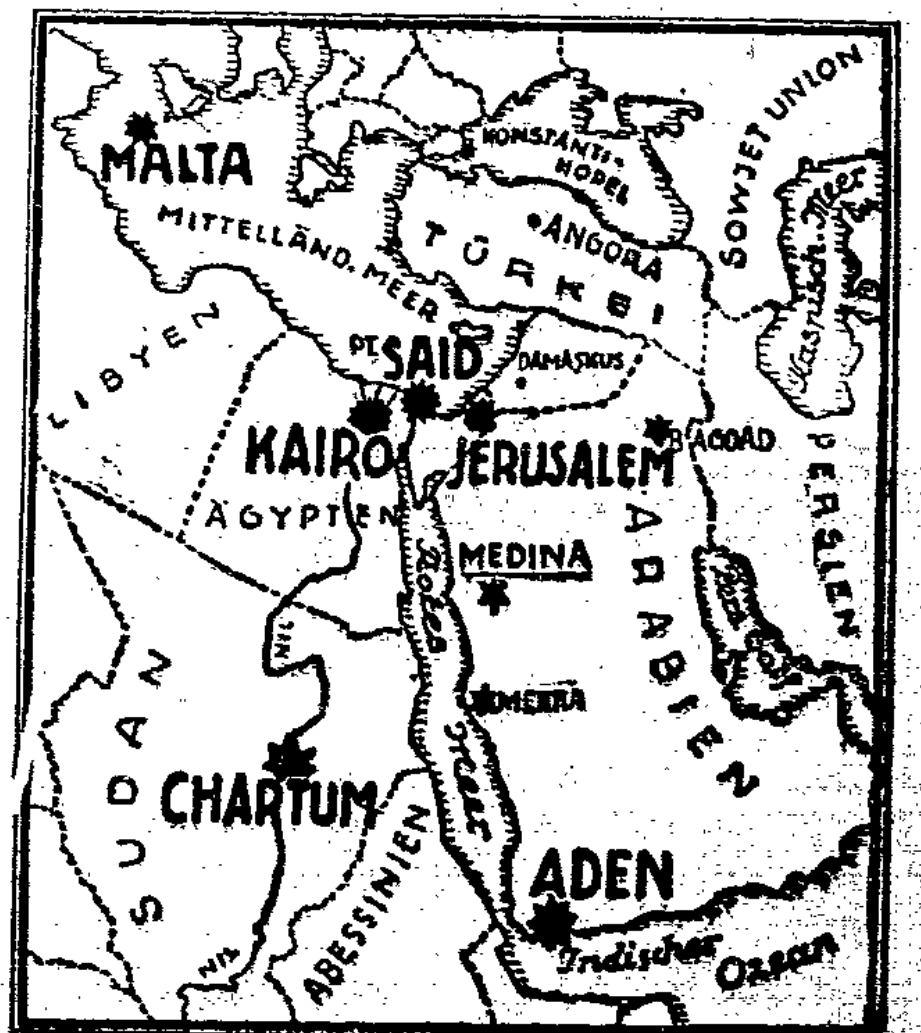
„Daily Herald“ meldet aus zuverlässiger Quelle, daß in Italien eine neue politische Partei unter dem Namen „Nationalsozialistische Partei“ in Bildung begriffen sei. Diese Partei würde die einzige politische Organisation neben der faschistischen Partei sein, die unter dem faschistischen Regime Legalität genieße. Diese Partei, die unter dem Protektorat Mussolinis gegründet werde, soll selbstverständlich keineswegs Propaganda für den Sozialismus machen, sondern den Zwecken Mussolinis dienen. Als Presseorgan wird der Partei das ehemalige Geneser Organ der unitarischen Sozialisten „Il Lavoro“ freigegeben werden. Als vernünftige Führer dieser nationalsozialistischen Partei werden die zum Faschismus übergetretenen ehemaligen Führer des italienischen Gewerkschaftsbundes, D'Arragona und seine Freunde, genannt.

Die Gründung einer Partei mit einer scheinsozialistischen Etikette ist ein bezeichnendes Symptom für die wachsenden Schwierigkeiten des Faschismus in Italien. Die anhaltende Wirtschaftskrise und die Offensive des Unternehmertums haben eine wachsende Gärung in der italienischen Arbeiterschaft hervorgerufen, die neuerlich sogar die Führer der faschistischen Gewerkschaften zwingt, den Unternehmern gegenüber an bestimmten Forderungen festzuhalten.

So ist es neuerlich zu einem ersten Konflikt gekommen zwischen dem faschistischen Reederverband und dem ebenfalls faschistischen Seeluteverband. Die Reeder wollen eine Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent durchsetzen. Unter dem Druck der Seeleute sind die Führer des Seeluteverbandes gezwungen, die Forderung der Unternehmer abzulehnen. Bisher sind Vermittlungsversuche der Regierung und des obersten Arbeitsgerichts gescheitert.

Die Gründung der „Nationalsozialistischen Partei“ mit D'Arragona und Konsorten an der Spitze ist ein Versuch Mussolinis, mit Hilfe dieser Reformisten gegen den wachsenden Einfluß der in Italien bestehenden aktiven revolutionären Gewerkschaften anzukämpfen. Diese retteten unter Anleitung der KP Italiens nach dem Verzicht D'Arragonas die italienische Gewerkschaftsbewegung vor der Gefahr der völligen Zerstückelung und haben die Leitung der Bewegung in die Hand genommen. Anherdum hat diese in Italien kämpfenden Gewerkschaften bisher nicht „anerkannt“, sondern pat-

tiert mit den in der Pariser Emigration schwebenden „Gewerkschaftsspitzen“. Man kann gespannt sein, wie sich die 2. Internationale zu der Neugründung D'Arragonas unter „sozialistischer“ Flagge verhalten wird.



Konfliktgebiete am Mitteländischen und Roten Meer



# Sozialer Ratgeber

## Rentenbeispiel aus der Unfallversicherung

6. Vollrente nach dem Ortslohn. — Volle Erwerbsfähigkeit vor dem Unfall. Hinterbliebenenrente.

Ein gewerblicher Arbeiter wird am 2. Oktober durch Unfall getötet. Er hinterläßt eine Witwe. Er war ein volles Jahr vor dem Unfall im Betriebe beschäftigt und hat an 200 vollen Arbeitstagen insgesamt 500 Mark verdient. Betriebsüblich sind 250 Arbeitstage. Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes (JAV):

$$500 \text{ M.} \times 520 \text{ (Tage)} = 625 \text{ M.} (\S 594 \text{ Abs. 2})$$

200 (Tage)

Nun war aber zur Zeit des Unfalles für den Beschäftigungsbort des Geldlohn für Erwachsene über 21 Jahre auf 3,50 Mark festgesetzt. Da der JAV des Geldlohn das Dreihundertfache dieses Ortslohnes (1050) Mark nicht erreicht, so gilt dieses Dreihundertfache als JAV. (§ 570).

Die Rente der Witwe beträgt daher:

Ein Fünftel von 1050 Mark (§ 588) gleich 210 Mark.

Hat die Witwe selbst wenigstens die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren, so beträgt die Witwenrente: zwei Fünftel von 1050 Mark (§ 588, Absatz 1, Satz 2) gleich 420 Mark.

7. Renten und Hinterbliebenenrenten von Handarbeitern.

Ein Monteur wird am 3. Juli 1925 arbeitslos und wird auf Grund der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge als Hilfsarbeiter zu Straßenarbeiten herangezogen. Er erleidet dabei am 5. November 1925 einen Unfall und stirbt daran. Er hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern.

Der auf Grund der gewöhnlichen Vorschriften berechnete Jahresarbeitsverdienst beträgt 650 Mark. Das Dreihundertfache des für den 2. Juli 1925 und für den Beschäftigungsbort (ein Landständigen) festgesetzten Ortslohnes für Erwachsene über 21 Jahre beläuft sich auf 900 Mark. An sich wären also 900 Mark zu berechnen. (§ 570.)

Nun ist aber zu ermitteln, ob die Berechnung nach dem Monteurverdienst vor der Erwerbslosigkeit ein günstigeres Ergebnis gibt. Die Berechnung wird so angeestellt, als ob der Versicherte den Unfall am 2. Juli 1923, seinem letzten Arbeitstage, erlitten hätte. Er hat in der Zeit vom 2. Juli 1924 bis 1. Juli 1925 als Monteur an 200 vollen Arbeitstagen je 8 Mark und an 100 halben Arbeitstagen (Kurzarbeit) je 4 Mark verdient. Dies ergibt als JAV:

$$200 \text{ (Tage)} \times 8 \text{ M.} + 100 \text{ (Tage)} \times 4 \text{ M.}$$

$$200 + 400$$

$$\times 300 = 2400 \text{ M.}$$

Also werden die Renten nach 2400 Mark, nicht nach 900 Mark berechnet.

Die Renten der Witwe und jedes Kindes würden an sich je ein Fünftel von 2400 Mark, gleich 480 Mark, betragen. Da sie aber zusammen vier Fünftel des JAV, gleich 1920 Mark nicht übersteigen dürfen, so werden sie gleichmäßig gekürzt, betragen daher nur je 384 Mark (§ 585). Fällt ein Berechtigter weg, so erhöhen sich die anderen Renten auf 480 Mark.

(Aus: „Der Kampf“, Organ für Gewerkschaftsbewegung und soziale Fragen.)

## Seltene Jungenchänge

Der Schönrechner: „... Die Wirtschaftsprüfer haben den Proleten das Klassenbewußtsein aus dem Herzen gerissen.“

Der Grabredner: Der tote Kamerad F. hat ein tadelloses Leben geführt, er kann sich mit Recht an die Brust schlagen und sagen: mein Leben war nicht umsonst.“

Der Referent: „Bisubstii möchte Litauen überführen.“

Der routinierte Präsident: „Der für den Antrag ist, bitte ich“

ums Handzeichen, wer dagegen ist, bitte ich den Arm unten zu lassen.“

Derselbe: „Ich bin dafür, das wir dagegen sind.“

Der Diskussionsredner: „Ich in meiner Eigenschaft als Kommission muß diesen Keil mit der brutalen Struktur zurechthweifen.“

Der Wahlsekretär: „Jedes einzelne Parteimitglied muß sich bei der Landtagung strahlenförmig über ein bestimmtes Gebiet ausdehnen.“

Der „Diplomat“: „Leider müssen wir heute noch gegenüber den Vertretern der kapitalistischen Staaten die diplomatischen Höflichkeitsformen wahren, aber wenn sie weg sind, dann halten wir ihnen die Faust unter die Nase.“

Derselbe: „Ich hatte den Eindruck, als wollte mir F. D. die Rosinen aus der Nase pulen.“

Innerliches Stabilität: „Schhardt streute seinen Samen in Hamburg aus. Bisher ist nur in Flotow die Saat aufgegangen.“

Der Festmilit: „Ich glaube, unser Parteischiff ist an einigen Stellen fest.“

Bei Gelegenheit notiert von Ernst Bollweber.

## Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm: Breslau (322,6), Gleiwitz (250,7)

Sonntag, 8. Januar, 11: Rath Morgenseier. Chor der Kreuzkirche. Oberkaplan Härtel. 12: Kammermusik. Soub.: Streichquartett B-dur. — Vorort: Streichquartett B-dur. 14: Rätsel. 14.10: Oberbürger: Glück: Freunde des schlesischen Waldes. 14.40: Anregungen für Schachspieler. 15.20: Friedrich Reineke erzählt von „Rat in der Riste“, eine ganz ungläubliche Geschichte. 16: Gleiwitz: Oberbürger: Dichter. A. Scholtis: „Nachruf“, Sonette. 16.45: Gleiwitz: Mandolinen-Orchester. Mandolinen-Verein Reuther D.S. 1922. 18: Traugott Conrad: Gereimtes und Ungereimtes. 18.30: Gleiwitz: Dr. v. Bertalanffy: Das Lebensproblem. 19.05: Junge Erzähler. Hermann Rohmann liest aus eigenen Werken. 20: Frankfurt a. M.: Orgel-Konzert. Soub.: Drei Orgel-Choralvorspiele. — Bräuner: Zwei Graduale i. gemäßigten Chor. — Wäfler: Vajragaglia i. Orgel in g-moll. — Fachelbel: Toccata i. Orgel in F-dur. — Hindemith: Konzert für Orgel und Kammerorchester. Dem Frankfurter Sender gewidmet. — Händel: Orgelkonzert d-moll. Orgel: Kapellm. Reimb. Werthen. Der Frankfurter a. cavella-Chor. Jundorf. 21.15: Seiter: Trübsal. — Erik Schubert (Sob). Blauer: Larrauco Christi. — Binder: Wenn ich einmal der Herrgott war. — Reuber: Der schlesische Jäger und der Teufel. — Goldmann: Sept. abt's Stimmung. — Nicolai: Trübsal des Falken aus „Die lustige Weiber von Windsor“. — Schabel: Klavier. — Krämer: Im freien Keller. — Enller: Weinlied aus „Der lustige Ehemann“. Anzähl.: Abendberichte. 22.30: Langmusik.

Montag, 9. Januar, 16: Eva Steinfeld: „Weihnachts- und Neujahrskränze in verschiedenen Ländern“. 16.30: Funkkapelle. Violine Dr. A. Kerstein. Bratsche: S. Jany. 18: Gleiwitz: G. Schneider: „Die Entwicklung der sozialen Schutzgesetzgebung in Deutschland“. 18.30: D. Hermann: Streikzüge durch das Reich der Erfindungen und Entdeckungen. 19.05: Dr. Boehlich: Das Erlebnis der Dichtung. 19.45: E. Landsberg: Bild in die Zeit. 20.10: Wilhelm: Buch zum 20. Todestag. Gedenkreden. — Der Maler aus „Raler Riedel“. — Der Dichter aus „Galdun Bählamm der verführte Dichter“. — Aus der „Kommen Helene“. — Aus „Julchen“. — Aus „Der Haarbeutel“. — Aus „Edwards Traum“. — Aus „Zuguterleht“. „Eden und Sein“. „Kritik des Serzens“. — Das Lied von der roten Rose. Reg. G. Herrmann. 21: Moderne Klaviermusik. Melisar: Menuett. Wiener Walzer. — Grünberg: Jagdbrevier. — Tschernomir: Canzona. — Rathaus: Sonate e-moll. — Tischen: Drei Klavierstücke. — Prof. Hoff: Maria a. „L'Amour des trois oranges“. (Ellen Speilm.) — Anzähl.: Abendberichte und Berichte des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Dienstag, 10. Januar, 15.45: Rüdiger Seiffert erzählt das Märchen „Das lange Grotel“ von Lena Witte. 16.30: Funkkapelle. 18: Theob. S. Strobov. 19: Prof. Dr. Landsberger: Die deutsche Malerei bis zu Dürer. 19.30: Pippmann: Berichte über Kunst und Literatur. 20.10: Arnold Zweig liest aus seinem Roman: Der Streit um den Sergeanten Griß. 20.50: Gleiwitz: Lieberkühne. Albert Gartner (Lenor). Lütz: Es muß ein Wunderbares sein. I. Komm im Traum. — Kreisler: Ein altes. — Weingartner: Siebeszeit. — Gröner: Madrigal. — Strons: „a meines Herzens Kronelein. Ich frage meine Name. — Wolf: „L'Amour des trois oranges“. Der Klavierführer. Im Hölzel: F. Raut. 21.30: Theodor Loos liest. Anzähl.: Abendberichte und Mitt. des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V.

für den württembergischen Hauptpastor der katholischen Glaubigen, und darum auch nicht für die „Schlesische Volkszeitung“. Wie skrupellos roh dieses Blättchen für harmlose übrigens selbst sein kann, das konnte man erst vorrige Woche wieder sehen. Die Meldung, daß in Kanton 11 kommunisten hingerichtet wurden, brachte diese „christliche“ Matulatur unter der jetzigen Überschrift: „General Tschangtaifang räumt auf in Kanton“. In dieser jedem Gefühl für Menschlichkeit baren Heberchriftsreihe ärgerte sich unversehrt die Welt darüber, daß auch das chinesische Volk damit begonnen hat, die christlichen Heilbringer zum Teufel zu jagen. Wir sind leider duldamer wie die Russen, Chinesen und Mexikaner, und darum gibt es auch bei uns noch Blätter vom Schlage der „Schlesischen Volkszeitung“ ...

„Trübe Erfahrungen“, so schreibt die „Schlesische Tagespost“, „mußte die lebenslustige Gattin eines in einer deutschen Hafenstadt anfangigen Marinestützpunktes machen; sie hatte die Abwesenheit ihres Gatten beangstigt, um mit einem Kavaliere einen Ausflug ins Riesengebirge zu machen, wo sie in einem Gebirgshotel Wohnung nahmen.“ Die trüben Erfahrungen bestanden darin, daß der „Kavaliere“ nachts mitnahm der Geliebte der liebeshungrigen Offiziersfrau verschwand. Sonderbarerweise bringt die „Tagespost“, das Leiborgan der „Luisen-Bundesfrauen“, diesen Bericht ganz kommentarlos. Scheinbar ist es keine ungewöhnliche Sache, wenn sich so eine treubeherrliche „Marinefrau“, deren Gatte für unser Geld auf einem Gefährlichen in der Welt spazieren fährt, mit einem Kavaliere auf Gebirgstouren begibt. Oder sagt sich der „Tagespost“-redakteur, daß dieser Verstoß gegen textliche Eide und Treue dadurch gemindert ist, daß der Ertragsgatte der „Ehebrecherin“ das Geld gestammt hat? Das übrigens gleichfalls unser Geld ist, welches auf dem Weg über den Marineort in die Hände der Hottentotten gestreut worden ist, wahrscheinlich, um sie in die Lage zu versetzen, während der Abwesenheit ihres Mannes mit einem Galan in verschwiegenen Gebirgshotels ein Glas auf das Wohl der preussischen Republik zu trinken.

Tagespostler, fangen wir den 2. Vers der kaiserlich-repub. württembergischen Nationalhymne:

„Deutsche Frauen, deutsche Tugend ...“

Großes Glück soll uns widerfahren. Jedenfalls ist das Organ der Gottfänger, die „Volksmacht“, dieser Auffassung. Nicht etwa, daß die Werke der profittungrigen Ehebrecherin in sozialisiert werden sollen, wie das der amüsierte Pflanzler Edele kürzlich einmal in heiterer Laune vorbrachte. — Gott bewahre! — das hat doch der Genosse Reichertschkepräsident nicht so böse gemeint ... Was also dann für ein Glück? Lesen wir in der „Volksmacht“: „Es besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, den Träger des Friedensnobelpreises, Professor Duibbe, noch im Januar zu einem Vortrag nach Breslau zu gewinnen.“ Scheinbar ist man sich über das

# Rätsel-Lila

## Buchstabenrätsel

AFIKNORT  
BEIKPRU  
ARCEFFHO  
EEHLMNR  
ABEEHNS  
ACILNRS  
AELNNOOP  
EEELMNPRTX  
AEGORRRSSTUV  
AEOPRU  
DEHMNPSTU  
ABEIKPNOR  
ABEIKOPRS  
AEHNNORV  
ACDEEHNRS

Partelgruppe  
Starkform  
Komponist  
Belgar  
Verdichtungsmittel  
amerikanischer Schriftsteller  
französischer Kaiser  
Wersuch  
Thone  
Gebiet  
Unterstützung  
Partei der französischen Revolution  
Frucht  
deutsche Stadt  
ehbare Wurzel

Die Anfangsbuchstaben ergeben einen Wunsch für unsere Leser.

## Berschnelzungsrätsel

I	II	III
Damm	Rief	Süßspeise
Baul	Als	Schweidische Universitätsstadt
Nero	Enob	Pariser Hochschule
Inge	Ners	ehemaliger preussischer Minister
Lea	Berlin	Tänzerin
Esra	Tat	Göttin
Taler	Bauch	Kurort im Schwarzwald
Sinai	Tufa	berühmtes Schiff
Dant	Esle	Datumangelger
Puls	Riste	Zehnerstück
Ob	Muse	Düsterinsel
Rat	Benno	deutscher Dichter

Die Wörter unter I und II ergeben bei richtiger Buchstaben-Umstellung Wörter von der unter III angegebenen Bedeutung. Die Anfangsbuchstaben der neuen Wörter ergeben eine sportliche Veranstaltung.

## Ergänzungsrätsel

— ra —	— me —	— te —
— le —	— me —	— ne —
— ge —	— ge —	— na —

Die Striche sind durch eine der nachstehenden 18 Silben zu ersetzen, so daß 18 neue Wörter entstehen. Die vorstehenden Silben bilden die Endsilben der ersten 9 und die Anfangsilben der zweiten 9 Wörter. Die Anfangsbuchstaben der ersten Silben und die Anfangsbuchstaben der letzten Silben ergeben einen Spruch von Lessing; die einzufüllenden Silben sind: a — bel — heln — do — er — er — grie — hel — im — loh — nor — not — ops — ra — sie — ter — tur — ni.

## Rätselauslösung aus Nr. 300

### Zahlenrätsel

Weihnachten  
Echternach  
Jungfer  
Herwegh  
Nichte  
Ygathe  
Centime  
Saugar  
Temperatur  
Epidemie  
Niederlande

### Füllrätsel

ANTENNE  
KANTINE  
SPANTEN  
SEKANTE  
DIAMANT

### Magisches Silbenquadrat

L I N E A L  
N E G L I G E  
A L G E B R A

# Wissenschaftliche Zusammenhänge

Durch die „Schlesische Volkszeitung“ erfahren wir kürzlich, daß der „heilige“ Papa in Rom, der beglaubigte Generalvertreter des lieben Gottes auf Erden, anlässlich des Jahreswechsels Veranlassung genommen habe, sich über die allgemeine Lage zu äußern. Demnach scheint er im großen ganzen mit seinem Vaden zufrieden zu sein, nur einiges bereitet ihm Mißvergnügen. Mit unabweisbarem Absichten spricht er von China, Mexiko und Rußland, wo man sogar vor „Grenzen“ nicht zurückschrecke, um die Geschäftstätigkeit seiner gegen auskömmliches Gehalt und Speisen angestellten Untervertreter zu erschweren. Leider ist der für solche Fälle vorgezeichnete „heilige Bannspruch“ schon sehr eingetroffen, so daß er sich zum Schluß gegen diese gottlosen Länder nicht mehr recht eignet.



Der Herrgottsagent im Vatikan sollte lieber den Mund nicht so voll nehmen und entziffert von „Abwesenheiten“ reden. Und auch die „Volkszeitung“ sollte schweigen, so kühnlich es auch von ihr empfunden werden mag, daß das heilige Geschäft in Rußland, China und Mexiko mehr und mehr zurückgeht. Denn was die „Abwesenheiten“ anbelangt, so mag daraus erzwungen werden, daß im Sommer vorigen Jahres in Mexiko tausenderte Katholiken unter Führung von Priestern mit dem Kaiser „Herr König Christus“ nach die Religion! eines Typographen überfielen, der mit Petruskann übergeben und angezündet wurde, wobei 140 Passagiere erlitten. Bitte, diese Tatsache hat doch sogar der in dieser Hinsicht äußerlich unerbittliche „Generalanleger“ berichtet. Daß demnach die mexikanische Regierung die ganze Pfaffenbrut schlammig aus dem Lande jagte, ist doch ganz selbstverständlich. Allerdings nicht

honorat noch nicht einig, was nötig sein wird, um diesen bürgerlichen Diplom-Friedensengel zu einer Reise nach Breslau zu „gewinnen“, wie es die „Volksmacht“ nennt.

Auf einen solchen „Gewinn“ wollen wir gern verzichten. Wir wissen, daß der bürgerliche Pazifismus ein Schmarren ist, eine Anglegenheit, die jämmerlich in sich zusammenstürzt, wenn erst wieder mal die Gewehre losgehen. Dann ist man wieder genau so patriotisch, wie man es schon im letzten Kriege war, wo sich Herr Duibbe zur Freude der Alldeutschen als Anzionist betätigte.

Aber das weiß man in der religionssozialistischen Plantage am Frankelplatz natürlich nicht. Oder man will es nicht wissen. Es wird immer schöner. Jetzt ist die „Volksmacht“ schon auf den Duibbe gekommen.

Noch immer hängt zur Freude aller echten Republikaner auf der Schweidnitzer Straße das „Kollossalbild“ der Königin Luise, von dem wir vorige Woche schon sprachen. Es hat allen Witterungsunbilden ge.roht. Was vermögen auch Schneestürme und Regenschauer gegen die Jugend einer Königin?! Da steht selbst Petrus machtlos vis-a-vis!

Damit die hohe Frau nicht so einsam ist, hat man jetzt noch eine andere Panoptikfigur auf der Schweidnitzer Straße aufgestellt. Und zwar mandelt ein paar Häuserzeilen weiter oben vor einem schwarzweißen Schilberhaus ein leibhaftiger friderizianischer Grenadier mit Perrücke und Gamaschen. Man hat diese Gestalt dort postiert, um alle vorübergehenden verfassungstreuen Elemente zu bewegen, sich den garantiert unpolitischen und historisch getreuen Film „Der Alte Fritz“ anzusehen.

Da sämtliche Bürgerchmoks auch bei diesem Film wieder ergriffen ihre bekannten Weisheiten über Lebenslosigkeit und Stammeln, sei hier wieder zitiert, was Genosse Kerken-Berlin über diesen Film schreibt: „Lamprechts Fridericus-Film ist ein gedrehtes Schulbuch aus Wilhelm's Zeiten... Man konnte natürlich ebenso gut einen Friedrichfilm drehen, wie die Russen einen Jwan-Film gedreht haben, aber dazu gehört vor allem Gesinnung, Mut und schließlich auch etwas besseres historisches Wissen und Erkenntnis. Man möchte schon einen Friedrichfilm sehen, in dem Friedrich seine Hunde zur — — — Kommunion schickt oder seine Frau mit den Worten vorstellt: „Diese alte Kuh kennen Sie ja!“ In diesem ganzen langen, langweiligen Film Lamprechts ist fast nichts vom Volk zu sehen, das unter Friedrich so unglücklich gelitten hat.“

Aber das wird natürlich die Kommistöpfe und Oberlehrersgattinnen nicht abhalten, sich ihren verführten ollen Fische anzusehen. Sie glauben es einfach nicht, daß ihr hehrer Held seine Frau als eine „alte Kuh“ bezeichnete, als er sie einmal vorstellen mußte. Sie halten das bestimmt für eine böswillige kommunistische Verleumdung ...

muscha.



Kleibömer's Tikonowfeldern

Den Beamten gewidmet, die in der Neujahrnacht auf rote Frontkämpfer einschlugen.



Wir sind die Garde von dem Präsidium. Blüht wer Schalmern, Den hau'n wir lahm und krumm. Man hat gelernt doch als Soldat Befehle auszuführen. Herr Kleibömer ist Demokrat, Da kann uns nichts passieren.

Offener Brief an Herrn Maché

Herr Maché!

In einer öffentlichen Versammlung in Strehlen am 4. Dezember 1927 stellten Sie in Ihrem Referat folgende Behauptung auf: „Führende schlesische Kommunisten sind bereits zu den Deutschnationalen übergetreten.“

Als Diskussionsredner richtete ich die Frage an Sie, wie der Name wenigstens eines dieser übergetretenen führenden Kommunisten lautet.

Schließlich verlegten Sie in Ihrem Schlusswort wörtlich: Ich kann mich im Moment auf den Namen nicht besinnen. Ich weiß aber ganz bestimmt, daß es ein kommunistischer Eisenbahnassistent in Freiburg war.

Schon diese Erklärung war ein Rückzug, da Sie den führenden Kommunisten bereits fallen ließen. Von der Ortsgruppe Freiburg der kommunistischen Partei erhielt ich auf meine Frage, ob Ihre Behauptungen zuträfen, die Antwort, daß

- 1. niemals ein Eisenbahnassistent Mitglied der Partei war; 2. niemals ein Mitglied zu den Deutschnationalen übergetreten ist.

Die „Arbeiter-Zeitung“ richtete daraufhin noch einmal öffentlich die Frage an Sie, wie der Name lautet. Sie haben darauf geantwortet:

Es steht deshalb außer allem Zweifel, daß Sie sich Ihre Behauptung aus den Fingern gesogen haben. Sie war also eine glatte Lüge. Sie stehen damit vor der schlesischen Arbeiterpartei als öffentlich gebrandmarkter Lügner da.

Max Aubert

Neuzeitliche Wiederaufnahme der Voruntersuchung im Mordfall Rosen

Wie wir erfahren, sind dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Franz, durch die Staatsanwaltschaft die Akten des Mordfalles Rosen zugestellt worden mit der Aufforderung, die Voruntersuchung gegen Frau Neumann von neuem aufzunehmen. Bisher ist noch nicht bekannt, ob irgendwelche besonderen Momente in dieser leidigen Angelegenheit aufgetaucht sind; denn bekanntlich war vor einigen Monaten die Voruntersuchung vom Untersuchungsrichter ergebnislos abgeschlossen worden, worauf er die Akten der Staatsanwaltschaft einreichte. Damals mußte Frau Neumann, weil die in jahrelangen Rügen von Polizei und Gericht zusammengetragenen Beweismittel gar zu kümmerlich waren, aus der Haft entlassen werden.

Das Herumwurzeln von Polizei und Gericht in dem Mordfall Rosen fordert zu schärfstem Protest heraus. Wenn die in diesem Prozeß angewandten Methoden überall zur Durchführung kommen, dann Gnade denjenigen, auf die aus irgendwelchem Grunde Tatverdacht fällt. Sie sind ihr ganzes Leben lang vor der „Gerechtigkeit“ nicht mehr sicher. Sie werden einmal verhaftet werden, monatelang in der Zelle sitzen, dann wird man sie entlassen, weil die Ermittlungen nichts ergeben haben. Man wird sie ein zweitesmal verhaften, sie werden monatelang in der Zelle sitzen, dann wird man sie entlassen, weil die Ermittlungen wieder nichts ergeben haben. Das kann ihnen ein drittes, ein viertes usw. mal passieren. Sie werden darauf bringen, daß endlich in einer Hauptverhandlung die Frage „schuldig oder nicht schuldig“ beantwortet wird. Die Polizei wird mit den Akten zuden, der Untersuchungsrichter wird mit den Akten zuden, und die Staatsanwaltschaft auch. „Man müsse erst noch mehr ermitteln.“ Und dann kann das nette Spiel von neuem beginnen. Verhaftungen, Entlassungen, Verhaftungen....

Stärkender: wirklich tröstliche Ausblicke.

Regierungsrat Heydebrand ist beruhigt

Bekanntlich wurde im Heydebrandprozeß durch die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingeleitet. Diese stützt sich auf „formale Fehler“ und nennt als solche die Nichtbereidung eines Sachverständigen als Zeugen und eine Allgemeinverurteilung des § 211 des Strafgesetzbuches. Wie leicht die Staatsanwaltschaft sich diese ganz offensichtlich nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung eingeleitete Verurteilung gemacht hat, geht daraus hervor, daß in der jetzt vorliegenden Begründung der Revision mit keinem Worte gesagt wird, was die Staatsanwaltschaft eigentlich gegen die Prozeßführung zu sagen hat. Dies nimmt nicht wunder, wenn man hört, daß Staatsanwalt Müller, der sich in der Gerichtsverhandlung selbst zum Verteidiger des, des

Olub Bronblinne Ojnwistbölmu

Nachtbetrieb im Trocadero

Besonders in jener Zeit, als die Polzeistunde noch auf 1 Uhr festgesetzt war, bildete sich bei einer gewissen Gruppe von Lokalen der Brauch heraus, durch Veranstaltung von sogenannten „Nachtfesten“ dem nächtlichen Amsterbedarfs der Schwerbedienten Rechnung zu tragen. Für ein solches „Nachtfest“ war eine polizeiliche Konzession notwendig, und die bekam man immer, wenn man einen Vereen als Veranstalter vorschob oder aber den Nachtbetrieb als „Wohltätigkeitsveranstaltung“ aufzog. Bei einer Gerichtsverhandlung, die kürzlich stattfand, konnte man einen Blick hinter die Kulissen dieses „Nachtfest-Gewerbes“ tun. Angeklagt war der Kellerer R., der für das Weinhaus „Trocaadero“ lange Zeit hindurch die polizeilichen Konzessionen für den Nachtbetrieb besorgte. Er hatte dafür jedesmal eine Geschäftsgebühr von fünf bis zehn Mark zu zahlen. Er ließ sich aber vom Wirt des Lokals nicht den tatsächlich verausgabten Betrag erstatten, sondern er machte geltend, daß die Polizei sich die Verlängerung der Polzeistunde sehr teuer bezahlen lasse. Und so verlangte und erhielt dieser Kellerer, der hier nicht als Arbeitnehmer, sondern als der eigentliche Nachtfest-Manager fungierte, in über vierzig Fällen vom Wirt des Lokals nicht den tatsächlich verausgabten Betrag um meistens eine Stunde jedesmal 125 Mark ausgezahlt. Als das dem Lokalinhaber auf die Dauer zuviel wurde, ging R. im Preise zurück und nahm von da an „nur“ noch 68 Mark pro Konzession. Man kann daraus entnehmen, was in einem derartigen, dazu nicht sonderlich großen Lokal verdient werden muß, wenn allein für die Verlängerung der Polzeistunde um eine Stunde 125 Mark gezahlt werden konnten. Die Besucher solcher Nachtlokale sind natürlich dieselben Leute, die auf die „miserable Geschäftsfrage“ hinweisen, wenn sie ihren Arbeiter oder Angestellten ein paar Pfennige Lohn zulegen sollen.

Das mühselos erworbene Geld soll R. nun selber gleichfalls in anderen Nachtlokals durchgebracht haben. In der Anklage wurde ihm nicht nur Betrug vorgeworfen, sondern auch Urkundenfälschung und Erpressung. Er soll die polizeiliche Bewilligung in vielen Fällen abgedrückt haben, so daß die Konzession dann bis 3 Uhr statt bis 2 Uhr lautete. Dann soll er seinem Chef einige hundert Mark abgedrückt haben, indem er ihm drohte, gewisse Manipulationen mit der Bezeichnung anzugehen. Zwei medizinische Sachverständige führten aus, daß der Ange-

klagte Epileptiker ist, und als solcher an einem gewissen Schwachsinne leide. Trotzdem hielt ihn das Gericht für verantwortlich und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten.

Der „scharfe“ Staatsanwalt

Eines Nachts wurde der Schaufenster eines Outgeschäfts zerbrochen und daraus drei oder vier Hute gestohlen. Der dieser Tat Beschuldigte ließ sich bei der Verhandlung nicht nachweisen, daß die Einbruchsdiebstahl ausgeführt hätten. Infolgedessen erkannte das Gericht auf Freispruch.

Der Staatsanwalt hatte gegen den Hauptangeklagten ein Jahr Gefängnis beantragt. Ein Blick für den Beschuldigten, daß der Staatsanwalt nicht als Vorstehender fungiert.

Ein Jahr Gefängnis oder Freispruch: das ist doch immerhin ein kleiner Unterschied...

Was sagt Kraus dazu?

Eine Verhandlung im Amtsgericht Zimmer 169. Richter: Zeugen, wollen Sie den Eid in der religiösen oder in der neuen Form ableisten? Sie haben selbst darüber zu entscheiden.

Bergin: (schweigt).

Richter: Na, das müssen Sie doch wissen! Gehen Sie in die Kirche oder nicht? Sind Sie fromm oder sind Sie Sozialdemokrat?

Wärde dieser Richter den frommen Sozialdemokraten Kraus kennen, hätte er seine Frage sicher anders formuliert; denn Sozialdemokrat und „fromm“ sein, das läßt sich durchaus miteinander vereinbaren. Kraus ist der Beweis dafür.

Schlechter Dan!

Der vierzig Jahre alte Karl Krebs hatte sich an der sechs-jährigen Tochter seiner Schwägerin, die ihn aus Mitleid bei sich aufgenommen hatte, geschlechtlich vergangen, so daß das Kind sogar erkrankte. Das Gericht hielt die vom Staatsanwalt beantragte Strafe von einem Jahr Gefängnis für zu gering und verurteilte Krebs zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Die ländlichen Arbeitslosen erwachen

Gründung eines Gewerbslosenvereins für Neumarkt-Stadt und Land

Noch schlimmer wie die städtischen Gewerbslosen fühlen die Arbeitslosen auf dem Lande schon jetzt die Segnungen des vom Bürgerblock bescherten und von der SPD. mitangenommenen und als Fortschritt gepriesenen Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Besonders die Kaufschubbestimmungen für die sogenannten Saisonarbeiter, unter die, nach den Auslegungen der Landesarbeitsämter nicht nur die Maurer, sondern sogar die Bauhilfsarbeiter, Maler, Lackierer usw. fallen, sind es die ungeheure Erbitterung unter den ländlichen Arbeitslosen, die teimerlei Wohlfahrtsunterstützung empfangen, hervorgerufen. Die Arbeitslosen von Neumarkt Stadt- und Landkreises, die besonders hart unter dieser Auslegung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes leiden, hatten daher für Donnerstag nachmittags 2 Uhr im „Gel en Löwen“ eine Versammlung einberufen, um gegen das Schandgesetz zu protestieren und einen Ausschuss zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu wählen. Die Versammlung war von etwa 300 Arbeitslosen, Männern und Frauen, besucht. Arbeitslose des Landkreises hatten Wege von drei bis vier Stunden, trotz der schlechten Witterung und erbärmlicher Wege nicht gescheut, um an der Versammlung teilzunehmen.

Genosse Dombrowski kennzeichnete das reaktionäre Gesetz und die Verschlechterungen, die es bringt. Er wies an Hand zahlreicher Beispiele nach, wie mit den ländlichen Arbeitern Schindluder getrieben wird. Einem Gewerbslosen in Neumarkt wurde von der Spruchkammer die Arbeitslosenunterstützung wegen „ungebührlichen Betragens“ auf die Dauer von einer Woche gesperrt. Der Arbeitsnachweisleiter Sonnberger hatte sogar zwei Wochen beantragt, und die SPD-Vertretung in der Spruchkammer hielt es nicht für ihre Pflicht, diese Befragung eines Arbeiters abzulehnen, sondern stimmte für die einwöchentliche Sperre. Arbeitslose mit drei Kindern erhalten in Neumarkt 16 Mark die Woche und müssen davon noch etwa 4 Mark Miete die Woche zahlen, welche erhalten noch weniger. Das Wohlfahrtsamt lehnt alle Zuschüsse ab. Witzschüsse, Kohlenhilfe, ab Nach langem Hängen und Würgen hat der Magistrat in Neumarkt für 300 Gewerbslose ganze 500 Mark Wirtschaftshilfe bewilligt.

Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf für die Beseitigung dieses Gesetzes, das sie, jetzt durch die Verordnungen über die Wartezeit der Saisonarbeiter voll auswirkt, aufnimmt. Fort mit diesem Schandgesetz. Fort mit dem Bürgerblock, muß die Lösung der Arbeiterfrage in Stadt und Land sein.

Genosse Jilla, Vertreter des Landesauschusses der Gewerbslosen, beleuchtete die Tätigkeit des Breslauer Gewerbslosenvereins und bewies den Anwesenden durch zahlreiche Beispiele, daß es bei Organisation der Gewerbslosen sehr wohl möglich ist, für diese Witzschüsse, Kohlenhilfen, Wirtschaftshilfe zu erkämpfen. Er erläuterte die Aufgabe der Gewerbslosenausschüsse und ergänzte die Kritik des Genossen Dombrowski an dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und der schändlichen Haltung der SPD-Führer. Beide Referate fanden die fürstliche Zustimmung der Versammelten. Nur mit Mühe gelang es, dem anwesenden Vertreter des Arbeitsamtes, dem Arbeitsnachweisleiter Sonnberger, sich durchzusetzen und sich gegen die Vorwürfe, die man ihm gemacht hatte, zu verteidigen. Er wurde wiederholt von dem Umwillen der Versammlungsteilnehmer am Reden verhindert. Sonnberger mußte zugeben, daß das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz unerhörte Härten in sich birgt, und die Wohlfahrtsleistungen der Stadt Neumarkt und des Landkreises gleich Null sind.

Der „auwändig“ anwesende Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Parteisekretär Schliefer, bemühte sich vergeblich, die Haltung seiner Partei zu rechtfertigen. Die Erbitterung unter den ländlichen Gewerbslosen gegen die SPD. war so stark, daß minutenlang Widerstand den Redner unterbrach und er es nur den Breslauer Genossen zu verdanken hatte, daß er seine sehr schwache Entschuldigungskrede, die auf keinen Gewerbslosen Eindruck machte, zu Ende halten konnte. Mit der Wahl eines fürstlichen Gewerbslosenausschusses und einem Schlusswort der Genossen Jilla und Dombrowski endete die von gutem Kampfwillen der ländlichen Arbeitslosen zeugende Versammlung. Bereits während der Diskussion kamen Gewerbslose aus den entlegenen Dörfern an die Referenten heran und hielten, auch in ihren Orten Versammlungen abzuhalten.

Norbes angeklagten Regierungsrates aufschwang, die „Begründung“ der Berufung verfertigt hat.

Nebrigens hat das beste Werturteil über den Schachzug der Staatsanwaltschaft Regierungsrat v. Heydebrand selbst gegeben, indem er erklärte, „er werde v. n. sich aus keinerlei Schritte unternehmen, da seiner Meinung nach die Revision und ihre Begründung kaum imstande sein wird, das freisprechende Urteil umzuwerfen.“

Aus einem Stahlhämmerbetrieb

Der Arbeiter Josef Schomberger wurde am 2. d. M. wegen einer gerichtlichen Differenz mit einem Werkmeister von der Firma „Neue Glanzstoffwerke A.-G.“ fristlos entlassen. Der christliche Betriebsratsvorsitzende der Firma, dessen Belegschaft größtenteils unorganisiert ist, und zu einem erheblichen Teil aus Stahlhämmermitgliedern, die unter Umgehung des Arbeitsnachweises auf Grund von Protektionen eingestellt werden, besteht, tat nichts, um dem Kollegen zu seinem Rechte zu verhelfen. Er erklärte abschließend, er könne nichts für ihn tun. Für das Vorgehen der Firma ist es noch bezeichnend, daß der Arbeiter aufgefordert wurde, unverzüglich seine Sachen zu packen und sofort den Betrieb zu verlassen. Es wurde ihm angedroht, daß er evtl. Bekanntheit mit den Summirkämpfern der Stahlhämmer machen könne, die in dem genannten Betrieb zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengeschlossen sind. So geht es den Arbeitern dort, wo die gelben Unternehmerrechte dominieren und Christen Betriebsrat spielen. Hoffentlich wird der Vorfal vielen Kollegen in dem genannten Betrieb die Augen öffnen und sie veranlassen, sich sofort freigewerkschaftlich zu organisieren.

Selbststrafen müssen doppelt bezahlt werden? Ein Arbeiter von der Bismarckstraße protestierte bei einer Gerichtsverhandlung

dagegen, daß er dreieinhalb Stunden warten mußte, bevor er aufgerufen wurde. Er wurde dafür wegen „Ungebühr vor Gericht“ zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Er zahlte diese an der Kasse des Oberlandesgerichts. Vorgefunden aber tauchte in seiner Wohnung der Gerichtsvollzieher auf, und nahm der Ehefrau des Arbeiters unter Pfändungsandrohung trotz ihres Protestes noch einmal 10 Mark — samt Einziehungskosten ab. — Das muß eine merkwürdige Buchführung sein, die da bei den Gerichtskosten herrscht. Würde ein Zeuge g. B. aus „Vergeßlichkeit“ etwa doppelte Zeugengebühren nehmen, so wäre ihm eine Verurteilung wegen Betrages sicher. Bei den Gerichtskosten ist das etwas anderes.

Noch eine Zustimmung zur Eingemeindung. Die Gemeinde Stadelwitz hat am 4. Januar dem Eingemeindungsabkommen mit der Stadtgemeinde Breslau einstimmig zugestimmt.

84 Steuerbrüderberger in Breslau-Mitte. Wegen Juwelierhandlung gegen die Steuergerichte ist vom Finanzamt Breslau-Mitte in den Monaten Oktober bis Dezember gegen 84 Steuerpflichtige auf Geldstrafen von 8006 RM. rechtskräftig erkannt worden.

Zufammenstoß zweier Straßenbahnzüge. Gestern 8 Uhr fuhr an der Ede Gartenstraße und Neue Schweinitzer Straße ein Wagen der Linie 2 mit einem Wagen der Linie 8 zusammen. Die Scheibe des einen Wagens ging in Trümmer, wodurch ein Fahrgast Schnittwunden davontrug. Beide Wagen konnten ihre Fahrt fortsetzen.

Selbstmordversuch auf offener Straße. Der etwa 30 Jahre alte August Stanz aus Peterswaldbau schloß sich an der Rosenthaler Brücke in den Kopf. Er wurde schwer verletzt nach dem Georgstrankenhaus geschafft.

Fluchtversuch eines Geisteskranken. Ein Pfleger der Kerenheilanstalt Einbaumstraße war zur Zahnbehandlung in das Alexander-Hospital geschafft worden. Auf dem Rückwege entließ er an der Wilhelmstraße. Er konnte aber von dem Wärtin und einem Schutzpolizeibeamten wieder eingepolt werden.

Achtung Inserenten!

In Breslau versuchen zwei Leute namens Koster und Gumpinsky, angeblich im Auftrage der Inseraten-Expedition Berlin, Inseratenaufträge für die „Arbeiter-Zeitung“ Breslau abzuschließen. Wir warnen alle Geschäftsleute vor Witzschüssen mit diesen Leuten, da dieselben hierzu nicht berechtigt sind, und wiederholen auch an dieser Stelle, daß kein Akquisiteur berechtigt ist, Gelder zu kassieren und jeder sofort als Schwindler abzuweisen ist, der ohne besonderen Auftrag vom Verlag Inseratengelder kassieren will. Der Verlag.

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier

Donnerstag, 19. Jan., 20 Uhr, Zentralballsaal Westend. Aus dem Programm: Revue (21 Bilder), Ansprache, Rezitation. In diesen Tagen werden die Eintrittskarten herausgegeben.

Außerst wichtige Probe aller Mitwirkenden Sonntag vorm. 10 Uhr „Reifung“ Waldstr. 10



# Waldenburger Bergland Aus dem Rothenbacher SPD.-Kampf

## SPD.-Lagerhalter Ihmann zerrt einen Arbeiter vor das bürgerliche Gericht — Der Arbeiter freigesprochen

Bereits des öfteren haben wir Gelegenheit genommen, die Zustände innerhalb der Rothenbacher Sozialdemokratie zu besprechen. Dabei hat es sich gezeigt, daß die SPD. alles andere, nur keine Partei ist, die in der Lage oder auch nur gewillt wäre, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Heute können wir einen weiteren Fall mitteilen, der sich würdig an die vorangegangenen reiht.

Vor einiger Zeit stellte sich der Lagerhalter Ihmann durch einige Äußerungen des Arbeiters F. beleidigt. Statt in offener Aussprache die begangenen Fehler zuzugeben, hatte der Sozialdemokrat Ihmann nichts Geringeres zu tun, als nach Rücksprache mit dem Wahlvereinsvorstand die Sache dem Landrat in Landesgut zu unterbreiten, der sie sofort an die Staatsanwaltschaft weiterleitete. Nach den üblichen Vernehmungen wurde das Hauptverfahren vor dem Amtsgericht eröffnet. Die wichtigsten Stellen des Eröffnungsbeschlusses lauteten:

„Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen den Arbeiter F. ... welcher hinsichtlich verächtlich erscheint... den stellvertretenden Gemeindevorsteher, Lagerhalter Ihmann in Rothenbach beleidigt und in Beziehung auf diesen nicht erweislich wahre Tatsachen behauptet und verbreitet zu haben ... indem er behauptete, Ihmann habe seine Entlassung bei dem Betriebsleiter Herrmann herbeigeführt und ihn um sein Brot dadurch gebracht, ferner, die Gemeindevertretung habe Herrn Schöber, früherer Gemeindevorsteher, 10 000 Mark geschenkt... das Hauptverfahren ... eröffnet.“

Am 31. Dezember fand nun der Termin in Hirschberg statt. Zu seiner Verteidigung führte der Arbeiter an: Im August 1927 hatte der frühere Gemeindevorsteher Schöber für sich und seine Frau ein unläsbares Darlehen von 10 000 Mark zu 3 Prozent beantragt. Die Bürgerlichen waren gegen die Genehmigung, aber die Mehrzahl der sozialdemokratischen Vertreter befürworteten es. Zu dem zweiten Teil der Anklage gab der Arbeiter F. an, daß er in der Wadauentschäft beschäftigt gewesen ist, und statt dem tariflichen Stundenlohn von 66 Pfg. nur 55 Pfg. empfangen hat. Das ließ er sich natürlich nicht gefallen. Ebenfalls hat er es zugegeben, daß auch an die Waldarbeiter der Tariflohn gezahlt wurde. Dieser Umstand — das Eintreten für tarifliche Bezahlung — gestillt einigen SPD.-Größen entschieden nicht. So jagte z. B. der Gemeindevorsteher Geißler zu den Waldarbeitern:

„Der F. wird ja sehen, wie weit er fahren wird.“

Und tatsächlich: Am 12. Mai wurde F. nach einer anderen Arbeit vermittelt, wo er einen Wochenlohn von 5 Mark hatte.

Selbst der Staatsanwalt mußte Freisprechung beantragen. Das Gericht trat dem Antrag bei.

Der Ausgang des Prozesses und die bei der Verhandlung an die Öffentlichkeit gelangten Sachen zeigen in aller Deutlichkeit, daß die SPD.-Arbeiter alle Veranlassung haben, sich ernsthaft die Frage vorzulegen, ob ihre Partei noch den Anspruch auf den Titel „Arbeiterpartei“ erheben kann.

## Die Stilllegung der Viktorgrube unausbleiblich?

Die SPD. meldet: Wie schon mitgeteilt wurde, beabsichtigt die neugegründete Niederschlesische Bergbau-A.G., die Viktorgrube in Gottesberg stillzulegen. Trotzdem sich die Gemeldeten des Oberen Kohlenreviers mit aller Entschiedenheit dagegen gewandt haben, weil die Stilllegung ihre wirtschaftliche Vernichtung bedeuten würde, scheint die Stilllegung jedoch nicht mehr aufzuhalten zu sein. Der größte Teil der Angestellten und Beamten der genannten Grube hat zum 31. März die Kündigung erhalten und aller Wahrscheinlichkeit werden nun die Kündigungen der Bergarbeiter erfolgen. Die geübtesten leitenden Beamten der Viktorgrube sind bereits auf anderen Becken untergebracht worden. Die Zukunft der Angestellten und der noch zur Entlassung kommenden Arbeiter dagegen ist höchst unklar. Es ist sehr zweifelhaft, ob die neue Bergwerks-A.G. ihr Versprechen wahr machen und alle zur Entlassung kommenden Arbeiter auf anderen Becken unterbringen wird.

Die reformistischen Führer, darunter auch der superschlaue Hoffmann vom W.B., befürworten die Rationalisierung und protestieren nicht gegen die beabsichtigte Stilllegung der Viktorgrube, weil sie den Grubenbesitzern glauben, die das Versprechen abgeben, die Arbeiter auf die anderen Gruben zu nehmen und die Bergarbeiterlöhne allgemein zu erhöhen. Jetzt scheint es, daß die harte Sprache der Lasten der Bergarbeiter beweisen wird, wie verlogen und naiv die Haltung der reformistischen Führer war und ist.

## Groß-Waldenburg

### Lohnerhöhung?

(Arbeiterkorrespondenz)

Einige Tage nach dem Ersten jedes Monats erfahren die Kumpels im Bergbau, was sie im vorhergehenden Monat verdient haben. Dieses Mal sieht man nur enttäuschte Gesichter. Daß im Dezember auf Grund der herausgehobenen Leistungen nicht viel zu verdienen war, war voranzusehen, aber viel schlimmer ist's noch gekommen. So haben auf dem Wismarschacht fast sämtliche Kameradschaften nur 6 Mark und darunter drei Schicht verdient. Am ehesten schneiden die Schlepper auf Grund des famosen Bedingehens ab. Die Erbitterung der Kameraden ist infolgedessen groß und steigert sich jetzt noch, wo die Bedinge für Januar abgeschlossen werden. Trotz der elenden Verdienste im vorigen Monat denken die Herren nicht daran, die Leistung herabzusetzen. Ein besonders eifriger Beamter ist der Jahrsleiter Wende, der kommt er zu einer Kameradschaft, um das Bedinge zu diskutieren, so bringt er ein ganzes Reglon von Schimpfwörtern mit, von denen er bei den Verhandlungen dann reichlichen Gebrauch macht. Trotzdem die Kameraden nach dem alten Bedinge den neuen Tariflohn bei weitem nicht erreichen, soll in den meisten Fällen das Bedinge bestehen bleiben. Nach den Kameraden Einwendungen, so wirft er ihnen Faulheit vor. Entweder die Kumpels geben nach oder es kommt zu keinem Bedingeschluß. Demzufolge kann man sich heute schon ein Bild machen, wie zum Februar der Lohn tag ausfallen wird — der erste Lohn tag nach der „Lohne-höhung“. Lohnzeit, leere Lohnbeutel, und wenn's hoch kommt, 10 bis 12 Mark, so wird die „Lohnzahlung“ aussehen. Viele Kumpels werden dann erkennen, wozu die reformistische Politik führt. Diese Erkenntnis darf aber die Kumpels nicht verleiten, aus dem Verband auszutreten, sondern sie muß die Kumpels hinführen zur Opposition, zur SPD!

Am Montag gefährt. Am 4. d. M. führte ein Rentier, welcher mit dem Ziehen der Hochspannungsleitung in Nieder-Salzbrunn beschäftigt war, von einem acht Meter hohen Mast. Er ist mit dem Schutzhalm in den Leitungsdraht gekommen und wurde von dem Strom heruntergeworfen. Er erlitt schwere innere Verletzungen, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Die freien Eltern von Weisklein halten am Sonntag, um 19 Uhr, im Deutschen Hause, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Um 10 Uhr treffen sich die Vorstandsmitglieder im Jugendheim.

222-Feier. Die kommunistische Jugend von Waldenburg und Weisklein veranstaltet am Sonntag, den 15. Januar, im „Deutschen Haus“ in Weisklein eine 222-Feier. Zur Aufführung gelangt „Jeha Jahre Kampf“, „Drei Bilder aus dem Leben Liebknechts“, Gesänge, Gedichte und Konzerte. Programme sind bei allen Mitgliedern der kommunistischen Jugend sowie an der Abendkasse erhältlich. Preis 40 Pf. Die Feier beginnt um 17 Uhr.

Der Arbeiter-Tanz- und Amateursportverein Nieder-Salzbrunn hält am Sonnabend, um 19.30 Uhr, seine Mitgliederversammlung ab.

Beim Abends verunglückt. Auf dem Hans-Heinrich-Weg in Weisklein stießen zwei Herren. In einer Kurve geriet der Schütten ins Schlingeln und warf sie ab. Buntüberbrannt und beinaheungslos blieben die Männer liegen und wurden von Passanten zum Arzt transportiert.

Charlottenbrunn. Die vereisten Straßen als Unfallursache. Auf der Straße zwischen Charlottenbrunn und Blumenau kam ein beladener Kohlenwagen zu dem Moment ins Ausweichen, als der Baumstamm Brei typ von hier mit seinem Rohrad diese Straßenspitze passierte. Sein Rad wurde von dem Wagen erfasst und Brei typ auf die Straße geschleudert, so daß er einen Bruch des Schienbeins und eine Gehirnerschütterung davontrug.

## Oberes Revier

Die verbrannten Mahallige. Nach dem Sturz von Weisklein erkrankte in Rothenbach die sechsjährige Tochter des Bergmanns Roidol unter heftigen Magenbeschwerden. Trotzdem das Kind die gewöhnliche Speise wieder von sich gab, und trotz sofortiger ärztlicher Behandlung, ist das Mädchen inzwischen verstorben. Man vermutet, daß die Küche längere Zeit gelegen haben und der Rest verrotten war.

## Striegau

Neu einmal Glück gehabt. Auf der Straße von Kuhnern nach Striegau mußte der Räderliche Autosomnibus vor einem ihm entgegenkommenden Radfahrer abblenden und starr nach rechts fahren. Als das Licht wieder aufflammte, sah sich der Autolenker einem Pferdehufwerk gegenüber und um noch schnell genug ausweichen zu können, riß er das Steuer scharf nach links. Trotzdem wurde das Fuhrwerk starr beschädigt. Der Autosomnibus aber fuhr, nachdem er einen Baum und einen Straßenstein umgerissen hatte, über den Straßengraben auf das anschließende Feld. Die Insassen sind mit dem Schrecken davongelommen, aber das Auto war schwer beschädigt worden und konnte die Fahrt nicht mehr fortsetzen.

gegenkommenden Radfahrer abblenden und starr nach rechts fahren. Als das Licht wieder aufflammte, sah sich der Autolenker einem Pferdehufwerk gegenüber und um noch schnell genug ausweichen zu können, riß er das Steuer scharf nach links. Trotzdem wurde das Fuhrwerk starr beschädigt. Der Autosomnibus aber fuhr, nachdem er einen Baum und einen Straßenstein umgerissen hatte, über den Straßengraben auf das anschließende Feld. Die Insassen sind mit dem Schrecken davongelommen, aber das Auto war schwer beschädigt worden und konnte die Fahrt nicht mehr fortsetzen.

\* Eine Fahrzeugjalle ist die Straßenkreuzung in Gorkau. Schon eine ganze Reihe Autozusammenstöße waren an dieser Stelle zu verzeichnen, und erst jetzt wieder fuhr die Personalauslos der Herren Muzig und Kamlid, beide aus Sträbel, derartig zusammen, daß beide Wagen abgeschleppt werden mußten.

## Freiburg

Theateraufführung des N.Y.B. Auf vielseitigen Wunsch wird der N.Y.B. die am ersten Weihnachtstfesttag angeführte Studie wiederholen. Es handelt sich um die Theaterstücke „Arbeitslos am Weihnachtsabend“, „Eine Rätsnacht aus der Zeit von 1848“ und „Am Kreuzweg“. Diese Aufführung findet am Sonnabend, dem 7. Januar, 19 Uhr, im Gasthof „Zum Blücher“ in Polenz statt. Wir erlinden die Arbeiterschaft von Freiburg-Polenz recht zahlreich zu erscheinen. Eintrittspreis 30 Pf. Kaffeestimmung 18 Uhr.

## Schweidnitz

### Der Demokrat Schöber verbietet die „Arbeiter-Zeitung“

Bisher wurden die „Arbeiter-Zeitungen“ für die auswärts wohnenden Leser des Betriebs Aron im Betrieb abgegeben. Herr Direktor Schöber war dies schon lange ein Dorn im Auge. Nun hat er einen Ausweg gefunden. Er verbietet kurzer Hand unseren Ausbeträgern das Betreten unseres Portierzimmers. Gleichzeitig wird auch dem Portier verboten, irgendwelche Sachen für die Belegschaftsmitglieder entgegenzunehmen. Die Kronpolizei werden sich das merken. Natürlich wird das Verbot des Herrn Schöber wirkungslos bleiben, und unsere Abonnenten werden unsere Zeitung noch wie vor erhalten. Wie, das ist unsere Sache.

Die Erwerbslosen haben Kampfschlösser. Eine vom Erwerbslosen-Ausschuß und dem A.D.S. einberufene Versammlung war gut besucht. Vertreter des A.D.S. und der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion nahmen an der Versammlung teil. Die Sozialdemokraten glaubten durch Abwesenheit. Genosse Heunig referierte über das Thema: „Kampfsjahr 1928 und die Erwerbslosen.“ Seine Ausführungen wurden mit Interesse aufgenommen, insbesondere, als er die „sozialistische“ Einstellung der Schweidnitzer Behörden geißelte. Die Einführung der dreiwöchigen Wartezeit löste große Empörung aus. Die Ansprache war lebhaft und zeigte, daß die Erwerbslosen Schüler an Schüler mit den Kollegen im Betriebe zum Kampf bereit sind. Genosse Hirsch sprach für die kommunistische Stadtverordnetenfraktion. Unter dem Beifall der Versammelten gab er das Versprechen ab, daß die Kommunisten stets an Seiten der Erwerbslosen stehen werden. Insbesondere geißelte er das Verhalten der Parteien, einschließlich der SPD, zum Arbeitslosenversicherungsgesetz. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die von dem A.D.S. den sofortigen Kampf gegen die Wartezeit und das Gesetz überhaupt verlangt und auch dem Schweidnitzer Magistrat den Kampf anzeigt.

SPD.-Kampfschlösser. Die am Neujahrstag veranstalteten Platzkonzerte waren außerordentlich gut besucht. Zeitungen und Broschüren fanden guten Absatz und auch so mancher Großen für die rote Hilfe wurde gesendet. Kamerad Hahnisch allein legte über hundert Zeitungen ab. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend.

Wamierte Massenjuhi. Der mit sozialer Tatkraft angelegene Beleidigungsprozess der Schweidnitzer Reichswehr gegen einige rote Frontkämpfer ist elend zusammengebrochen. In der Verhandlung Ende dieser Woche wurde ein Kammerad zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, trotzdem Anzeige gegen Anklage stand. Ausführlicher Bericht folgt nächste Woche.

Weitere Arbeiterentlassungen in Aussicht. Wie wir erfahren, sollen in der nächsten Zeit bei F. & S. wiederum größere Entlassungen erfolgen. Das ist Rationalisierung in Reinkultur. An die Entlassung des Überingenieurs verliert man natürlich nicht. — Reichsarbeiter, organisiert den Abwehrkampf!

## LanCeshul

\* Der Schuttaladeplatz in der Wohnung. In nicht geringer Schrecken wurde ein heftiger Hansbühner verlegt, als er die von einer „besseren“ Mieter geräumte Wohnung betrat. Nicht weniger als 24 Fenster scheiben waren zertrümmert, die elektrische Lichtleitung war unbrauchbar und der Hausbesitzer hatte noch das Vergnügen, rund zwei Fuhren Dred aus der großen Wohnung herauszuschaffen. Jetzt schwebt gegen den „feinen“ Mieter eine Schadenersatzklage.

Biebau. Erwerbslosenversammlung. Am 4. Januar fand eine wegen des Schneetreibens nur mäßig besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Nach einem kurzen Rückblick auf das verflissene Jahr gab der Ausschuß den Tätigkeitsbericht. Seit dem kurzen Bestehen hat dieser 40 Anträge, Einsprüche usw., Anträge an das Stadtparlament, Rücksprachen, drei Versammlungen, zehn Anhänge und 15 mündliche Auskünfte an Hand des Gesetzes getätigt. Es wurden Johann zwei Massenrevisoren gewählt. Außerdem wurde eine Resolution eingebracht, die einen Protest der Krisenfürsorgeempfänger gegen das Verschleppen der vom Reichs beauftragten 9 Mt. bzw. 3 Mt. an die Krisenfürsorgeempfänger enthält. Die Resolution soll an die Reichstagsfraktionen sowie an die Reichsversicherungsanstalt gehen. Dann wurden aus dem Versicherungsgesetz einige Paragraphen vorgelesen und erläutert. Der vierte Tagesordnungspunkt brachte eine Resolution gegen die Erhöhung der Karenzzeit im allgemeinen und im besonderen bei den Saisonarbeitern. Beide Resolutionen wurden einstimmig gefaßt. Unter den Anträgen und Verschleppen lam auch die Not der Wohlfahrtsempfänger zur Sprache. Um 4 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Gefährliche Ecke. Bei Stattet ist das Überqueren der Schmiedeberger Straße, an der Ecke Friele-Bäder und Behner-Fleischer, mit Lebensgefahr verbunden. Man sieht die in dieser schmalen Straße daherkommenden Fuhrwerke nicht, zumal die Autos nur so durchschauen. Vielleicht läßt der Magistrat an beiden Ecken Rundspiegel anbringen, damit diese den Passanten die Gefahr anzeigen. In anderen Städten kennt man dies schon lange.

Einquartierung. Ende Januar soll Biebau hundert Mann des zweiten Jägerbataillons Hirschberg als Einquartierern erhalten, die Winterport in der Umgebung treiben. Das Herz aller Vaterländischen dürfte bei dieser Nachricht vor Freude hüpfen.

Immer noch Wassernot. Weil die Wassernot der Stadt Biebau noch nicht behoben ist, geht man in das nächste Dorf, so daß man sich dort Wasser holen muß. Natürlich gegen Bezahlung. Der trockene Herbst soll an der Wassernot schuld sein.

## Mittelschlesien

### Bräslauer Brief

Groß-Brasfel, 7. Januar 1928.

Lieber Koorle!

Nochdäm nu ändlich mit däm bleeden „Krost-Neujahr“-Geichreie Ruhe is, kann moan doaran danken, eemal wieder a paar vernünftige Worte zu räden. 's moar ja ooch zu toll. Uff da Schweidnitzer soch ich Silvester eenen, där unmoarnte oalle, schittete ihn' de Hände, wünschete een guttes Neujahr ein good schließlich dän meisten eene Backpfeife. Dam andern Tage sog ich, als ich die Neujahrswünsche vom Hinderbürger und Geiler usw. loaz, unwillkürlich Vergleiche. Die hooben ooch zudröcht scheen getoan und bald wärn se ihre „Backpfeifen“ ausstellen. Gehler hoat schon doamit oangefangn. Bloß, gloob ich, wärn sich die Arbeiter, für die nämlich die Backpfeifen bestimmt sind, doaz nich so ruhig gefoallen loazen wie die Silvestergäste von der Schweidnitzer.

Kaum hoat nu 's neue Joahr oangefangn, poaffieren schon wieder die allschiffen Dinger. Gäßern loaz ich zum Beispiel in däm „Generoaler“ folgendes Inserat:

### Neleles Dienstmädchen

erfahren im bürgerlichen Haushalt, per 1. Februar 1928 von besserer Familie gesucht, in mittlere Frowingstadt, bei gutem Lohn und guter Behandlung. Bewerberin muß gegen ansteckende Krankheiten geimpft sein und wird zur Bedingung gemacht, daß sie schon typhuskrank gewesen ist. — Meldungen an Max Witschel in Schwiebus, Neue Straße Nr. 7.

Mänch, moaz soagste doaboaz! Wänn diese Dart där späjellen Wünsch Schule macht (wie man so scheen zu soagen pflegt), dann wärn wir bald im Generoaler ungefähre so een Inserat lösen kenn:

### Redaktör gesucht!

fier arbeitsames Blatt mit 10 Millionen Vätern. Bewerbern wird zur Bedingung gemacht, daß se schon geistlich krank gewesen sind. — Zu melden bei „Bräslauer Neueste Nachrichten“.

Du, doaz wird een Berenne wärda. Kud dich moal in dän Kreifen deiner geistigen Dorfarmut um, ob de nich so'n Kandidaten findest. Vielleicht loazste mit däm doch noch moal de Stäckervermittlergebühren daben. Wänn's jowelt is, dann schreibste mer, doaz kumm ich mer'n moal oansahn. Bis doahin

hätte Grieke mit „Rot Front“ dein Paul.“

Neumarkt. Tödlicher Autounfall. Auf der Chaussee nach Sammeldorf erlitt ein Auto einen schweren Unfall. Der Chauffeur wie der Insasse, ein Diplombauwirt W. B. u. z., erlitten schwere Verletzungen. Letzterer ist kurz nach seiner Entlieferung in das Städtische Krankenhaus gestorben.

Banzen. Erwerbslosen-Versammlung. Die am 4. d. M. abgehaltene Erwerbslosenversammlung war gut besucht. Es waren auch die Kollegen aus den umliegenden Dörfern erschienen. Als Referent erschien Gemeindefürsorgeleiter Banzen-Oblau von der SPD. Er gab einen Bericht über das Erwerbslosenversicherungsgesetz, konnte aber nicht umhin, ein paar scharfe Angriffe gegen die „linken Kollegen“ vom Stapel zu lassen. Nach dem Referat erfolgte freie Aussprache. Aus ihr konnte man ersehen, wie landalös die Zustände in den kleineren Landgemeinden sind. Auch wurden scharfe Kritiken an dem Arbeitsnachweis Dflon geübt. Ein Beweis, daß die dortigen Beamten sich nicht so verhalten, wie es notwendig wäre. Es muß leiber auch festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft von Banzen und Umgebung in gewerkschaftlicher Beziehung noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Nach der freien Aussprache wurde vom Referenten noch Aufklärung gegeben in Steuerfragen, bezüglich Rückerstattung der Steuer bei Krankheit oder Erwerbslosigkeit. Zum Schluß wurde eine inwischen von Seiten unserer Genossen eingegangene Resolution folgenden Wortlaut angenommen: „Die Erwerbslosen von Banzen und Umgebung erheben schärfsten Protest gegen die Verordnung über die verhängte Wartezeit und fordern sofortige Einstellung an das zuständige Landesarbeitsamt sowie an sämtliche Partei-, Gewerkschafts-, Stadt- und Gemeindefunktionen.“



# Oberschlesien im Blicklicht



Wo ist der Stahlhelm? Du, du, im Keller! An dieses „asthagel“ gewordene Wort wird man erinnert durch das selbe Verhalten des ober-schlesischen Stahlhelms. Dort, wo er in Herden auftritt, überfällt er Proletariat, die ihn wie den Stier zehendes Abzeichen tragen, in der gemeinsten Weise. Bekommt aber mal einer der Proletariate die notwendige kalte Überlegung, dann verkleidet sich die ganze Gesellschaft und der Herr Landesvorstehende greint wie gekrügelte Schulbuben. Ueber Minister, hilf uns gegen die bösen Roten Frontkämpfer, die uns das Fell verbroschen haben. Stahlhelmschutz vor sozialdemokratischen Winkelferthronen. Die „Leutschen Helden“ haben zu Anfang dieser Woche auf ihre offene Anfrage „Was gedenkt der Herr Minister zu tun, um den ober-schlesischen Stahlhelm zu schützen“ eine Antwort

erhalten, mit der sie recht unzufrieden sind. Haben doch die Rückfragen ergeben, daß nicht einmal Herr Bed — der doch ganz gewiß dem Roten Frontkämpferbund durch seine Verbote wiederholt gezeigt hat, welches „Böhmwollen“ er ihm entgegenbringt — zugeibt, daß die Angaben der Ehrhardt-Darstellungen nicht den Tatsachen entsprechen und von „planmäßigen Ueberfällen“ nichts bekannt ist. Erstunken und erlogen waren also die Behauptungen in der offenen Anfrage. Die dazu bestimmt war, die sogenannten Voraussetzungen für ein Verbot des RFB in Oberschlesien zu schaffen.

Wie friedlich und unschuldig die Palantenzulammer sind, das haben sie wieder einmal in Gogolin gezeigt. In treuer Kammergemeinschaft mit den Landesherrn haben sie dort, wie wir bereits gemeldet haben, in der Neujahrnacht wehrlose Proleten überfallen und in der schändlichsten Weise mißhandelt. In solchen Fällen — aber wie unser Bild zeigt — unter dem Schutz der Schutzpolizei wächst ihr Verbrechen. Sollte aber mal der Rote Frontkämpferbund in Gogolin ein Gastreffen haben, dann werden die Palantenzulammer sich wieder in ihre Maulschlocher verflechten und es wird heißen: Wo ist der Stahlhelm? Du, du im Keller!

Die Konfession als Titel in einem amtlichen Schreiben, das ist die neueste ober-schlesische Errungenschaft. In einer Anzeige, Aktienzeichen 27 1048/27, lesen wir: Gegen den Dissidenten N. ist Anzeige erhoben worden... Welche Respektiven eröffnen sich! In Zukunft wird die amtliche Anrede für den aus der Kirche Ausgeschiedenen lauten: „An den Gottesleugner“ oder „Eigenschaftlich anzustellen an den Antichrist“. Die Anrede an den Katholiken, Israeliten, Protestanten, Alt-Lutheraner dürfte weniger originell sein. Interessant muß die Sache aber werden, wenn es sich um Vorladungen von Angehörigen der zahlreichen religiösen Sekten handelt. Zum Beispiel: Aufgerufen wird der Freund der Kinder Israels. Der Heilige der Kirche Christi der letzten Tage wird ersucht, innerhalb acht Tagen seine Gefängnisstrafe von drei Monaten im Ratiborer Gefängnis abzubrummen usw.

## Den Zementbaronen geht es gut — den Arbeitern schlecht

Die bürgerliche Presse veröffentlicht einen Bericht über die Geschäftslage der ober-schlesischen Zementindustrie im Jahre 1927. Das vergangene Jahr wird als ein „Jahr des Erfolges“ bezeichnet und der Bericht mit folgenden Sätzen eingeleitet:

„Infolge der Zusammenlegung der Erzeugung auf die leistungsfähigsten Werke und durch die Vereinheitlichung des Geschäftsbetriebes wurde nicht nur an den Herstellungskosten, sondern auch an den allgemeinen Geschäftskosten in beträchtlicher Weise gespart. Die Produktion stellte sich 1926 auf rund 2 741 000 Tonn und ist 1927 um ungefähr ein Drittel gestiegen.“

Die weiteren Angaben des Berichtes enthalten Einzelheiten über die mit dem oben bezeichneten Erfolg durchgeführte Rationalisierung. Die Ausschüßten für das Jahr 1928 werden sehr vorsichtig als „nicht ungunstig“ bezeichnet.

Im Bericht werden auch die Arbeiterlöhne erwähnt und behauptet, daß diese Anfang März um 10 Prozent und im Mai abermals erhöht werden „konnten“. Die Höhe der Löhne und Gewinne wird im Bericht vorzichtshalber nicht angegeben. Würden die Zementbarone dies machen, so wäre es ein leichtes, nachzuweisen, daß die im Bericht erwähnte Lohnerhöhung nicht einmal einer Ausgleich für die Preissteigerung brachte und daß die Löhne der Zementarbeiter nach wie vor Hungerlöhne sind — trotz der Hochkonjunktur.

Die Zementarbeiter werden gut tun, den Jahresbericht der Geschäftsleitung zum Anlaß zu nehmen, um erneut Lohnforderungen zu stellen. Restlos hinein in den Verband! Unterstützung der Gewerkschaftsopposition! Verbindung des Kampfes um mehr Lohn mit dem politischen Kampf gegen die Bürgerblock-Regierung und Koalitionspolitik der Sozialdemokratie — das ist der einzige Weg, auf dem es der deutschen Arbeiterklasse möglich sein wird, die rationalisierten Betriebe zu enteignen und dem Hungerdasein der Werktätigen ein Ende zu bereiten.

## Gleiwitz

Steigen der Erwerbslosenzahl. Der städtische Pressebericht Gleiwitz teilt uns mit: Ein weiterer erhöhter Zugang von Erwerbslosen war auch in der abgelaufenen Berichtswache zu verzeichnen. Nach der Statistik war eine Zunahme von 376 Hauptunterstützungsempfängern der Arbeitslosenfürsorge und von 207 Hauptunterstützungsempfängern der Krisenfürsorge festzustellen, die zum größten Teil aus dem Landkreis kam, so daß zurzeit folgender Stand zu melden wäre: in der Arbeitslosenfürsorge Stadt: 2216 männl. mit 3289 Zuschlagsempfängern und 339 weibl. mit 25 Zuschlagsempfängern; Land: 979 männl. mit 1472 Zuschlagsempfängern und 204 weibl. mit 9 Zuschlagsempfängern; in der Krisenfürsorge Stadt: 620 männl. mit 889 Zuschlagsempfängern und 81 weibl. mit 6 Zuschlagsempfängern; Land: 92 männl. mit 103 Zuschlagsempfängern und 40 weibl. mit 13 Zuschlagsempfängern. Kennanträge und Erneuerungen liegen an 933 zur weiteren Bearbeitung vor. Ungefähr 300 Arbeitslose haben sich zur Antragsaufnahme für die nächsten Tage angemeldet.

Sonnabend- und Sonntagvorstellungen im Stadttheater. Richard Wagners Musikdrama „Tristan und Isolde“ gelangt diesen Sonnabend, den 7. Januar, 19¼ Uhr, einmalig in Gleiwitz zur Wiedergabe. Die Preise sind nicht erhöht. Der Sonntag bringt zwei Operetten. Um 15¼ Uhr wird „Jugend im Rai“ gespielt, um 20 Uhr die neue Ausstattungsoperette „Die Zirkusprinzessin“.

## Hindenburg

Diebstahl. Einem hiesigen Kaufmann wurde die Brieftasche mit 330 Mark gestohlen.

Rein Borzug nach Randzin. Der am Sonnabend von Hindenburg nach Randzin verkehrende Borzug Nr. 230 fällt bis auf weiteres aus.

Mißglückter Einbruch in die Bergwerksinspektion II. Einbrecher versuchten, in die Kassenräume der Bergwerksinspektion II zu gelangen. Sie beschädigten einige Fenster und Türen, wurden aber anscheinend verhehrt und flüchteten.

Jetzt kann er haben. Vor längerer Zeit wurde aus dem Neuan auf der Schächelstraße eine Badewanne gestohlen. Vor einigen Tagen folgte der Badewanne. Es ist anzunehmen, daß es sich in diesem Falle um einen äußerst reinlichen Dieb handelt.

## Beuthen

Vermisst wird die Kontoristin Philippczyk, die auf der Krallauer Straße beschäftigt war. Vor einer Woche verließ sie ihre Wohnung, angeblich um Einkäufe zu machen, und lehrte nicht mehr zurück. — Ebenfalls vermisst wird seit dem 2. Dezember der Wagenbauer Faber von der Blodnitzstraße.

## Kreuzburg

Kreuzburger Fortbildungsschule. Ein Arbeiter schreibt uns: Wir haben uns schon des öfteren mit der Fortbildungsschule beschäftigt. Die Lehrerschaft ist immer hoch „ercreut“ darüber. Kurz vor Schulbeginn wollen wir ihr wieder einen „Gefallen“ tun. Im Zeugnisausstellen sind die Lehrer einfach „famos“. Ist der Lehrling längere Zeit nicht zur Schule gekommen, so bekommt er das schlechteste Zeugnis. Ganz gleich ob er für den Meister auswärts gearbeitet hat oder nicht. So wurde manchem Lehrling das Zeugnis verkauft. Auch Prügel gibt es. Besonders der Leiter scheint darin Unterricht bekommen zu haben. Kommt so ein armer Schlucker zu spät, oft nicht aus eigener Schuld, so jagt es Wald und Vieh. Besonders kommunikalisch angehauchte Schüler müssen sich vorsetzen. Der „arme“ Staat braucht Geld, und das Geld hat der „reiche“ Lehrling oder dessen Eltern. Für ein paar Minuten zuspät kommen, gibt es Strafe. Eine Entschuldigung wird nicht angenommen. Es muß vor der Zeit Entschuldigung eingereicht werden. Als ob der Lehrling riechen kann, daß der Meister ihn noch länger dabei hat, oder daß noch ein Kunde kommt, der sich schnell rasieren werden will. Der Regierungspräsident hat eben befohlen, allen Strafen zuzuschreiben. Wäre es nicht einfacher, damit kein Lehrling nach 6 Uhr kommt, die Statuten in der Zeitung zu veröffentlichen und jedem Meister eine Abschrift zuzustellen. In politischer Beziehung sind die Lehrer streng national, über politische Fragen zu sprechen und Zeitung lesen ist verboten, das gilt hauptsächlich für Kommunisten. Die Lehrer selbst dürfen politischen Wählern den Schülern vorsetzen. So erzählte Herr S. von Deutschlands „glorreichen Tagen“ von Anno 1870 u. 71. Besonders die roten Hosen der Franzosen hatten es ihm dabei angetan. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Jugend den „alten Feind“ wieder verjagen wird. Die Schüler werden auch zum Kirchgang und zum Eintritt in religiöse Vereine angehalten. Klar denken lernen über seine Lage soll niemand. Dies wäre ein Verbrechen. Glücklicherweise sind nicht alle so dumm. Immer mehr Schüler erkennen, daß ihnen nicht mit Spiel, Tanz und Nationalismus geholfen wird, sondern durch den energischen Kampf der jungen und erwachsenen Arbeiterklasse gegen die herrschende Klasse.

## Ratibor

Gurra, ein polnischer 29jähriger Gemeindevorsteher in Markowitz. Vor ungefähr zwei Monaten hatte die Gemeinde Markowitz eine große Ueberfällung, indem der vor 3½ Jahren gewählte Pole Arkadeus Bozel zum Gemeindevorsteher durch die Gemischte Kommision in Ratibor bestätigt und durch den Amtsvorsteher Wolf eingeführt wurde. In seiner Einführungsrede hatte er das Blaue vom Himmel versprochen: Aber bald hatte man etwas anderes gemerkt; denn als größter 34jähriger Gegner der Erhöhung der Grundvermögenssteuer auf 350 Prozent war er auf einmal dafür. Dabei entlarvte er sich selbst und zeigte, welches Geisteskind er ist. Die Gemeindevorsteher-Sitzungen sind sehr interessant. Das Benehmen der Deutschen als Partei ist sehr in Wort und Bild der Deffenlichkeit unterbreit zu werden. Der Lehrer Bieschke erklärt bei jeder Gelegenheit, er wäre deutscher Bürger und Republikaner. Alle seine Versprechungen mußte der neue Gemeindevorsteher mit der Zeit zurückziehen, denn wenn man für den bürgerlichen Staat arbeiten will, dann kann man nichts für die Werktätigen tun. Ob deutschnational oder polnischnational bleibt sich gleich, fetter tut für die Werktätigen etwas. Die Arbeiter spüren bereits das neue Regiment, denn schon versuchte er eine Familie mit sechs Kindern, die im Gemeindefaß in einer Stube wohnt, herauszujagen, und in eine viel kleinere Stube zu emittieren, um sich im Gemeindefaß ein Büro einzurichten. Ihr Arbeiter und Bauern müßt erkennen, daß euch heute keiner hilft, wenn ihr euch nicht in unsere Reihen stellt und mit uns für eine Arbeiter- und Bauernregierung kämpft. Vermutlich.

## Patschkau

Es hängt gut an. Bei der letzten Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung wurde den Erwerbslosen, welche sich nach dem 1. Oktober gemeldet hatten, nur 5 Tage ausgezahlt, da nach dem Erwerbslosen-Versicherungsgesetz der Tag des Anmeldens der Erwerbslosigkeit und nicht mit der Karenzzeit gerechnet wird. Den Erwerbslosen war aber der Tag mit der Karenzzeit angerechnet worden. Nun stellte man das bei einer Revision am Arbeitsamt in Reife

Bom Beten. Sattwerden sollen die Handwerkergehilfen in Chrocza, Kreis Oppeln. Dort findet zurzeit eine katholische Mission statt, die vierzehn Tage lang dauert. Die Kranten haben nun unter Berufung auf die Mission ihre Stuben geschlossen und die Gehilfen müssen zur höheren Ehre Gottes feiern, damit sie „Gelegenheit haben an der Mission teilzunehmen“. Es ist doch etwas Wunderbares um die christliche Nächstenliebe der frommen Meister, die ihre Gehilfen hungern lassen, um sich die Annahmestiftung im Himmel zu sichern.

Für die Massen, Bruchbrüder usw. ist wieder mal Hochkonjunktur. Die Kollende in der Neujahrswache bringt den Bet- und Sammelbrüdern nette Schminchen ein. In Ratibor soll das Geschäft besonders üppig geblühen. Nicht nur der Herr Pfarrer, auch der Gläubiger profitiert von der religiösen Konjunktur. Er soll durch Vertrieb religiöser Bildchen usw. in den letzten Wochen mehrere hundert Mark verdient haben. Für die Armen fällt bei diesem Geschäft natürlich herzlich wenig ab. Nun, die Massenbewußten Arbeiter verlangen auch keine Almosen von den Gnaden der Kirche, sie fordern höhere Löhne, ausreichende Arbeitslosenunterstützung und vor allen Dingen auch Bezahlung der Feiertage, mit denen Oberschlesien besonders reich bedacht ist.

Nach Weihnachten und Neujahr war am Freitag wieder ein Feiertag: Die Heiligen drei Könige. Nun, der Prolet hat nicht zuviel, sondern zuwenig Ruhetage. Doch muß er diese ebenso bezahlt bekommen wie der Beamte und Angestellte. Bezahlung der Feiertage, das ist eine Forderung, die viel zuwenig von der Arbeiterschaft propagiert wird. Will irgendein vor Jahrhunderten vermoderter Vorgänger oder eine Vorgängerin der Theresia von Konnersreuth seinen Namenstag feiern oder phantastische Legendenstreicher nach Christi Geburt einen Stern entbedt haben, zu dem die drei Könige auszogen; muß der Prolet einen Tagelohn verlieren. Der schwer schuftende, getretene Arbeiter verlaßt die „Wunder“ und erkennt sie als Schwindeltricks a la Konnersreuth. Für ihn leuchtet nicht der Wunderstern, sondern der Sowjetstern, unter dessen Zeichen er kämpft und siegen wird. Artus.

fest, und den Erwerbslosen wurde von der ohnehin schon länglichen Unterstützung der Tag in Abrechnung gebracht. Wir als Kommunisten haben das von den Reformisten joblet gepriesene Erwerbslosen-Versicherungsgesetz schon lange vorher bekämpft. Jetzt lernen die Erwerbslosen das von den Reformisten gepriesene Erwerbslosen-Versicherungsgesetz so richtig kennen, denn einem großen Teil von ihnen ist die schon vorher längliche Unterstützung um einige Mark verringert worden. Die Zahl der Erwerbslosen hat am hiesigen Ort bereits beinahe 500 erreicht.

Wirtschaftsbeihilfe. Auf Antrag der Erwerbslosenvertretung, welche zu vier Fünftel aus unseren Genossen besteht, wurde von der Stadt eine Wirtschaftsbeihilfe gewährt: Ledige 13 Mk., Verheiratete ohne Kinder 20 Mk., mit bis 3 Kinder 25 Mk. und Verheiratete mit über 3 Kinder 30 Mk. und für jeden selbständigen Haushalt drei Zentner Kohle. Mit dieser Wirtschaftsbeihilfe waren wohl die größten Sorgen für die Feiertage etwas behoben, aber es war doch bloß ein Tropfen auf den heißen Stein. Arbeiter von Patschkau, wir wollen nicht immer betteln um kleine Gaben. Löhne wollen wir haben, um wenigstens als Mensch leben zu können. Wollt ihr dieses erreichen, dann tretet ein in die kommunistische Partei! Schaffen wir uns einen Arbeiter- und Bauernstaat wie unsere Arbeitsbrüder in der Sowjet-Union. Dann haben wir die Gewalt, als Mensch leben zu können, das Recht, welches uns die bürgerliche Gesellschaft entzieht. Werdet auch eifrige Leser der „Arbeiter-Zeitung“, die allein die Schandtaten der bürgerlichen Gesellschaft aufzuprangert.

## Neustadt

### Wie Flüchtlinge wohnen

Ein RFB-Kamerad schreibt uns: Vor einigen Tagen kam ich aus einer Versammlung in Ob-rglogau und passierte das Dorf Lauber. Ich hatte meine Uniform an und war somit als Roter Frontkämpfer erkennlich. Dieser Umstand veranlaßte einen, vor einem alten Hause stehenden Mann, mich anzusprechen, seine Wohnung zu beschließen. Der Mann führte mich in einen zwölf Quadratmeter großen Raum, der eher einem Stalle als einer Wohnung glich. Von den Wänden lief das Wasser. Zwei saubere Betten, ein einfacher Müllerspinnd und ein Tisch hatten noch gerade Platz in der engen Wohnung. Der Mann erzählte mir, er sei ober-schlesischer Flüchtling. Nach seiner Flucht aus polnisch-Oberschlesien wurde ihm die oben beschriebene Wohnung zugewiesen, in der er nun bereits drei Jahre wohnt. Es war ihm bisher unmöglich, eine andere Wohnung zu erhalten. Die Familie besteht aus vier Erwachsenen Personen und drei kleinen Kindern. Einige Familienmitglieder müssen auf der feuchten Diele schlafen. Der Dorfpfarrer, der von der Kanzel so gern und so oft von Stillschließung predigt, bewohnt nebenan ein ganzes Haus und ist Eigentümer eines großen Stückes Acker. Deshalb setzt der Pfaffe die Worte von der Nächstenliebe nicht in die Tat um und gibt nicht dem Flüchtling seine große Wohnung oder wenigstens einen Teil davon ab?

Der Flüchtling erzählte mir, er sei früher Nationalist gewesen. Jetzt aber habe er eingesehen, daß nur die Kommunisten die Interessen der Unterdrückten vertreten. Der Flüchtling sagte wörtlich:

„Früher wurden wir gebraucht, das Deutschtum in Oberschlesien zu vertreten. Man umschmeichelte uns und machte uns die schönsten Versprechungen. Jetzt hat man uns vergessen. Das nennt man Vaterland.“

Mögen alle ober-schlesischen Flüchtlinge und Arbeiter, gleichviel ob sie in Ost- oder Westoberschlesien wohnen, ob sie deutsche oder polnische Angehörige sind, sich die Worte des alten Flüchtlings durch den Kopf gehen lassen:

Sabine. Um die neue Schule. In Sabine soll eine neue Schule gebaut werden, und zwar auf der Stelle, wo die alte steht. Diese ist baufällig und muß eingestrichen werden. Die Schule steht am Ende des Dorfes, so daß die Kinder von der Schule einen Weg von dreiviertel Stunden haben. Da es an warmer Kleidung fehlt, können sie bei dem strengen Winter unmöglich in die Schule gehen. Früher sie einmal, so jagt es mit Stafen. Die Schüler protestieren deshalb entschieden gegen die Errichtung der Schule an der alten Stelle. Sie verlangen, daß die Schule in der Mitte des Dorfes errichtet wird.

Oskar Kleiner

Uhren und Goldwaren

Strehlen Schl., Schulpl. 14/15



# Oppeln und Umgegend

## Städtische Lotterwirtschaft und Wohnungselend in der Obervorstadt

Allen Bewohnern der Zweigstraße sowie der Bleichstraße ist bekannt, daß die Wirtin wohl darauf bestehen, pünktlich ihre Miete bezahlt zu erhalten, aber mit dringenden notwendigen Reparaturen sich die größte Zeit lassen. Mustergültig in dieser Beziehung ist die Stadt als Hausbesitzer. In dem städtischen Hause auf der Zweigstraße 8 steht es eher einem schlechten Pferde stall ähnlich als einem Wohnhause. Große Flächen Putz fehlen vollständig. Treppen und Türen sind in denkbar schlechtestem Zustande. Niemand von den zuständigen Stellen der Stadt kümmert sich darum. Es sind ja nur Profiteure, die da wohnen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird, wie wir hören, demnächst das Auge der städtischen Grundstücksverwaltung und des Stadtbauamtes auf diese ständlichen Zustände lenken und schleunigste Abhilfe verlangen. Im gleichen Hause wird auch das Wohnungsamt endlich einmal eingreifen müssen, denn es wohnen

in einer einzigen Stube bei Viehla nicht weniger als 9 Personen.

Die Stube ist so klein, daß nur zwei Betten aufgestellt werden können. Wer in diesen kleinen Platz hat, muß auf dem Fußboden oder auf Stühlen schlafen. Von den 9 Personen sind 6 Erwachsene Säbne und Töchter, die selbst Kinder haben. Die Niederkunft einer erwachsenen Tochter vor einigen Tagen machte es erforderlich, daß sie für die Zeit der Entbindung die Gastfreundschaft absolut fremder Menschen in Anspruch nehmen mußte, da in der eigenen Wohnung überhaupt kein Platz war. — Sind das nicht himmelschreiende Zustände, wenn man dagegen vergleicht, daß das 10 jährige Töchterchen des Handelskammerpräsidenten von Stöpsius in Wilhelmstal schon ihr eigenes Zimmer hat, welches größer ist als das, welches hier 9 Personen Wohn- und Schlafraum sein muß?

Wir haben nur einen Fall von den hundert herausgegriffen. Daran ist zu erkennen, wie richtig auch in diesem Falle die württembergischen Arbeiter 1917 gehandelt haben, als sie die großen Wohnungen restlos beschlagnahmten und nach der Stärke der Familie verteilten, dagegen die Höhe der Miete nach dem Einkommen berechneten. Hätte man das in Deutschland 1918 ebenfalls durchgeführt, so gäbe es ein solches Wohnungselend und gleichzeitig diesen frechen Wohnungslurus bestimmt nicht mehr.

## Eine Zentrums „Erklärung“ zur Oberbürgermeisterwahl

In den „Oppelner Nachrichten“ und der „Oppelner Zeitung“ veröffentlicht die Zentrumsfraktion 4 Wochen nach der Bürgermeisterwahl eine Erklärung. Ihr Sinn soll sein: „Die Personenfrage der Oberbürgermeisterwahl sei innerhalb der Fraktion weder besprochen noch beschlossen gewesen. Es sei also nicht zutreffend, daß Dr. Bern Kandidat gewesen wäre.“ Wer weiß, wer beim Zentrum etwas zu bestimmen hat, wird sich selbst die nötige Erklärung für diese Art „Erklärung“ geben können. Die 15 Zentrumsstadtvorordnete haben, wie das ja bei der Wahl des Stadtbaurats deutlich zutage kam, weder etwas zu melden, noch zu beschließen, sondern lediglich den Befehl des Herrn Prälaten auszuführen. Sie können befehlen und beschließen was sie wollen, wenn Er kommt, schmeißt er ihnen den schönsten Plan in 5 Minuten über den Haufen. So war es bisher in dieser Partei, und so wäre es auch bei der Wahl des Oberbürgermeisters gewesen, wenn man nicht diesen Kullenschiebern schon vorher einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte.

## Die Rote Front verbreitert sich im Landkreis Oppeln

Der Rote Frontkämpferbund hat außerdem Lande ein günstiges Arbeitsfeld. Die im Landkreis Oppeln bestehenden Ortsgruppen, wie Uhrenberg und Dombrowa, haben schon den von der Untergauleitung eigens zu diesem Zweck angeschafften Lichtbildapparat mit einem vorführenden Kameraden angefordert und sehr gut beschriebene Lichtbildvorträge veranstaltet. Die Vorträge „Rein für die Sowjetunion“ waren durchschnittlich von 100 Personen besucht. Andere Ortsgruppen, wie Jamagitz, Gogolin, Friedrichsdorf und Biala haben bereits bei der Untergauleitung die Theatergruppe, Schulmusikgruppe oder den Lichtbildapparat angefordert und erhalten.

## Görlitz

Später. Der große Sturm vom 22. v. M. hat an der Südseite des Bahnhofes die Uhr zerstört. Wie es heißt, soll es ebenfalls dreiwertel Jahre dauern — wie bei der katholischen Kirche —, ehe die Uhr wieder in Ordnung gebracht wird.

Die Bürgerfreige müssen bekanntlich bei Schneefall gereinigt werden. Die Polizei ist auch immer gleich dahinter, damit alles in Ordnung kommt. Es hat aber den Anschein, als ob in bestimmten Straßenteilen sehr große Langmut gezeigt wird. Geraberg halbdreierlich ist es, auf diesen Pflaster zu laufen. Des öfteren kann man sich die Proleten kürzen sehen, da in einer in Hinterbacken gelegenen Stadt nicht jeder sein Flecken ansuchen kann, wo er hinrennen möchte.

In der Passage hat es gebrannt. Alle Zeitungen berichteten darüber, was als selbstverständlich angesehen wird. Aber ein ganzes Wunder ist doch passiert. Die bürgerliche Presse berichtet, daß der Oberbürgermeister jetzt an der Brandstelle erschienen war. Große Anerkennung bei den Stadtbürgern ob dieser Aufmerksamkeit des Stadtbürgermeisters. Wenige nur haben bemerkt, daß der Oberbürgermeister ins Stadttheater ging und da an der Brandstelle vorbeimachte. Man erzählt sich, daß bei einem nächsten Brande wieder es gesehen hat, seinen Namen angeben muß, damit alle Paare gleichgestellt und in der bürgerlichen Presse veröffentlicht werden können.

Wohlfahrt und Wohlstand sind zwei eng zusammenhängende Begriffe. Eine Wohlfahrt ist es, wenn sich jeder Arbeiter seinen Körper gründlich reinigen kann. Zur sozialen Wohlfahrt gehört, daß genügend Bekleidungsgegenstände vorhanden sind, und daß es in Görlitz sehr wenig ein Bieleicht bemerkt sich einer der Herren Stadträte einmal Sonntag ein Handjehab. Jetzt in der Kälte zwei Stunden warten, ist keine Kleinigkeit. Wir würden den Herren sogar gebieten, sich den Pelz anzuziehen, es würde ihnen doch ungemütlich werden. Wann wird diese Angelegenheit erledigt werden?

Wegen Schwerkraft in den Tod. Der Grabenarbeiter Scharf wurde aus Langenan, beschäftigt in der Grube Stadt Görlitz, demnächst am Silvesterabend bei einem Aufenthalt in der Kammer, daß er seine Brusttasche mit 200 Mark Inhalt verloren hatte. Er suchte zu finden, verließ er in der Aufregung das Lokal. Am Dienstag Nachmittag wurde er in einem Wäldchen erhängt aufgefunden. Die

sprechende Tage für die Veranstaltungen festgelegt. Die Ortsgruppen, welche sich noch nicht schlüssig sind, werden ersucht, bald einen Tag festzusetzen, an dem sie den Saal erhalten und dieses der Untergauleitung Oppeln, Sternstraße 4, mitzuteilen. Die Wintermonate darüber nicht ungenutzt bleiben.

Im Landkreis Oppeln ist die Gründung einer ganzen Reihe von neuen Ortsgruppen des R.F.V. vorgesehen, welche noch in diesem Monat vorgenommen wird. Wir brauchen aber weitere Verbindungsleute und erfragen die Leser der „Arbeiter-Zeitung“ im Landkreis, die entweder schon Einzelmitglieder der Roten Front sind oder es werden wollen, uns ihre Adresse mitzuteilen, damit wir mit ihnen in Verbindung treten können.

## Die Untergauleitung des R.F.V. Oppeln, Sternstraße.

„Liebet eure Feinde, tuet Gutes denen, welche euch hassen.“ So steht es in der Bibel. Doch die frommen Fräuleins von der Karitas kennen die Bibel anscheinend nicht. Das beweist folgender Vorfall: Da die Karitas auch Bedienungs- und Kinderfrauenstellen vermittelt, ging eine Genossin der kommunistischen Jugend hin, in der Hoffnung, eine Stelle zu erhalten. Die freundliche Antwort lautete: „Du willst eine Stellung? Du bist ja bei der Armenbesetzung (gemeint ist die Armenbesetzung des Genossen Niemitz) gewesen und hast einen Kranz getragen. Du bist also eine Kommunistin.“ Die Jugendgenossin antwortete: „Natürlich bin ich eine Kommunistin, und bin stolz darauf!“ Darauf erhielt sie zur Antwort: „Da kannst Du Dir ja auch bei den Kommunisten eine Stelle holen.“ Die Genossin blieb die Antwort nicht schuldig, so daß das militärische Fräulein auslief. „Du sprichst ja wie ein Rechtsanwalt!“ „Das lerne ich in der kommunistischen Jugend“, sagte die Genossin. Als sie noch eine Anwendung machen wollte, wurde ihr die Tür gewiesen.

Konzessionierte Betteln. Mit dem Beginn des neuen Jahres gehen die „Gesandten des Himmels“ mit erneuter Kraft „an die Arbeit“ des Bettelns. Die katholischen Pfarrer schicken ihre „Gesandten“ zur Kollekte. Mit Gesang und Gemeinderede wird die übliche Zirkulation des Geldes gestiftet und dafür das Geld in die Tasche gesteckt. 1928 sind insgesamt 27 Sammlungen von der Behörde genehmigt. Die Kollekte ist bei den 27 nicht mitinbegriffen. Schufte, schufte, Prolet, auf daß du in der Lage bist, jedem Sammler etwas zu geben!

Herr Bürgermeister Scholz, wo bleibt die Antwort? Bereits des öfteren haben wir die ständlichen Zustände in den städtischen Häusern beleuchtet. Vergangene Woche waren es z. B. die Rohrbrücke. Das Haus auf der Gartenstraße 8 ist schon zum zweiten Male über eine Woche ohne Wasser. Denkt der Bürgermeister etwa, daß die dort wohnenden Proleten genügend Geld besitzen, um statt Wasser Bier zu trinken? Wir fordern, daß der Bürgermeister sofort seiner Pflicht nachkommt und für Abhilfe Sorge trägt.

Opfer der Nationalisierung. Am Donnerstagnachmittag ist auf dem Bahnhof Oppeln der Schaffner S o i g t tödlich verunglückt. Bei Ausübung seines Berufes geriet er zwischen zwei Wagen und wurde zu Tode gepuffert. Arbeiter und untere Beamte werden abgebaut, die Juristengebühren müssen daselbst oder ein noch größeres Quantum bewältigen und werden mit Hungerlöhnen abgelassen. Für die Proleten ist kein Geld da, wohl aber zur Abhaltung von Festen, wie es von der Reichsbahndirektion Oppeln arrangiert wurde.

Die reformistischen Führer nehmen sich Zeit. Seit langer Zeit soll heute Sonnabend wieder einmal eine Kartellversammlung in Oppeln stattfinden. Im Monat Dezember war diese Sitzung schon zweimal angelegt, aber immer wieder unerklärlicherweise verschoben worden. Sollte etwa die in der letzten Sitzung gestellte Antrag auf einen Erwerbslosenauschuss und Verfüzung der Stempelsteuer für die Erwerbslosen der Grund hierfür sein? Daß der SPD-Kartellvorstand nicht gern etwas für die Arbeitslosen macht, auch wenn es das Kartell beschließt, ist ja bekannt. So wie mit den Erwerbslosen wird es ja auch mit der übrigen Arbeiterklasse gehandhabt. Wenn nicht die oppositionellen Kräfte dauernd Druck machen würden, wäre es noch schlimmer. Die Leute, die auf eine Niederlage der Opposition hoffen, haben auf Sand gebaut. Jede Gewerkschaft muß die Arbeit des Kartells einer Prüfung unterziehen und danach die Wahl der neuen Leitung vornehmen. Die Sitzung am Sonnabend findet um 19.30 Uhr im Schützenhause statt.

## Niederschlesien

stand in den fünfziger Jahren und hinterläßt Frau und zwei schulpflichtige Kinder. Die Tasche mit dem Gelde wurde wieder gefunden.

Kaufliefer Streiklichter. Nach langem Hin und Her ging endlich die hiesige Gasanstalt an die Gemeinde über, d. h. die Gemeinde erwarb 65 Prozent der Aktien, so daß sie auf Grund dessen absolut zu bestimmen hat. Um zu zeigen, wie „legenreich“ sich ein Unternehmer für die Gasarbeiter auswirkt, wenn eine Gemeinde etwas in eigene Regie übernimmt, erfolgte prompt eine Herabsetzung in der Gaswerkermiete, für die man nun nicht mehr 20 Pf., sondern 40 Pf. monatlich zahlen muß. Als ein Genosse bei dem Fraktionsvorsitzenden der SPD des Gemeindeparsaments, die übrigens die Mehrheit in diesem hat, nach der Ursache der Gaswerkermieterhöhung fragte, sagte ihm dieser zu, wegen dieser Sache den Gemeindevorsteher zu sprechen, erhielt von diesem aber den Bescheid: „Er denke gar nicht an die Herabsetzung der Miete. Wenn die Fraktion das beantwortet wolle, dann könne sie es tun.“ Wie stellt sich nun die SPD-Fraktion zu den Beschwerden ihrer Genossen, des Herrn Gemeindevorstehers? Wird sie überhaupt um ihre Meinung befragt?

In unserem Orte besteht auch ein Sportkartell, das auf dem besten Wege ist, auseinander zu zerfallen. Der Arbeiter-Sport- und Turnverein ist schon auseinandergefallen, der Anteil an den Leberbüchsen war ihm ungenügend zu gering, und jetzt geht es wieder auf eigene Faust. Scharf verteilen müssen wir das Verhalten des Arbeiter-Athleten-Klubs, dessen Mitglieder, statt ihre Veranstaltungen durch ihren Beitrag zu unterstützen, zum Vergnügen der bürgerlichen Turnvereine und dort Vorleistungen geben. Da, was ist weiter? Die Kommunisten beabsichtigen geschlossen das Silberbernerverein des Arbeiter-Turnvereins. Das Vergnügungskomitee wird sich in Zukunft anlegen sein lassen müssen, zu verhindern, daß mehrere Genossen für ihren guten Willen nicht noch Verschönerungen ausgeführt werden, wie es letztes passierte. Dort hatte man einem Jbioten von Karl einen Stern (solte wohl einen Sowjetstern vorstellen) an den Hüften gesteckt, der sich während in anfalliger Weise daneben vor unseren Genossen damit brüstete. Wir würden natürlich bei Wiederholung solcher böser Ausstellungen darauf verzichten müssen, derartige Vereinskongresse zu befragen.

## Sproßlau

Forderungen der Erwerbslosen. Am 3. Januar tagte im Volkshaus eine Erwerbslosenversammlung. Der Vorsitzende Kollege K o j a y eröffnete die Versammlung und sprach über die Bedürfnisse, die vom Magistrat zu befriedigen an die Erwerbslosen veranlaßt wurde. In

den Genug der Weisheit sind nur 80 Erwerbslose gekommen. Alle anderen wurden mit dem Vermerk abgemeldet, sie seien nicht befristet. Kollege K o j a y betonte, daß nicht nur die 80, sondern alle Erwerbslosen bedürftig sind. Die Erwerbslosen müssen heute feststellen, daß das Erwerbslosenversicherungsgesetz fast ausschließlich den Beschäftigten die Möglichkeit zu ihrer Befreiung sehen, wird es möglich sein, den Kampf mit Erfolg zu führen. Auf neue müssen die Erwerbslosen die Forderung für eine Winterkette stellen und zwar 16 Mark für den Verheirateten, 3 Mark für jedes zu ernährende Kind und 10 Mark für den Ledigen. Oder an Stelle des Geldes Naturalien. — Unter Berücksichtigung der erhobenen Beschwerden darüber Beschwerde, daß die geringeren sind, für 50 Pf. pro Stunde für den Kohlenhändler Kurt K r a u s i in größter Höhe abzuladen. Wenn es zur Zahlung kommt, dann erlaubt sich Frau Krause allerlei Annahmen gegen die Erwerbslosen, indem sie bei Angabe der geleisteten Stunden die Arbeiter als Lügner hinstellt mit dem Vermerk, sie geben zu viel Stunden an. Die Erwerbslosen, die sich noch gut erinnern, daß sich eine Hausangestellte dieses schneidigen Dame das Leben nahm, weil sie diese des Diebstahls beschuldigte, haben durch ihren Ausschuss Beschwerde beim Arbeitsnachweis eingeleitet. Nachdem noch mancherlei Beschwerden vorgebracht wurden, die der Ausschuss zur Kenntnis nahm, wurde beschlossen, für die gestellte Forderung an den Magistrat die gesamten proletarischen Organisationen aufzufordern, die Erwerbslosen in ihrem Kampf zu unterstützen. Nur ging Kollege K o j a y auf die Frage im allgemeinen ein und zeigte, daß die heutige Bürgerfortregierung im schärfsten Kampf gegen die Arbeiter steht. Am SPD, R.F.V., SPD, Gewerkschaftskartell und R.F.V. wurde ein Brief gerichtet, in dem um Unterstützung der Forderungen ersucht wird.

## Sagan

Tagelohn. Wie wir hören, soll von Seiten des Herrn Drogeriebesitzer S t a r t die Rote Hilfe beim Radl verpegt worden sein. Das und dies von einem Herrn Stark nicht weiter vermindert, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen, nur bemerken möchten wir, daß es in Sagan wohl noch andere Geschäfte gibt, in denen die Arbeiter ihren Bedarf beden können. Es mag ein besonderer Mut dazu gehören, so an den Opfern der Klassenjustiz zu hantieren. Wir werden den Herrn bei passender Gelegenheit an seine Angelegenheiten erinnern.

In der letzten Nummer der „Zeitung des Heimatverbandes Schlesien“, einer Zeitung, die so stark gelesen wird, daß es eben nur Leuten mit ausgeprägten kriminalistischen Fähigkeiten möglich ist, einen derartigen Witz zu erreichen, zieht man wieder mit Bolkst über die Revolutionsfeier der SPD. her. Nachdem der Schreiber einen drei Meter langen Artikel über Moral geschrieben hat, kommt er zum Schluß zu der Erkenntnis, daß man bei dem kleinsten kommunistischen Parteibezug sehr viel lernen kann. Daß er für seine Partei nur allein die „moralischen Führerqualitäten“ beansprucht, wollen wir ihm nicht verhehlen. Wie diese Moral aussieht, dürfte der Fall Stark und die Rote Hilfe erneut beweisen. Wir hoffen, daß ihm die Saganer Arbeiterklasse bei der Wahl eine kleine Enttäuschung bereiten wird, indem sie ihre Stimmen der kommunistischen Partei geben wird.

Nach den Aufzeichnungen des Saganer Standesamtes ergibt sich, daß in Sagan ein Geburtenrückgang zu verzeichnen ist. 1927 wurden 280 Geburten angemeldet, gegen 350 im Jahre 1926. Freiwillig aus dem Leben schieben 7 Personen, durch Unglücksfall 5. Da ein Geburtenrückgang durchaus nicht im Interesse der Hindenburgrepublik liegt, wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden, daß die Herren Stadtväter in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangehen sollen, zumal Papa Hindenburg sich als Vater gewiß nicht kleinlich zeigen wird, und damit gleichzeitig die Möglichkeit näher rückt, daß Hindenburg auch endlich Ehrenbürger von Sagan wird. Das neue Jahr wird also für Sagan manche Lieberbroughtung bringen.

## Aus dem Riesengebirge

Erwerbslosen-Protetkversammlung in Neuborf l. N. H. Zu der 11. den 3. d. M. einberufenen Erwerbslosenversammlung waren von den 11 Erwerbslosen 10 erschienen. Zweck der Versammlung war, Protest zu erheben gegen die dreiwöchige Parteizeit der Erwerbslosenunterstützungsempfänger. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse J a h n gab einige Aufklärung über die Erwerbslosenversicherung, die keine Vorteile, sondern mit jedem Tage neue Enttäuschungen bringt. Der Hauptzweck dieser Versicherung ist nur, die Erwerbslosen soviel wie möglich zu erspartieren, dadurch, daß diese Versicherung die Erwerbslosen in nicht weniger als elf Stufen einteilt. Um so mehr ist es nötig, daß sich sämtliche Erwerbslosen in die rote Klassenfront einreihen.

Zu den Segelflugen im Riesengebirge. Wir erfahren noch: Außer den schon gemeldeten Flügen von S c h u l z fand noch ein Flug von dem Flughallenverwalter der Segelflugschule S c h w e d e mit einer Dauer von 31 Minuten und einer Ueberhöhung der Aufstiegshöhe von etwa 400 Meter statt. Bei den Flügen war eine Höhe über der Talsohle von etwa 700 Meter erreicht worden. Die Flüge erstreckten sich über einen Gang von 4,6 Kilometer Länge. Das benutzte Flugzeug ist eine eigene Konstruktion des Flughallenverwalters Schwede und in der Werkstatt der Segelflugschule in Grünau erbaut. Die Flüge haben gezeigt, daß das Gebäude der schlesischen Segelflugschule in seiner fliegerischen Eigenschaft dem Refektorgebäude in der Höhe wenigstens gleichwertig, wenn nicht sogar überlegen ist.

## Untergau-Führertagungen am Sonntag, 8. Januar

- Untergau Langenbielau in Reichenbach „Zur goldenen Weintraube“.
- Untergau Freiberg, in Striegau „Stadt Breslau“.
- Untergau Riesengebirge, in Schmieberg „Zur Eisenbahn“.
- Untergau Ohlau, bei Schmidt, über der Ober.
- Untergau Waldenburg, in Altwasser „Eisernes Kreuz“.
- Untergau Görlitz, in Görlitz „Felsenkeller“.
- Untergau Sagan, durch Untergauleitung bekanntgemacht.
- Untergau Breslau, „Stadt Kamslau“, Matthiasstraße 211. Referenzen der Gauführung übera. anwendend.

## Versammlungskalender

- Roter Frontkämpfer-Bund
- Breslau.
- Mit 4. Montag 19.30 Uhr Generalmitgliederversammlung im Hubertusfale, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.
- Weißen. Sonnabend 19 Uhr im „Finsternbrunn“ Kameradschaftsabend
- Kommunistischer Jugend-Verband
- Nach. Sonntag 16 Uhr bei Heidenreich, Kreuzstraße 36, Jungtionierung.
- Sonstige Organisationen
- Breslau.
- Nach. Gemeinde (Sonnt. 14/16) Sonntag 17.30 Uhr Borirey. Referat: Kurt K r o j a y. Thema: Prof. Freuds „Kampfanfang an die Religion“.
- Krausendorf. Rote Hilfe. Sonntag 20 Uhr im Gasthof „Zur Fregel“ Generalversammlung.